

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pro Nummer:
Wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren:
Beträgt für die sechspaltige Kolonne
oder deren Raum 40 Pfg. für
Wochen- und Fortsetzung-Inserten,

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 15. September 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Anarchismus und Sozialismus.

Attentat gegen die Kaiserin von Oesterreich und Unterdrückungsmassregeln gegen die deutsche Sozialdemokratie — das soll nach dem Sinne der in ihrer Profitgier durch die Entwicklung unserer Partei beunruhigten Grossbourgeoisie wie Ursache und Folge zusammenhängen. Doch selbst Organe wie die „Post“, die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die „Kreuz-Zeitung“, „Deutsche Tageszeitung.“ fühlen, daß hier ein gar zu offensichtlicher logischer Sprung überbrückt werden müsse. Hinf und her, ohne viel nachzudenken und ohne das Gefühl der Verantwortung gehen sie ans Werk; sie erklären, Sozialismus und Anarchismus sind im Grunde genommen wesensgleich und damit sei die Kette der Schlüsse fest und unzerbrechbar. Hunderte und Tausende Nichtswisser nicken weise zu dieser Zeitungswissenschaft und so mancher meint dann am Stammtische, zwischen Bebel und Lucheni sei kein größerer Unterschied wie zwischen Müller und Schulze. Und der Innungsmeister ist dann mit dem Schlotbaron, dem Krautjunker, dem Bureautrater, Pfaffen und Wendarmen eines Sinnes, daß die Brut, welche der gleichen Attentate aushebt, also alles, was anarchisch und sozialistisch genannt wird, ausgerottet werden müsse mit Stumpf und Stiel. Auf das Ausrotten kommt es dann allein an, wie dies geschieht, welche gesetzliche Formen, welche Methoden der Polizei dabei angewendet werden, das ist dann gleichgültig und nebensächlich.

Mit Eifer bemüht sich die Schleifstein-Preffe, Stimmung dieser Art zu erzeugen und zu verbreiten. Für sie ist der elende Mörder der österreichischen Kaiserin ein schätzbarer, unbezahlbarer Bundesgenosse geworden. Die Hintermänner der „Post“ und Lucheni Arm in Arm fordern ihr Jahrhundert in die Schranken gegen die Sozialdemokratie!

Für die Befürworter der Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie heiligt der Zweck die Mittel und deshalb suchen sie ein noch weit größeres Maß von Unkenntnis über das Wesen des Anarchismus und über die abgrundtiefe Verschiedenheit von Anarchismus und Sozialdemokratie zur Schau zu tragen, als sie wirklich besitzen.

Der Anarchismus ist seiner ganzen Natur nach kein festgeschlossenes System, keine einheitliche Partei. Als extremster Individualismus besitzt er zahlreiche Spielarten, die in den Ausgangspunkten ihrer Gedankengänge, den Kampfmitteln und Zielen weiter auseinandergehen als die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien unter einander. Die Auffassungen vom Anarchismus eines Proudhon, Stirner, Luder, Herba sind untereinander sehr verschieden, sie weichen aber außerordentlich ab von den Ideen eines Grabe, Krapotkin und Reclus, und die Ravachol, Baillant, Geny, Caserio, Lucheni lassen sich auch nicht in einen Topf werfen mit Bakunin, Merlino, Malatesta. So verschieden diese Richtungen sind, so sehr uneins sind die Anhänger der einzelnen Richtungen unter sich. Ja selbst die Träger der einzelnen anarchischen Richtungen haben alles eher als Konsequenz bewiesen. Man vergleiche, welche Entwicklung Rost zum Beispiel in den letzten zwanzig Jahren durchgemacht hat, man erinnere sich, welche Bindungen die Malatesta, Merlino, Gumplovicz, Krapotkin, Reclus in den letzten Jahren gezeigt haben. Man rufe sich ins Gedächtnis die Entwicklung eines Theiles des Häufleins deutscher Anarchisten bis zur sanftmütigsten Konsumvereinspielerei!

Eines haben aber alle anarchischen Richtungen von Anbeginn an gemein: den todbenden Haß gegen die Sozialdemokratie! Von den ersten Jahren der Internationalen bis zum heutigen Tage haben die Anarchisten niemanden schärfer und zäher, niemanden häßlicher und verleumderischer bekämpft, als gerade die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie in der Internationale hatte von Anfang an den Kampf gegen den Anarchismus aufgenommen und Bakunin und seine Anhänger aus ihren Reihen ausgeschlossen. Es giebt keinen hervorragenden Sozialdemokraten, der sich nicht in schärfster Weise gegen den Anarchismus gewandt hätte, wir erinnern an Engels' Schrift „Die Bakunisten an der Arbeit“, an Liebknecht's Rede über den Anarchismus auf dem Parteitage zu St. Gallen, an Gabriel Deville's Schriftchen „Der Anarchismus“, an Georg Plechanoff's Auseinandersetzung „Anarchismus und Sozialismus“! Und in offiziellster Form hatten die nationalen und internationalen Parteitage jede Gemeinsamkeit mit den Anarchisten zurückgewiesen, so die internationalen Parteitage zu Paris, Brüssel, Zürich, London, die deutschen Parteitage zu St. Gallen und Erfurt, der österreichische zu Gamsfeld und ebenso die Kongresse der italienischen, spanischen, französischen, belgischen, dänischen und der anderen Bruderparteien. Ja selbst in Rußland hat der letzte Parteitag, über den wir vor wenigen Monaten berichten konnten, in schärfster Weise den Anarchismus verdammt und den Terrorismus, also auch die Propaganda der That als ein ungeeignetes Kampfmittel weit von sich gewiesen!

Nicht also die augenblickliche Situation veranlaßt die Sozialdemokratie, irgend welche Gemeinsamkeit mit dem Anarchismus in Abrede zu stellen, sondern in jeder Lage und zu jeder Zeit ist das gleiche geschehen. Niemals sind Sozialdemokraten und Anarchisten gemeinsam gegangen, immer haben sie sich aufs allerhöchste bekämpft.

Und nicht bloß, wie in diesen Tagen fälschlich in bürgerlichen Zeitungen zu lesen war, gegen die Propaganda der That hat sich die Sozialdemokratie gewandt, sondern gegen alle Spielarten, gegen alle Lebensäußerungen des Anarchismus. Schon gegen den alle Gewaltmittel verdamnenden Proudhon trat Marx auf, gegen den noch friedlicheren Stirner Engels, gegen Bakunin, den Vater der Propaganda der That und seine Anhänger die Internationale unter Führung von Marx und Engels, gegen Krapotkin Lavroff und Plechanoff, gegen die französischen Anarchisten Guesde, Lafargue, Deville und andere gekämpft, in Oesterreich hat der Anarchismus, der dort eine Macht war, vollständig vor der ihn bekämpfenden Sozialdemokratie das Feld räumen müssen, ganz ebenso ist es in Dänemark und Belgien gewesen, und Holland hat gerade in den letzten Jahren das gleiche Bild der Entwicklung gezeigt. Nirgends waren es die Mittel der polizeilichen Unterdrückung, die dem Anarchismus den Garauß machten oder ihn stark zurückdrängten; bloß die Sozialdemokratie war durch ihre systematische, unermüdete Aufklärung der Massen über die Entwicklung der Wirtschaft, über die Natur des Klassenkampfes und über das Wesen des Anarchismus dazu im Stande.

Die Bourgeoisie hat weit mehr Berührungspunkte mit dem Anarchismus, als die Sozialdemokratie. Die noch vorläufig herrschende Theorie im Naturrecht und in der bürgerlichen Oekonomie, die des absoluten Gehehllassens, die als Manchestertheorie von niemandem schärfer und erfolgreicher bekämpft wurde, als von der Sozialdemokratie, ist in ihren Wurzeln identisch mit dem Anarchismus. In Frankreich, wo die Lehren der Manchesterschule trotz der Hochschulzölle noch am meisten Anerkennung genießen, ist gerade in den höheren Gesellschaftsklassen der Anarchismus vielfach Modefache. Unter den Anarchisten von Paris giebt es bereits nicht wenig Leute comme il faut, Elegants, die, wie der französische Schriftsteller Raoul Allier sagt, es nicht unter Lasten thun und die ihr Knopfloch mit einer Dahlia schmücken, bevor sie sich in die Versammlungen begeben. Schriftsteller und Künstler der Decadence (des Niederganges) bekehren sich zum Anarchismus und propagieren seine Theorien in hochelegant ausgestatteten Revuen, die nur in den Kreisen der Bourgeoisie Leser haben. Das ist sehr begreiflich. Es wäre sehr erstaunlich, wenn der Anarchismus, diese durch und durch bourgeoise Lehre, nicht bei der französischen Bourgeoisie, der bläultesten aller Bourgeoisien, Anhänger gefunden hätte.

Die Anarchisten sind die eigenen Schredensfinder der Bourgeoisie. Ihr heute bedeutendster Philosoph, Herbert Spencer, ist nur ein konserverativer Anarchist. Die Anarchisten sind, wie Plechanoff sagt, die thätigen und rührigen Leute, die die Bourgeoislogik auf die Spitze treiben.

Wie tief die Unterschiede zwischen Sozialismus und Anarchismus sind, beweist Plechanoff, indem er aus einer genauen Untersuchung der Bakunin'schen Darlegungen folgert, daß Bakunin:

- 1. Den Staat und „Kommunismus“ im Namen der „vollkommensten Freiheit Aller“ bekämpft;
2. Das individuell erbliche Eigentum im Namen der ökonomischen Gleichheit bekämpft;
3. Dieses Eigentum für eine Einrichtung des Staats, für eine Folge des Staatsprinzips selbst hält;
4. Nichts gegen das individuelle Eigentum hat, wenn dasselbe nicht erblich ist, nichts gegen das Erbrecht hat, wenn dasselbe nicht individuell ist.

In den Hauptpunkten ist Proudhon, der andere Vater des Anarchismus, gleicher Anschauung.

Man sieht also schon an diesem einen Beispiele, daß Anarchismus und Sozialismus sich wie Feuer und Wasser vertragen. Unzählige weitere Belege, die aber Bände füllen würden, könnten hierfür angeführt werden und zwar aus den Schriften und Reden aller Anarchisten. Aber desto schwerer, ja unmöglich wird es auch bei genauester Kenntniß der einschlägigen Literatur, nachzuweisen, daß Anarchismus und Sozialismus etwas mit einander gemein haben.

Aber ebenso stark wie in der Beurtheilung der heutigen Wirtschaftsordnung und in ihren Zielen weichen Sozialdemokraten und Anarchisten in den Mitteln zur Propagierung und in ihren Grundsätzen zur Bekämpfung der heutigen Wirtschaftsordnung von einander ab.

Die Anarchisten sind Utopisten. Ihr Standpunkt hat nichts gemein mit dem des modernen wissenschaftlichen Sozialismus. Plechanoff, eines unserer hervorragendsten Theoretiker, der auf der äußersten Linken der internationalen Sozialdemokratie steht, schreibt:

Wir wissen, daß Bakunin die Statuten der Internationale in dem Sinne interpretirte, daß die Arbeiterklasse jeder politischen Thätigkeit entsagen und ihre Kräfte auf dem Gebiet des „unmittelbar ökonomischen“ Kampfes für die Erhöhung der Löhne, die Verkürzung der Arbeitszeit und so weiter konzentriren müsse. Bakunin führte selbst heraus, daß eine solche Taktik wenig revolutionär ist. Er versuchte sie durch die Thätigkeit seiner Alliance zu ergänzen und predigte den „Putzch“. Aber je mehr sich das Klassenbewußtsein des Proletariats entwickelt, desto mehr neigt sich dasselbe auf die Seite der politischen Aktion und läßt die zur Zeit seiner Kindheit so häufigen Putzche fahren. Es hält schwerer, die auf einer bestimmten

Höhe der politischen Entwicklung angelangten Arbeiter des westlichen Europa zu einem Putzch zu treiben, als z. B. die leichtgläubigen und unwissenden russischen Bauern. Da das Proletariat an der Taktik der Putzche keinen Geschmack fand, waren die „Genossen“ gezwungen, sie durch die „individuelle Aktion“ zu ersetzen. Hauptsächlich nach dem Aufstandsvorwurf von Benevent in Italien 1877 war es, daß die Bakunisten die Propaganda der That zu verherrlichen begannen; aber wenn wir einen Blick zurückwerfen auf die Zeit, die uns von dem Versuch bei Benevent trennt, so sehen wir, daß diese Propaganda eine ganz spezielle Wendung genommen hat: sehr wenig Putzche, und obendrein sehr unbedeutende Putzche, aber viel persönliche Attentate gegen öffentliche Gebäude, gegen Personen und selbst gegen das — individuell — erbliche Eigentum. Es konnte dies nicht anders sein.

Der Irrthum hat seine Logik ebenso wie die Wahrheit. Wenn man die politische Aktion der Arbeiter verweist, so gelangt man, wenn man nur nicht den bürgerlichen Politikern dienen will, nothwendigerweise dazu, die Taktik der Bakunin und Geny anzunehmen.

Ein Anarchist will keinen „Parlamentarismus“, weil dieser das Proletariat nur „einschläfert“; er will keine „Reformen“, weil Reformen Kompromisse mit den bestehenden Klassen bedeuten. Er will die Revolution, die einfache, ganze, unmittelbare und unmittelbar ökonomische Revolution. Um dies Ziel zu erreichen, verzieht er sich mit einem mit Explosivstoffen angefüllten Topf und schleudert denselben in irgend ein Kaffeehaus oder Theater auf das Publikum. Er behauptet, das sei ein Stück „Revolution“, wir aber erkliden darin nur einen „unmittelbar“ rasenden Wahnsinn.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die Bourgeoisregierungen, so scharf sie auch mit den Verübenden der Attentate verfahren mögen, sich ob deren Taktik nur gratulieren können. Die Gesellschaft ist in Gefahr! „Cavauto consules!“ Und die Polizeikommissionen handeln, während die öffentliche Meinung allen reaktionären Wahnsinn, die die Minister behufs Rettung der Gesellschaft ausbeden, Beifall klatscht.

Ein Anarchist ist ein Mensch, der — wenn er kein Spieß ist — dazu verdammt ist, immer und überall das Gegentheil von dem zu erzielen, was er zu erzielen sucht.

Auch im Namen der Revolution dienen die Anarchisten der Sache der Reaktion; im Namen der Moral billigen sie die unmoralischsten Handlungen; im Namen der individuellen Freiheit treten sie alle Rechte ihrer Mitmenschen mit Füßen.

Auch persönlich und gesellschaftlich stehen sich Anarchisten und Sozialisten in allen Ländern scharf gegenüber.

Aber trotz alledem werden von denen, die von den Anarchisten die Waffen geltefert erhalten, mit denen die Sozialdemokraten getroffen werden sollen, Anarchisten und Sozialisten als Richtungen bezeichnet, die Wesens gleich sind, die das Gleiche wollen und sich nur unbedeutend und zwar in nebensächlichen Punkten unterscheiden. Diese Leute überzeugen zu wollen, liegt uns fern, denn wären sie auch überzeugt, so würden sie auch gegen ihre Ueberzeugung das behaupten, was sie für das beste Mittel halten, um Waffen gegen die Sozialdemokratie zu schmieden. Nicht auf die Verhinderung der Wirkungen der Propaganda der That, die Einzelverbrechen sind, wie Mord und Todtschlag, die durch Galgen und Rad nicht aus der Welt geschafft wurden, kommt es ihnen an, sondern einzig und allein darauf, den Emanzipationskampf des arbeitenden Volkes, das Aussteigen der Arbeiterklasse, die Erringung besserer Lebensbedingungen zu verhindern, die Ausbeutung der Arbeiter, die Höhe der Profite zu sichern.

Um diese hehren Ziele zu erreichen, erscheint ihnen jedes Mittel, auch das der horrendsten Fälschung, gut genug, wenn es nur Erfolg verspricht.

Die Sozialdemokratie wird aber weiter mit ihren reinen Waffen die Fälscherbande bekämpfen. Und je vorworfener die Mittel unserer Gegner sind, desto energischer wird sie vorgehen.

Die Schuld Italiens.

Während die Reaktionspresse nach neuen Unterdrückungsgesetzen schreit, suchen die ruhiger urtheilenden Blätter die Ursachen des tragischen Ereignisses von Genz zu erforschen und allen drängt sich dabei der auch von uns bereits ausgesprochene Gedanke auf, daß die Hauptschuld in der ungeheuerlichen Mißwirtschaft des offiziellen Italiens gesucht werden müsse.

Auch einschlagvollere italienische Blätter sprechen diese Meinung aus. So schreibt der „Mattino“ in Rom:

Besser als Samojede geboren zu sein, denn als Italiener der Entwürdigung und Versekung des eigenen, einst so ruhmreichen Volkes ohnmächtig zusehen zu müssen. Wir müssen zugeben, daß Caserio, Angiolillo, Lucheni das Produkt uneres kaum gutzunehmenden ethischen Verfalls sind. Es ist darum nicht ungerechtfertigt, daß die Schmach ihrer Verurtheilung auf uns zurückfalle und unserer Stützen ein weithin sichtbares Brandmal einähe. Wir verleumben nicht unser Vaterland; es ist nur zu wahr, daß unser Volk in seinem hartem, ausichtslosen Kampfe um das Dasein allen bösen Trieben nachgiebt, deren die menschliche Natur fähig ist. Unsere Landesgenossen wohnen alljährlich in die Fremde, hungern, mit geistiger Windheit geschlagen, ungewohnt und unfähig auf die eigene Kraft zu vertrauen und sie ehrlich auszunützen. Unter ihnen wird die Anarchie leicht und sicher ihre menschenlichen Werkzeuge. Western trauerten Frankreich und Spanien; heute ist an Oesterreich, einem uns treu verblindeten Lande, die Reihe, und die Schuld an dieser Trauer trifft wieder einen Stammesgenossen. Wann werden wir die Verantwortung für diese Anklagsliste voll empfinden? Wann werden wir uns endlich überzeugen, daß wir keinen anderen Vorrang als jenen des Dolches ansuchen dürfen, sofern wir unser Volk nicht mit dem Aufgebot der letzten Kraft aus dem Zustande



## Krafter Unwissenheit und sittlicher Verderbnis

„Schicklich“ spricht sich auch das Hauptorgan der holländischen Sozialdemokratie aus, indem es ziemlich lebhaft gegen das Attentat protestiert. Der „Krant“ schreibt:

Der Mörder ist ein Wahnsinniger, dessen That das Fortwähren einer Monarchie befruchtet. Nicht eine gewaltthätige Reaktion ist das Heilmittel; sie würde neue Verbrechen hervorrufen, sondern eine weise menschliche Fürsorge für die dunklen Schichten des Volkes. Das anarchische Verbrechen ist eine Form des Selbstmordes und kann durch keine Strafe hinausgehalten werden. In jedem Anarchisten lebt die Eitelkeit des Herkules. Was ihnen gebührt, ist die Einbürgerung in das Irrenhaus. Daß aber diese Anarchisten zum Teil Italiener zu sein haben, das ist begreiflich. Dem seiner geschichtlichen Vergangenheit und seinen politischen Zuständen in Italien der rücksichtsloseste unter allen modernen Staaten. Es liebt sein Land über alle Welttheile aus, es entläßt seine Kinder in die Fremde mit dem Dolch in der Tasche, und die herrschenden Klassen in Italien haben diese Luzucht, diese entsetzliche Unwissenheit nicht belämpft, denn beides hat ihnen lange treulich gedient.

Wenn ganz Europa seine Polizei und seine innere Politik nach dem Vorbilde Italiens einrichten wollte, wie bald würde es dem anarchischen Verbrechen neue Wege bahnen!

Von besonderem Interesse ist es auch, einige Ausführungen der schweizerischen Presse zu hören. In der Schweiz hat man seit langem schwer zu leiden unter der italienischen Einwanderung und daher erklärt sich die besonders scharfe und nur zu berechnete Sprache der dortigen Presse gegen die herrschenden Kräfte Italiens.

Der „St. Galler Stadt-Anzeiger“ kritisiert an die Norditalien in Frankreich, Rußland, Spanien u. unmitt. starker polizeilicher und militärischer Begleitung, um darzutun, daß ein etwaiges Verlangen des Auslandes, die Schweiz solle mehr Polizei einrichten, unberechtigt und zwecklos wäre. Das Blatt erinnert ferner daran, an jeder Seite gegen die Sozialdemokratie und die Demokratie von vornherein die Spitze abzubreaken, daß die anarchische Propaganda der That thatsächlich von niemandem energischer bekämpft und verurteilt worden ist, als gerade von der Sozialdemokratie, die denn auch die Anarchisten von ihren Kongressen ausgeschlossen hat. Sodann wird näher auf die tiefen Ursachen des Anarchismus eingegangen und ausgeführt, daß es nicht von ungefähr komme, wenn die republikanische und demokratische Schweiz vom Anarchismus nicht angefaßt wurde. Des näheren führt das Blatt hierzu aus:

Unsere geordneten Zustände und die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche glücklicherweise in unserem Vaterlande die Zahl der Armen, Elenden und Arbeitslosen noch nicht zu einem großen, gefährlichen Heere anwachsen ließen, boten ihm (dem Anarchismus) bisher noch keine Stütze der Entwicklung. Anders aber in Italien und Spanien, wo die Bedrückung und Verelendung der Volksmassen bereits so weit fortgeschritten sind, daß der Anarchismus wüthig aufsteigt, jener Zustand der moralischen Depression, in welchem als ultimo ratio die Werdmasse geschwungen wird gegen die wirklichen und vermeintlichen Verfechter der Gerechtigkeit und des Glückes, jener Zustand, der notwendig Anarchisten züchtet und großziehen mußte, die verlorenen Existenzen, welche in ihrem wahnwitzigen Wuthgefühl alles dasjenige in ihrer Brust erstickten, was darin noch menschlich war.

Den Anarchismus, diese tieftraurige und bedenkliche Peinlichkeit zu heilen, bedarf es vor allem einer höheren Bildung der Volksmassen, zumal in den romanischen Ländern. Notwendig sind dazu wirtschaftliche und soziale Reformen, die Beseitigung des Elends, der ökonomischen und politischen Bedrückung. Dann werden auch die verworrenen Existenzen verschwinden, die mit sich und der Welt Vankrott gemacht haben, welche das Heiligste mit Füßen treten, so auch das Menschenleben!

Die „Gärtner Post“ schreibt:

„Und leid ist's uns um unseren Boden, daß Blut ihn besetzt hat. Wie häufig gekrönte Häupter bei uns zu Gast waren, niemals ward bisher auch nur einem ein Haar gekrümmt und manchem mochte behaglicher zu Muthe sein, als daheim. Aber mit Anklagen versehen man uns, die übrigens nur Pharisäer und bornirte Philister erheben könnten; wir lehnen sie entschieden ab. Wenn unsere Behörden nicht immer geschäftig in ihrem internationalen Wäckerantze sind, an Eifer sollte es ihnen nicht. Wir haben die anarchischen Wüthlinge nicht erstanden, wir wünschen sie nicht, man treibt sie uns zu. Stellen wir Engel mit flammenden Schwertern an allen Straßen auf und bauen wir Mauern der Grenze entlang, die Tollen wären dadurch nicht abgewehrt. Irlands Vizekönig ward auf offener Straße gemordet; Legionen von Polizisten haben in Rußland nicht verhalten, daß eine Bombe auf Zar Alexander flog und niemand war da in dem großen Thron, um den Streich abzuwehren, welcher Carnot galt. Wir wollen nicht besser sein, als wir sind, wir lassen uns auch nicht schlechter machen und leiden genug unter Zuständen, welche wir hinnehmen müssen, die wir nicht ändern, nur beklagen können. Cafeterio, welcher den Präsidenten der französischen Republik erdolchte, entstammte derselben Heimath wie Lucchini, der Oesterreichs Kaiserin gemordet. Es sei nicht selbstgerecht mit dem Finger auf Italien gewiesen; wenn man aber dort das Ereignis nicht würdigt, nicht endlich seine Schuld gegen die verwahrloste Masse anerkennt, wohin soll's treiben?“

Werden alle die Vorgänge der letzten Jahre, werden die Mahnungen aller zivilisirten Völker eindrucklos an dem offiziellen Italien vorübergehen? Wird man dort endlich Einkehr halten? Wird man nicht immerfort noch die besten Söhne des Landes in den Bagno werfen, sondern endlich sich aufraffen, eine gründliche Seitung der sozialen Nothstände einzuleiten? —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. September.

**Internationale Vereinbarungen gegen den Anarchismus** werden nicht nur von der Presse gefordert, sondern es sollen auch bereits mehrere Regierungen Schritte gethan haben, um diese Frage, die schon früher oft angeregt war, aber immer wieder fallen gelassen werden mußte, von neuem in Fluß zu bringen.

So wird der „R. Fr. Presse“ aus Rom gemeldet: Es heißt, Minister Canavaro habe bei seiner Anwesenheit in Venedig auf Grund eines zwischen ihm und Pelloni stattgehabten telegraphischen Meinungsaustausches der eidgenössischen Regierung neue dringende Vorschläge zur Bekämpfung der anarchischen Umtriebe gemacht, und unter dem Eindruck der Genfer Wortthat habe die eidgenössische Regierung sich geneigt gezeigt, auf diese Vorschläge, die den Beifall aller anderen Staaten finden, einzugehen.

Und der „Allm. Volksztg.“ wird aus Berlin telegraphirt: Es werde ein internationaler Kongreß zur Veranlassung gemeinsamer Maßregeln gegen die anarchische Gefahr von deutscher Seite angeregt werden. Das Blatt sagt, die vorbereitenden Schritte seien in diesem Augenblick vielleicht schon gethan. Es ist kein Zweifel, daß die Einladung angenommen wird. Die Konferenz dürfte möglicherweise früher zusammentreten, als die Abrüstungskonferenz. Wie es heißt, wird von deutscher Seite das größte Gewicht darauf gelegt, mit dem bisherigen, unzureichenden Ueberwachungs-system zu brechen und ein Isolirungs-system einzuführen dergestalt, daß jeder Staat die Verpflichtung übernimmt, die als Anarchisten bekannten Personen in seinem Bereich zu interniren und auf diese Weise

unschädlich zu machen. Ein solcher Vorschlag wird in erster Linie von deutscher Seite gemacht werden.

Wenn diese Mittheilungen richtig sein sollten, so zeigen sie, daß die Regierungen den Kampf gegen den Anarchismus wiederum so verkehrt und aussichtslos als möglich aufzunehmen entschlossen sind.

Was kann ein solches Isolirungs-system nützen, wenn Individuen aus einem Lande in das andere gehen, so lange sie noch nicht gewaltthätige Absichten bekundet haben und dann im andern Lande ihr unheilvolles Werk betreiben? Was soll gewonnen sein, wenn Lucchini sich statt auf die Kaiserin Elisabeth auf eine Person des italienischen Herrscherhauses gestürzt hätte? Wie glaubt man dies verhindern zu können? Durch Internirung der als Anarchisten bekannten Personen? Wer wird sich aber alsdann noch Anarchist nennen und wer wird nicht seine Gefinnung dann nur um so sorgfältiger verbergen?

Mit solchem Isolirungs- und Internirungs-system wird man wohl harmlosen Phantasten, die sich auch Anarchisten nennen — heißt es doch, daß sogar die ermordete Kaiserin Elisabeth sich mit anarchistischen Ideen mehr und mehr vertraut gemacht habe! — sinnlos martern, aber die wirklich gefährlichen Individuen wird man nicht treffen. Wir meinen, daß eine derartige Gesetzgebung zu einem sehr gefährlichen Werkzeug in den Händen der Reaktion werden kann.

Die Neigung zu allerlei gewaltthätigen Streichen scheint allerdings vorhanden zu sein. Aus Rom wird telegraphisch berichtet:

Der Postminister hat die Postämter angewiesen, alle zur Beförderung ausgegebenen Drucksachen und Handschriften auf solche mit aufrührerischem Inhalt durchzusehen. Alles Verdächtige soll ohne weiteres den Gerichten übergeben werden.

Das würde die Aufhebung des Postgeheimnisses bedeuten und nur ungeheure Verunruhigung stiften.

Aber auch aus Bern wird berichtet, daß die Schweizerische Regierung bereit sei, Italiener, die in der Schweiz verhaftet wurden, an Italien auszuliefern.

Wir hoffen, daß die schweizerischen Behörden sich durch die gegenwärtige Erregung nicht dazu hinreißen lassen werden, über die bestehenden Auslieferungsverträge hinauszugehen und dem italienischen Blutregiment neue Schergen Dienste zu leisten. —

**Kein Mittel ist schofel genug**, daß die arbeiterfeindliche Presse es in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterbewegung zu bemerken verschmähen würde. Auch das Attentat in Genf möchten die Herrschenden gern gegen die verhaftete Sozialdemokratie ausnützen. Aber wie das anfangen? Wie jemandem einreden, daß für das Attentat diejenige politische Partei verantwortlich sei, welche das meiste dazu gethan hat, um die unselige Idee der Thatpropaganda aus den Köpfen der Masse zu entfernen?

Nun, wenn man keine vernünftigen Gründe hat, so greift man zu Fälschungen. So wiesen wir schon gestern auf die Unwahrscheinlichkeit der Meldung einiger Blätter hin, wonach die französischen sozialdemokratischen Zeitungen das Attentat beschönigt oder gar gebilligt und verherrlicht hätten. Ferner macht eine Notiz — von der „Nationallib. Korresp.“ ausgehend — die Kunde durch fast sämtliche kapitalistische Organe, welche die gemeine Verdächtigung ausspricht, daß unsere Beurtheilung des Genfer Ereignisses „in keinem Einklang mit der planmäßigen Verherrlichung des Monarchenmordes stehe, wie sie die Sozialdemokratie in ihrem Wandkalender betreibt“.

Der Wandkalender, von dem die Fehlpresse des Unternehmertums spricht, unterscheidet sich — abgesehen von der Verzeichnung von Vorkommnissen aus der Arbeiterbewegung — in nichts von andern derartigen Kalendern bürgerlicher Verleger, welche bemerkenswerthe Daten der Geschichte vorträgen. In jenem Wandkalender sind Ereignisse der mannigfaltigsten Art verzeichnet; Geburten und Todesstage von Dichtern, Philosophen, Musikern, Politikern der verschiedensten Geistes- oder Parteirichtung; Kriege und Friedensvereinbarungen; bedeutsame parlamentarische Ereignisse. So finden sich dort auch die Daten der bekanntesten Reden des deutschen Kaisers neben den Daten von Attentaten. In keiner Weise sind die Attentate hervorgehoben. Sie sind verzeichnet wie in anderen Kalendern auch. Beispielsweise verzeichnet das gut bürgerliche, völlig harmlose „Allgemeine Jahrbuch des praktischen Lebens“ weit mehr derartige Gedenktage, als der sozialdemokratische Kalender. Und ganz und gar kann keine Rede davon sein, daß der Monarchenmord verherrlicht worden sei.

Wir konstatiren darum, daß auch dieser Versuch, die Sozialdemokratie zu verleumben, sich als ein ganz schäbiges Lügenmanöver entpuppt. In derlei niedrigen Kniffen greift die Ausbeuterpresse, weil sie weiß, daß ihre Leser die Lügenhaftigkeit ihres Treibens nicht sofort zu erkennen vermögen, und weil ihr die Fähigkeit fehlt, mit ehrlichen Waffen gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen. —

**Ausfahrungen gegen Italiener.** Aus Triest wird vom 14. September berichtet: Im Laufe des gestrigen Abends wurden hier fünf Personen wegen Ausfahrungen verhaftet. Gegen 10 Uhr zogen an 200 Personen zum italienischen Turnverein, um denselben gegen einen vermeintlichen Angriff zu schützen. Polizei und Militär, welche das Ganze für eine Demonstration hielten, umzingelten den Trupp und verhafteten 120 Personen. Bei einigen wurden Waffen gefunden. Um 10<sup>1/2</sup> Uhr nachts herrschte völlige Ruhe. Am Mitternacht lehrte das Militär in die Kasernen zurück.

Aus Goerg wird gemeldet: Die Sährung zwischen den holländischen und italienischen Arbeitern nimmt einen bedrohlichen Charakter an. Es haben bereits blutige Zusammenstöße stattgefunden.

In Budapest wurden italienische Säger in einem Vergnügungsetablisement von Studenten vertrieben. —

**Die Situation in Paris** spitzt sich immer mehr zu. Vor Ende der Woche dürften allerdings bedeutsamere Entscheidungen nicht zu erwarten sein. Faure ist in den Wandern und der Justizminister Sarrien prüft noch immer die Akten des Dreyfus-Prozesses. Inzwischen geht die Preßfehde sehr lebhaft fort.

Die Gegner der Revision schäumen vor Wuth ob der Entsetzung du Paty de Clam's und fordern den Staatsstreich. Nach einer Meldung des „Rappel“ hat bereits Cavaignac im August dem Ministerrath ausdrücklich den Staatsstreich vorgeschlagen. Cavaignac soll erklärt haben: „Wir müssen ein Ende machen. Das Wiederannahme-Verfahren ist unmöglich, es bleibt also nur ein Mittel, die Hauptlärmner zu verhaften und sie wegen Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates vor ein Ausnahmegericht zu stellen.“ Cavaignac hatte insbesondere Faure's, Trarieux, Clémenceau, Yves Guyot, Reinach, Gerault Richard und Urbain Gohier

im Auge. Die Minister lehnten das Ansuchen ab und Cavaignac mußte weichen.

„Gaulois“ theilt mit, der Präsident Faure werde sich unbedingt der Revision widersetzen. Wenn das Ministerium trotzdem die Revision beschließe, werde Faure vielleicht dem Parlamente in einer eingehend begründeten Votenschaft seine eigene Demission überreichen und vor der Nationalversammlung neuerdings seine Kandidatur für die Präsidentschaft aufstellen. Die Wahl oder Niederlage Faure's würde dann zugleich die endgiltige Lösung der Revisionsfrage bedeuten.

Diese Haltung Faure's erscheint um so sonderbarer, als der „Gaulois“ auch behauptet, Faure habe die Dreyfus-Akten überhaupt nicht selbst geprüft, wolle sie auch nicht prüfen und stütze seine Meinung nur auf die Aussagen Jurlinden's.

Unser Pariser Korrespondent berichtet uns vom 13. d. M. folgendes über das Ergebnis des großen Ministerraths am Montag:

Die Regierung bleibt noch immer unschlüssig. Auch der gestrige als unbedingt „entscheidend“ angekündigte Ministerrath ist nach etwa sechsstündiger Sitzung ohne Beschluß auseinandergegangen. Sicher ist nur so viel, daß der General Jurlinden demissioniren wird, falls die Regierung die Revision des Dreyfus-Prozesses beschließt.

Die revisionsfreundlichen Minister begannen sich „in die Oeffentlichkeit zu fänden“, um die Quertreibereien des Generalstabes in der Schandpresse einigermassen zu lähmen. Daß diesem Umstande, ist die revisionsfreundliche Presse in der Lage, höchst interessante und zuverlässige Mittheilungen über den Verlauf des gestrigen Ministerraths zu machen. Man erfährt also, daß Herr Felix Faure, seine verfassungsmäßigen Befugnisse überschreitend, sich ebenso wie Jurlinden gegen die Revision ausgesprochen hat. Der zum Staatsmann avancirte Lederhändler und Aehder ist nämlich, wie bekannt, zugleich der Schwiegerjohn seines Schwiegervaters, des Rotard Bellnot, der wegen Verrätherie im Amte zum Rachtel seiner Klienten in Roumagnac zu lebenslänglicher Galeerenstrafe verurtheilt war. Die schöne Wittigst der Frau Faure hatte zur lauterer Quelle eben die Vererbung der Klienten des Rotard Bellnot. Dieser Familienandal wurde zuerst von der liberal-antifemischen Presse enthüllt unter dem tabulalen Kabinett Bourgeois, und zwar zum Zweck, mit der Demission Felix Faure's zugleich diejenige des verhafteten Kabinetts herbeizuführen. Aber gerade deshalb hatte die Enthüllung damals ihren Zweck verfehlt. Die demokratische und sozialistische Presse nahm im Interesse des tabulalen Kabinetts den Präsidenten der Republik in Schutz... Nun aber scheinen die liberal-antifemiten ihr letztes Wort über die Affäre Faure-Bellnot noch nicht gesagt zu haben. Seitdem die Revision des Dreyfus-Prozesses unermüdlich geworden ist, wird Faure von jener Seite in wenig verblämter Weise mit neuen Enthüllungen bedroht. Dabei seine antikonstitutionelle Einnischung in die ihn gar nichts angehende Revisionsfrage.

Es stellt sich ferner heraus, daß der Eintritt Jurlinden's ins Ministerium ein schofer Schachzug Felix Faure's war. Wie bereits auseinandergelegt, galt ja Jurlinden's Zustimmung zur Revision als selbstverständlich, nachdem Cavaignac zurückgetreten war, um sich an der Revision nicht zu betheiligen. Aber gerade auf dieser Selbstverständlichkeit beruhte der Schachzug, die Poste der persönlichen Durchsicht der Akten durch Jurlinden, welche den neuen Kriegsminister von seiner ursprünglichen Meinung abbringen und desto gründlicher diejenigen, die nicht alle werden, von der „Unmöglichkeit“ der Revision überzeugen sollte.

Driffon hat aus Schwächlichkeit oder einseitiger Vertrauensseligkeit die perfide Poste ernst genommen, und nun ist der Karren noch tiefer verfahren als vor zehn Tagen nach der Demission Cavaignac's. Es handelt sich nicht mehr allein um die Auffindung eines neuen Kriegsministers, sondern eventuell um die Demission des ganzen Kabinetts. Diese Eventualität wurde bereits im gestrigen Ministerrath von den revisionsfreundlichen Ministern, namentlich von Driffon und Leon Bourgeois, ins Auge gefaßt. Eine Ministerkrise aber eröffnet in der gegenwärtigen Situation den Weg zu Verwickelungen von unabsehbarer Tragweite.

Der nächste Ministerrath findet am 17. September statt. Die allerendgiltige Entscheidung ist bis dahin hinausgeschoben worden. Wird Driffon den Muth haben, auch dem neuesten Beschützer des Generalstabes, dem Präsidenten der Republik, zu trotzen?

Doch die Gewalt der Thatfachen hat den revisionsfeindlichen General Jurlinden gezwungen, eine Maßregel zu treffen, die den Revisionsfreunden eine neue scharfe Waffe liefert. Ich meine die Verweisung in den Ruhestand des Obersten du Paty de Clam, und zwar, wie es in der offiziellen Reskripte heißt, wegen seiner „Umtriebe“ (agissements) in der Esterhazy-Affäre. Die Maßregel ist freilich von empörender Rachgier gegenüber einem Offizier, der von Rechts wegen vor das Schmutzgericht und ins Justizhaus gehört. Nichtsdestoweniger muß es auf die verdienstlichen Kräfte auswirkend wirken, daß General Jurlinden, ein Beschützer des Generalstabes, gezwungen ist, den Untersuchungsrichter im Dreyfus-Prozess eigenhändig zu brandmarken. Ingleich lernt man daraus wieder einmal die Gewissenhaftigkeit Cavaignac's kennen, der seinen Vetter du Paty de Clam bis zuletzt schützte.

Und nun stelle man folgende Thatfachen zusammen. Cavaignac muß Henry, den Hauptbelastungszugehen im Prozeß Dreyfus, der Fälschung überführen und selbstmorden lassen — und trotzdem auf Grund seiner „Ueberzeugung“ von Dreyfus' Schuld die Revision bekämpfen. General Jurlinden muß Du Paty de Clam, den zweiten Urheber des Dreyfus-Justizmordes, preisgeben — und trotzdem mit der gleichen „Ueberzeugung“ wie Cavaignac die Revision bekämpfen. Woher dieser dem gefunden Menschenverstande hohnsprechende Widerspruch? Woher anders, wenn man nicht annimmt, daß die Revision noch ungeahnte Schändlichkeiten des Generalstabes, und zwar der höchsten Spitzen desselben enthüllen würde?... Dieser Gedanke drängt sich immer zwingender und immer weiteren Kreisen auf.

Interdessen bleibt Picquart noch wie vor im Gefängnis, und sein Minister denkt daran, das Opfer der entlarvten Verräther Henry und du Paty de Clam zu vernehmen. Die Laien des Justizpolizeigerichts haben gestern nach mehrstündigem Hören und Berathens Picquart's Besuch um Freilassung aus der Vorhaft abgelehnt. Danach sind sie auch noch fähig, den bis zur Selbstopferung pflichttreuen Mann — auf Grund der Aussagen des Fälschers und Verräthers Henry — wegen „Landesverraths“ zu verurtheilen. —

## Deutsches Reich.

**Gegen die Depesche** der Central-Verbands-Industriellen an den Kaiser wendet sich mit scharfen Worten das „Volk“:

„In dieser Depesche erkenn man nur den beutegierigen Kapitalismus an der Arbeit, der jede Konjunktur, sogar die sittliche Entrüstung ausnützt, um seine Gewinne zu steigern. Das Gerede von Religion und Patriotismus laßt im Munde dieser Herren nur höchst widerwärtig wirken.“

Auch andere mittelparteiische Blätter können sich mit dem schoflen Versuch der Industrieprogen, das Attentat für ihre selbstfächtigen Interessen auszunützen, nicht befremden. —

**Zur Frage des Kriegervereinswesens.** Der Kriegsminister hat die Militärbehörden darauf hingewiesen, daß das Kriegervereinswesen in erster Linie zum Zweck des Ministeriums des Innern gehöre. Es haben sich daher die Vorstände der Kriegervereine in allen Kriegervereinsachen zunächst an die vom Ministerium des Innern ressortirenden Behörden, also in erster Linie an die Polizeibehörden zu wenden. —

**Witze gegen konservative Kaufbolde** — **Strenge gegen die sozialdemokratischen Deher**, das scheint sich als Rechtsgrundlag bei den preussischen Staatsanwälten und Richtern einzubürgern. Vor dem Schöffengericht zu Marienburg fand am 8. M. der



Gastwirt **Schöndau** aus **Marktsdorf**, der, wie wir in Nr. 199 bereits berichtet, mit Hilfe einiger konservativer Bestimmungsgenossen, während der Wahlzeit zwei Elbinger Genossen, die dort mit Flugblättern auf Land hinaus kamen, in seiner Gaststube auf das brutalste mißhandelte, ihnen die Flugblätter fortgenommen und sie dann mit Hunden fortgeschleppt hatte. Der Angestellte und seine Helfer hatten unsere Genossen erst zum Gasse hier eingelassen, dann aber die Thür verschlossen und sie mit einem Schienensäge blutig geschlagen. Der Staatsanwalt lehnte beiläufig den Strafantrag wegen Freiheitsberaubung, Nötigung, Diebstahl und Sachbeschädigung ab und erhob nur wegen Körperverletzung und Verleumdung Anklage.

In der Verhandlung wurde der Thatbestand wie oben geschildert festgestellt und doch geschah das Sonderbare, der Staatsanwalt als Ankläger beantragte für den Angestellten die Freisprechung. Dem er meinte, wenn zu ihm solche Menschen, die an die Staatsfäule rütteln, mit Flugblättern gekommen wären, hätte er sie auch herausgeworfen.

Der Gerichtshof konnte sich nicht ganz den Ausführungen des Staatsanwalts anschließen. Er billigte aber dem Angestellten mildernde Umstände zu, weil er sich vom Parteihafte hat leiten lassen und sehr verdroht gewesen sei, konnte jedoch nicht umhin, ihm zu 100 Mark Geldstrafe zu verurtheilen.

Um dieses Urtheil recht zu wärtigen, muß man sich vor Augen halten, daß der Verurtheilte ein mehrfach wegen Mordbetruges bestraffter Mann ist, der noch vor etwa drei Wochen wegen Körperverletzung von demselben Gericht zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt wurde und gegen den auch nach obiger Verhandlung noch eine Anklage wegen Körperverletzung seiner eigenen Ehefrau verhandelt wurde, wobei das Urtheil auf zwei Monate und vierzehn Tage Gefängnis lautete.

Für solch einen gefährlichen Kaufbold beantragt ein Staatsanwalt die Freisprechung. Die Richter aber billigen diesem notorisch rohen Patron mildernde Umstände zu, weil er sich vom Parteihafte leiten ließ. Bei Sozialdemokraten wirkt der Parteihafte meist strafverjährbar.

Bezeichnend ist auch noch, daß der Vorsitzende einen Genossen, der gegenwärtig als Reserve-Untersoldat zur Übung eingezogen ist und als Zeuge zum Termin beurlaubt war, fragte, ob er Sozialdemokrat sei. Als dieser ihm erwiderte: „In Jholl ja!“ da meinte er: „Nachen Sie sich doch nicht zum Narren!“

Besonders ermutigend auf unsere Elbinger Genossen kann der Kadanz dieses Prozesses gerade nicht wirken, umso mehr als bei der Wahl 1893 ein Genosse bei der Landtagitation so mißhandelt wurde, daß er starb. Damals gelang es merkwürdigerweise nicht, den Thäter zu ermitteln, biedmal hat man solch einen rohen Vorfälle erwischt, da beantragte der öffentliche Ankläger seine Freisprechung und das Gericht billigt ihm mildernde Umstände zu. Das ist bezeichnend für unsere Rechtszustände.

Troydem hält die Sozialdemokratie in Ostelbien ihren Einzug.

**Thorn**, 12. September. Am 11. Fuß-Artillerie-Regiment hieselbst haben Ruhrerkrankungen einen größeren Umfang angenommen; 52 Mann befinden sich in ärztlicher Behandlung. Die Kaserne ist gesperrt und das Regiment vom Wachdienst entbunden.

**Gera**, 9. September. (Fig. Ver.) Am 27. September werden im Fürstenthum Meuß j. L. die Landtagswahlen stattfinden, und da die sozialdemokratische Partei um die drei städtischen sowie um die drei der Stadt zunächst gelegenen ländlichen Wahlkreise ernstlich wirt, so ist bereits ein heftiger Kampf entbrannt. Von unserer Seite sind für die genannten sechs Wahlkreise die Genossen Bieder, Herfurth, Wetterlein, Leven, Delsand, und im sechsten Kreise Teichbockenhausen ebenfalls Wetterlein aufgestellt worden. In den Kreisen I und II der Stadt Gera sind unsere Aufsichtsjungeweise, da hier das Bürgerthum vorwiegend seinen Sitz hat, dafür ist der III. städtische Kreis, den wir bereits dreimal behauptet haben, aber abjektiv schiefer. Der vierte Kreis, der unsere industriellen Vororte umfaßt, ist ziemlich sicher für uns; ebenso der sechste Kreis. Aller Voraussicht nach werden also diesmal mehr wie ein Sozialdemokrat, den unsere Gegner in ihrer Lebenswürdigkeit bereits für viel zu viel erklärten, in unser Bürgermeister-Parlament einziehen, und wenn bisher der eine schon im Stande war, recht deutliche Spuren seiner Thätigkeit in den Landtagsarbeiten zurückzulassen, so verspricht die Zukunft in dieser Hinsicht noch bedeutend besseres. Der kürzlich publizierte fürstliche Landtagsabschied giebt dafür recht deutliche Beweise. So hatte Genosse Wetterlein im Verein mit einigen fortschrittlichen Abgeordneten beantragt, um den dreifachen Eingriffen einzelner Polizeidirektoren in die Wahlhandlungen ein Ende zu bereiten, den Gendarmen und anderen Polizeiführern jede Wahlbeeinflussung strikte zu verbieten. Der Antrag führte zur Debatte und wurde schließlich der Regierung zu weiterer Verfolg übergeben. Im Landtagsabschied heißt es darüber: Den Gendarmen und sonstigen Polizeibeamten sind befohlen worden, daß sie bei den Wahlen weder Stimmzettel vertheilen, noch länger als zur Abgabe ihrer eigenen Stimmzettel erforderlich ist, im Wahllokale sich aufhalten dürfen, überhaupt jeder, möglicherweise als Wahlbeeinflussung aufzufassenden Handlung sich zu enthalten haben.

Eines weniger direkten Erfolges hatte sich ein anderer Antrag unserer Genossen Wetterlein zu erfreuen, den er bei Gelegenheit der Aufhebung des Verbindungsverbotes gegen die politischen Vereine des Fürstenthums zur Anregung brachte. Der § 11 unseres Gesetzes verbot unter a) nicht bloß das Inverbindungsreten, sondern er verbietet unter b) und c) auch in Zukunft noch die Theilnahme der Frauen und minderjährigen Personen an den Versammlungen politischer Vereine. Diese reaktionären Bestimmungen bei dieser Gelegenheit gleich mit zu beseitigen resp. den ganzen § 11 zu Falle zu bringen, erstrebte der Vorschlag Wetterlein's. Da aber auch die Freisinnigen sich gegen diesen Antrag erklärten, so blieb Genosse Wetterlein nichts weiter übrig, als mit dieser Partei für deren Antrag, Aufhebung des § 8 des Vereinsgesetzes, der die Einreichung der Mitgliederlisten vorschreibt, einzutreten. Der Antrag der Freisinnigen forderte die Regierung auf, eine Vorlage zur Revision des Vereins- und Versammlungsgesetzes dem Landtage vorzulegen. Der Erfolg liegt jetzt in einer Regierungs-ausschreibung im Landtagsabschiede vor. Hier wird gesagt: „Es bleibt vorbehalten, die anderweitige Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes in Erwägung zu nehmen, sobald andere Bundesstaaten mit einer solchen Regelung vorgegangen sein werden.“ Die anderen Bundesstaaten können in diesem Falle bloß Preußen und Sachsen sein, Sachsen ist jetzt in dieser Richtung vorangegangen und Preußen hat es versucht mit seiner lex Rade. Wenn nunmehr die Regierung von Meuß j. L. mehr Neigung zu ähnlichen Experimenten bekommen sollte, so kann das nicht verwundern, nachdem ihr selbst die Fortschrittler eine Revision à la Sachsen und Preußen auf dem Präsenztische entgegengebracht haben. Hoffentlich giebt hieraus die Wählerchaft am 27. September um so mehr die gute Lehre, daß die bürgerlichen Parteien und gegenüber nur eine einzige reaktionäre Masse bilden, deren parlamentarische Vertreter den Wünschen des Volkes niemals Rechnung tragen werden.

**Das Gesetzblatt für das Fürstenthum Meuß**, 9. Stück, 16. Juli 1898, Nr. 17 enthält folgende Bekanntmachung: „Auf Grund des Artikels 2, § 1 des Gesetzes vom 1. Juli 1864, betreffend die Befugnis zur Erlassung polizeilicher Verordnungen und allgemeiner polizeilicher Vorschriften, bestimmt die Regierung nach vorläufiger eingehender, gutachtlicher Aeußerung des Provinzialrates mit Genehmigung des großherzoglichen Staatsministeriums folgendes: 1. Die Verabreichung von Gaben irgend welcher Art an bettelnde Wanderleute ist bei Geldstrafe bis zu 30 M., eventuell Haftstrafe verboten. 2. Die Verabreichung von Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken zur Befreiung eines augenscheinlichen Nothleidenden bleibt strafflos, wenn die Möglichkeit, daß der Empfänger jene Gaben in Geld oder Brauntwein umsetzen kann, ausgeschlossen erscheint.“

**Genü**, 11. Juli 1898. „Großherzogliche Regierung.“ So ist es recht! Es ist die höchste Zeit, daß gegen den prophanen Uebermuth der Weltler eingeschritten wird, daß die bedrängten

Bestehenden von ihrem unzeitgemäßen Mitleid befreit werden. Ist vielleicht noch Geld für eine Kirche, für ein nothwendiges Denkmal zu haben? Kann Alles schwer erzwungene Geld der ach so weichenherzigen Reichen wird aufgebraucht für die nichtsnutzigen, nutzlosen, ein ästhetisches Gemüth geradezu anwidernden Bettler, die dann hingehen, die Hufe des Herrn Kommerzienthates und die noch mit Schmucksteinen besetzten Diamanten der Frau Kommerzienthätin verkaufen und das Geld dann in Sekt und Austern verpraßeln. Der arme Mann etwas giebt, macht sich der Reichthümer zu einem Vergehen schuldig und muß deshalb bestraft werden.

„Wie schön, o Mensch, mit Deinem Palmengeweige Stehst Du an des Jahrhunderts Reize In edler, stolzer Männlichkeit!“

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Aus Detmold wird telegraphirt: Die Staatsanwaltschaft hat gegen den verantwortlichen Redakteur der „Apphigen Tageszeitung“ wegen angeblicher Verleumdung des Graf-Regenten Anklage erhoben. Das Vergehen soll in einem kürzlich erschienenen, „Die Fürstlich nach dem Attentäter“ überschriebenen Artikel begangen sein.

**Schweiz.** Das Zentralkomitee der italienischen Sozialisten in der Schweiz, welches seinen Sitz in Zürich hat, erklärt einen Aufruf, in welchem das Genfer Attentat aufs schärfste mißbilligt wird. U. a. heißt es in dem Aufruf: „Strenge Sozialisten und darum tief überzeugt davon, daß die großen ökonomischen Umwälzungen, die bestimmt sind, die Interessen, Gewohnheiten und Ueberlieferungen der Jahrhunderte zu verdrängen, nicht durch irgend einen Handreich zu verwirklichen sind, sondern allein durch eine lange, ausdauernde, hartnäckige Arbeit aller Tage und aller Stunden, sind wir gleichzeitig Gegner der Gewalt der Bajonette wie derjenigen der Faust, des Messers und der Bombe.“

**Frankreich.** Paris, 18. September. Philibert Roget, der Leiter des für die Revision des Dreyfus-Prozesses eintretenden Blattes „La grande bataille“, wurde heute Abend von vier mit Knütteln bewaffneten Männern angefallen und geprügelt. Sein Zustand ist sehr ernst. Einer der vier Angreifer ist verhaftet.

**Italien.** Rom, 14. September. Für die Vermehrung der Flotte wird der Marineminister 350 Millionen verlangen. Die offiziellen Dementis werden für unzutreffend gehalten.

**Spanien.** Madrid, 13. September. Der Senat verwarf die Vorlage betreffend die Amortisirung der Staatsschuld mit einer binnen achtzig Jahren zu erfolgenden Amortisirung. Durant interpellirte und betonte die Nothwendigkeit der Reorganisation der Finanzverwaltung.

Madrid, 13. September. Die Kammer hat das Friedensprotokoll endgiltig mit 151 gegen 48 Stimmen angenommen.

Madrid, 14. September. Der Minister der Kolonien erhielt die Mitteilung, daß die zur Räumung Portorico's eingesetzte Kommission zum ersten Male zusammengetreten sei. Das Transportschiff „Colon“ ist in Santander eingetroffen, von den heimkehrenden Mannschaften sind während der Ueberfahrt 17 gestorben.

**Rußland.** Petersburg, 14. September. Die in Porta von Kaiser Wilhelm gehaltenen Rede besprechend schloßen die „Moskowskaja Wiedomosti“ ihre bemerkenswerthen Ausführungen wie folgt: So lange die Friedenskonferenz noch nicht zu Stande gekommen, wird die Regierung jedes Landes ebenso denken und handeln wie Kaiser Wilhelm, und Rußland, welches die Friedenskonferenz beruft, wird keinen Augenblick seine Sorgen um die Heranbildung seiner Armee einstellen, in welcher es, so lange die Staaten keine anderen, den Frieden ohne diese Opfer für die Armeesichernden Mittel gefunden, ebenfalls die Friedensblüthe erblickt.

**Türkei.** Aus Andia melden die „Times“: In dem Ultimatum, das Admiral Ross dem türkischen Veschahsaber Edhem Pascha gestellt hat, verlangt er, daß die Hädelstämme bei den letzten Rebellien ihm binnen 48 Stunden auszuliefern und daß auch die Stadt beherrschenden Forts und Wälle ihm zu übergeben sind.

**Korea.** 14. September. Die Pforte sandte Instruktionen, in welchen es heißt, sie habe die Großmächte ersucht, eine internationale Kommission einzusetzen, um die Schuldigen zu bestrafen und die Entwaffnung durchzuführen. Der Gouverneur hat die internationalen Behörden, jede Lösung der schwebenden Fragen bis zur Entscheidung der Mächte zu verziehen. Die Pforte ordnete die von den Engländern verlangte Niederlegung einer Anzahl von Häusern an.

**Asien.** Aus Seoul wird gemeldet: Der König und der Kronprinz von Korea erkrankten am 11. September plötzlich nach dem Abendessen; es wird Vergiftung vermuthet. Beide Erkrankten sollen sich auf dem Wege der Wiedergenesung befinden. Ein Hofbeamte sind verhaftet.

**Zur Philippinenfrage** wird der „Int. Corr.“ aus Madrid gemeldet: Die der spanischen Regierung zugehenden Meldungen aus Manila stellen fest, daß die Ausländischen fast die ganze Insel Luzon und mehrere südliche Inseln der Gruppe in ihren Besitz gebracht haben. Die amerikanischen Truppen thun nicht das geringste, um die Operationen Aguinaldo's zu hindern, im Gegentheil hat derselbe während der letzten Zeit wieder mehrere Schiffsadungen mit Munition erhalten. Man glaubt daher in Madrid, die Vereinigten Staaten würden zwar die Besitzergreifung der ganzen Inselgruppe ablehnen, dafür aber die Anerkennung der „Philippinischen Republik“ und deren Stellung unter amerikanischen Schutz verlangen.

**Amerika.** New-York, 14. September. Wie dem New York Herald aus Washington gemeldet wird, trat in dem gestrigen Ministerrath die Mehrzahl der Minister für die Annexion der Insel Luzon ein, ebenso war die Stimmung einer Erwerbung der ganzen Philippinengruppe in hohem Maße geneigt.

Der Oberkommandeur der kubanischen Insurgenten, Gomez, hat sein Kommando niedergelegt, da seine Truppen sich rapide auflösen.

### Das Attentat.

**Trauerfeier in Genf.** Am Dienstag Abend 7 Uhr begaben sich die Mitglieder des Bundesrats in das Hotel Beauvillage, wo der österreichische Gesandte Graf Kräftein und das gesamte Gefolge der Kaiserin dieselben erwarteten. Der Präsident des Bundesrats Ruff drückte dem Grafen Kräftein, als dem offiziellen Vertreter des Kaisers Franz Josef, in bewegten Worten das Beileid des Bundesrats bei dem grauenhaften Verluste aus, welcher den Kaiser und das kaiserliche Haus betroffen hat. Am Mittwoch Vormittag fand die Ueberführung der Leiche nach dem Bahnhof statt. Die Bevölkerung hatte sich in großen Massen nicht allein in den Straßen angeammelt, welche der Leichenzug passieren mußte, sondern auch auf den benachbarten Plätzen und in den anliegenden Stadttheilen. Alle öffentlichen Gebäude und zahlreiche Privathäuser hatten schweizerische und Genfer Fahnen auf Halbmast oder mit Trauerschmuck gehißt, alle Kaufläden waren geschlossen. Auf dem Bahnhof angelangt, wurde der Sarg in den Trauerwagen gehoben und sieben von den gepuderten prachtvollen Kränzen an der Bahre niedergelegt. Die übrigen Kränze wurden in dem folgenden Wagen aufbewahrt. Nachdem der antretende Geistliche die Leiche nochmals eingeseget hatte, nahm der Hofstaat der Kaiserin ganz allein in vier weiteren Wagen Platz und langsam und lautlos,

ohne daß der Pfiff der Lokomotive ertönte, setzte sich der Zug in Bewegung. Auf besonderen Wunsch von österreichischer Seite herrschte bei der ganzen Feierlichkeit die größte Einfachheit und war Militär nicht zugegen.

**Das Wiener Jeronimell.** Nach dem nunmehr ausgegebenen Jeronimell für die Leichenfeierlichkeiten wird der Sarg am Donnerstag den 15. d. M. abends 10 Uhr vom Westbahnhof in feierlichem Zuge nach der Hofburg geführt und Freitag von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, sowie Sonnabend von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags für das Publikum ausgestellt sein. Am Sonnabend Nachmittag 4 Uhr erfolgt die feierliche Ueberführung des Sarges nach der Kapuzinerkirche, wo in Gegenwart des Kaisers und der fremdländlichen Fürstlichkeiten die Einsegnung der Leiche erfolgt. Dann wird der Sarg in die Gruft hinabgetragen, wohin der Kaiser folgt.

**Luccheni.** Aus Genf wird gemeldet: Luccheni wird wahrscheinlich hier im Oktober in einer außerordentlichen Schwurgerichts-Session abgeurtheilt werden. Er hat untergeben des Untersuchungsrichters gegenüber geäußert, wenn er sich in Italien befunden hätte, würde er den König Humbert ermordet haben.

Der Untersuchungsrichter verhört eine Anzahl Zeugen. Dabei stellte sich heraus, daß nach dem Attentat zunächst alle Anwesenden meinten, Luccheni habe die Kaiserin durch einen bloßen Faustschlag niedergeschlagen; erst als Luccheni festgenommen war, erfuhr man von ihm selbst, was er gethan. Mehrere Gendarmen sagen aus, sie hätten Luccheni vor dem Hotel Beauvillage herumsehen sehen. Dies giebt Luccheni zu; ebenso daß er mit einem weibsbärtigen Manne, der einen Sonnenschirm trug, gesprochen habe, von dem schon die Rede war; doch sei letzterer nicht, wie man glaubte, ein Mitschuldiger von ihm und auch kein Italiener. Es müsse ein Einwohner von Genf sein, den er da gerade getroffen habe. Ein Zeuge sagt aus: Er ging kurz nach 1 1/2 Uhr die Rue des Alpes herunter, um aufs Dampfschiff zu gehen. Da hörte er schreien: „Haltet ihn fest!“ und sah einen Mann mit großer Geschwindigkeit in waghalsigen Sprüngen daherkommen. Er stürzte sich auf ihn, packte ihn am Arme und am Oberkörper und überwallte ihn, ohne daß der Mann ihm besonderen Widerstand leistete oder gegen ihn löslug.

Mehrere österreichische Beamte sind hier eingetroffen, um Untersuchungen anzustellen und Erhebungen einzuziehen. Der Chef der Genfer Sicherheitspolizei Kohlenberg begleitet sie überall hin. Sie wohnen einem Theile der Verhöre bei, namentlich um Gewisses über das Vorleben des Mörders und die Verhältnisse zu erfahren, wo er sich früher aufhielt.

Die „R. Fr. Pr.“ berichtet noch aus Genf über das gestrige Verhör Luccheni's, dem ein Berichterstatter des Blattes beivohnte. Der Richter fragte Luccheni: „Wenn Sie den König Humbert oder Crispi hätten tödten können, hätten Sie es gethan?“ Darauf erwiderte Luccheni: „Den König mit Freuden, aber Crispi nicht! O nein! Crispi ist ein Dieb! Er hat 500 000 Lire gestohlen. Ich hätte noch mehr geraubt in seinem Falle. Vor einem Dieb muß man den Hut ziehen! Einen Dieb morden ich nicht!“ Dabei lachte er.

Nach solchen Aeußerungen kann niemand mehr daran denken, daß in Luccheni ein Mensch zu sehen ist, der irgendwie politisch zu denken vermag hat.

**Mitschuldige?** Es wird ferner aus Genf vom 14. September berichtet: Gestern wurden hier 5 Anarchisten verhaftet, welche der Mitschuld an dem Verbrechen Luccheni's verdächtig sind. In der Nacht zu heute nahm die Polizei in mehreren Wohnungen in der Vorstadt Plainpalais Durchsuchungen vor, welche 10 Verhaftungen zur Folge hatten. In den meisten Fällen handelt es sich nur um das Fehlen der Aufenthaltserlaubnis.

### Kampf um das Koalitionsrecht!

**Eine von 2000 Personen besuchte Arbeiterversammlung in Zuitgart**

die vom Reichstags-Abgeordneten Dieck geleitet wurde, nahm einstimmig eine Resolution an, worin gegen die beschlossene Beschränkung des Koalitionsrechtes protestirt, statt dessen eine Erweiterung desselben und ferner die Neutralität der Behörden in den Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern gefordert wird. Weiter werden in der Resolution die Arbeiter Preußens ersucht, „der Vertheiligung an den Landtagswahlen nicht aus dem Wege zu gehen, sondern durch ein kräftiges Eingreifen in die Wahl dafür zu sorgen, daß die Reaktionen aus dem gesetzgebenden Körper in Preußen entfernt werden.“ Begründet wird dieses Ersuchen damit, daß „schon allein das Uebergewicht der preussischen Stimmen im Bundesratze einen erheblichen Anreiz für die Ausbildung der Arbeiter-Verfassung im reaktionären Sinne bietet.“

### Die englische Presse.

Inser Londoner Korrespondent schreibt: Daß die englische Presse der Deynhauser Rede des deutschen Kaisers die gebührende Beachtung gesollt hat, dränge ich nicht erst zu bemerken. Indeh verlage ich mir, Proben zu geben. Was die sich einer gemessenen Sprache befleißigenden großen Blätter gesagt haben, hat der Telegraph längst gemeldet, und was die radikalen Blätter schreiben, ist für deutsche Leser ungeeignet. Auf eine Zustimmung zu der vom Kaiser angeregten Gesetzgebung bin ich selbst in keinem der Blätter geflohen, die dem offiziellen Deutschland die vollste Sympathie entgegenbringen.

### Ein Anhänger des „sozialen Kaiserthums“ und die Kaiserrede.

Barter Raumann schreibt in der „Hilfe“ u. a.: Der Kaiser „beremnt die gute, volkserhaltende Kraft, die gerade in den Organisationen der Arbeiter lebt und die mehr als alles andere dazu dient, unseren Arbeiterstand körperlich, geistig und moralisch zu heben. Er hält offenbar die „Arbeitswilligen“ für die vorzüglichsten Elemente der Arbeiterschaft und die Streikenden für die verdorbenen Söhne des Volkes.“

Nun ist wohl auch nicht zu leugnen, daß immer wieder einzelne Fälle vorkommen, in denen unordentliche Personen zu einem thörichtigen Vorgehen der Arbeiter Veranlassung geben oder in denen ein gewisser Terrorismus der Kämpfenden gegen Arbeitswillige vorkommt. Aber wer nur einigermaßen im Stande ist, die Arbeitsbewegung zu überschauen, weiß, wie wenig diese Fälle im allgemeinen ausmachen, und wie sehr gerade die berufsmäßigen Vertreter der Arbeiter-Vereinigungen bemüht sind, derartige Ausschüßte zu beseitigen. Was Leute, wie etwa der Münchberger Arbeitersekretär Segib oder Zentralkassen wie die Gewerkschaftsartelle zur Mäßigung und Besonnenheit in Arbeiterkämpfen beitragen, ist weit mehr, als was Gesetz und Polizei in dieser Hinsicht jemals thun können. Man kann mit wenigen Ausnahmen sagen, daß unbesonnene und unglückliche Streiks nur dort vorkommen, wo die Organisation der Arbeiter zu wenig ausgebildet oder durch Druck von oben wieder zerstört ist.

Es gab früher ein Wort, daß niemand ein reicher Mann werden könne, ohne mit dem Kermel das Judthaus zu streifen. Klugheit wird es heißen; niemand kann Arbeiterführer sein, der nicht mit dem Kermel das Judthaus streift, denn niemand kann überhaupt in Arbeiterfragen thätig sein, ohne gelegentlich auch einmal zum Kampfe aufzufordern oder gegen „Arbeitswillige“ zu sprechen. Man stelle sich doch genau vor, wie es mit diesen Arbeitswilligen beschaffen ist. Es kann sein, daß sie die besten, erfahrensten Leute eines Betriebes sind, aber sehr oft sind es die halben Kräfte, die saulen und halbfaulen Kunden, die sich auf Streikgelegenheiten stützen wie die Geier aufs Kad, Menschen ohne Körpergeist und Ergößißel, die nur den hohen Lohn der Streikbrecher einheimen wollen, um dann wieder zu verschwinden. Man denke nur an das Menschenmaterial, das beim Hamburger Streik arbeitswillig war! Die Vollgesundheit hängt aber in erster Linie von dem Geben der guten, regelmäßigen, gelehrten Arbeiter ab. Diese stehen oft, wenn einmal Streik vorhanden ist, im Kampf. Soll über ihnen gerade ein besonderer Judthausparagraf stehen?



Nehmen wir einmal an, das vom Kaiser angeforderte Gesetz gehe durch, so bedeutet dieses ein Zurückweichen der praktischen, guten Arbeiterbewegung um mindestens zehn Jahre, ein Steigen der politisch radikalen Stimmung, die jetzt im Sinken war, eine Befestigung jener verzweiflungsvollen Lehre, daß der Arbeiter innerhalb der heutigen Gesellschaft nichts erreichen könne. Wir werden dann Handelsverträge und Weltpolitik machen und dem Arbeiter nicht gestatten, seinen Anteil davon zu gewinnen. Er wird unter einem Druck stehen, der seine politische und moralische Befreiung leicht auf eine schwere Probe stellt. Wozu sollen wir so gegen unsere eigenen Volksgenossen vorgehen? Wer ist es, der dem Kaiser über Streikverhütung und Arbeitswillige vortragen hat? Wer verdunkelte die Wahrheit und schädigte das Vaterlandsgefühl der Masse, wer drängte uns wieder einmal hinein in das Elend einer beginnenden Unterdrückung? Wir glauben, daß man Herrn von Stumm jetzt vielfach unterschätzt. Er hat den Zugang zum Kaiser und er hat die Natur eines Eigensüchters. Es ist peinlich schwer für Anhänger eines sozialen Kaiserthums, diese Dinge erleben zu müssen. Sie ändern nichts an unserer letzten politischen Hoffnung, aber sie erschweren jetzt das Werden für nationalen Sozialismus ungeheuer. Wozu national, wenn der Kaiser solche Gesetze als sein persönliches Werk verklärt? So werden wir gefragt bis in die eigenen Reihen hinein.

### In Rostock

befähigte sich eine von mehr als 800 Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Gewerkschafts-Versammlung mit der Zuchtshausvorlage. Es wurde eine Resolution angenommen, worin gesagt ist: „Da die Versammlung mit Rücksicht auf das medienburgische Versammlungsgesetz von Abwehrmaßnahmen politischer Natur absehen muß, so beschränkt sie sich darauf, zu erklären: „Das bedrohte Koalitionsrecht wird nur von der Arbeiterklasse allein beschützt. Darum ist es Pflicht aller organisierten Arbeiter, die bisher indifferenten Arbeitsgenossen aufzumuntern und zum Anschluß an die Organisation zu veranlassen; gelingt dies, so wird dadurch die Zahl der Squattdämpfer für das Koalitionsrecht vermehrt.“

## Zum Stuttgarter Parteitag

wird von den Parteigenossen der Stadt Braunschweig beantragt, daß die Fraktion sofort nach dem Zusammentritt des Reichstags eine Interpellation über die angeklagte Zuchtshausvorlage einbringen soll. Ferner soll der Parteivorstand ein zur Verbreitung in ganz Deutschland bestimmtes Flugblatt herausgeben, worin der Standpunkt, den unsere Partei zu der Oeynhausener Rede des Kaisers einnimmt, dargelegt wird.

## Partei-Nachrichten.

**In den Stadtverordnetenwahlen in Stettin** hat der Parteigenosse Fritz Herbert den Entwurf eines Kommunalprogramms ausgearbeitet, worin folgende Forderungen aufgestellt sind: 1. Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises unter Kontrolle der Gewerbegerichts-Weißler; 2. Festsetzung eines Minimallohnes für städtische Arbeiter und Festsetzung der Arbeitszeit derselben; 3. bei Vergebung der städtischen Arbeiten in Submission muß zur Bedingung gemacht werden, daß nicht niedrigere Arbeitslöhne als bei Konkurrenz-Unternehmern gezahlt werden dürfen; 4. ein Tarif zwischen Arbeitgeber und Arbeiter abgeschlossen, so dient dieser als Grundlage; 5. Übernahme städtischer Arbeiten in eigene Regie, soweit sie dazu geeignet sind; 6. Einsetzung einer städtischen Sanitätskommission; Kontrolle gesundheitsgefährlicher Wohnungen; 7. unentgeltliche Gewährung der Lehrmittel in der Volksschule und Verpflegung derjenigen Kinder, die diese beanspruchen; 8. Ausführung von Nothstandsarbeiten in Zeiten allgemeiner Arbeitslosigkeit; 9. Verweigerung städtischer Gelder zu sogenannten patriotischen Festen.

**In Braunschweig** wurde der von Förber, Gerstenhauer und anderen gegründete zweite sozialdemokratische Verein von einer Parteiversammlung als eine außerhalb der Partei stehende Organisation erklärt, die nicht das Recht habe, Handlungen und Aeußerungen namens der sozialdemokratischen Partei zu thun. Mitglieder dieses Vereins können nicht zugleich Mitglieder der Partei-Organisation, des sozialdemokratischen Arbeitervereins, sein und seien, wenn sie ihre Mitgliedschaft an dem neuen Verein nicht aufgeben, nicht mehr als Parteigenossen zu betrachten.

**In Altenburg** hat sich die Konferenz der Vertrauensmänner der verschiedenen Partei-Orte dafür entschieden, daß der „Wähler“ auch bei täglicher Erscheinung in der Druckerlei der „Leipziger Volkszeitung“ hergestellt werden soll.

**Der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie** tritt am 30. Oktober in Basel zusammen. Das am Sonntag in Olten verammelt gewesene erweiterte Parteikomitee erklärte sich für die Proportionalwahl des Nationalrates, betriefft den Entwurf der neuen Parteistatuten, erklärte sich für Zustimmung zur Rechtsvereinbarung und schloß die Tagesordnung des Parteitages u. a. die Punkte: Die Revision des Fabrikgesetzes und die politische Polizei.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Eine interessante Vorlage wird die Stadtverordneten Breslau's in ihrer Sitzung am 15. September beschäftigen. Am 2. September brachte unter dortiges Partei-Organ, die „Volksmacht“, ein Referat über eine Stadtverordneten-Versammlung, worin u. a. geltend war, daß Magistrat und Stadtverordnete zu Ehren des Delegiertentages des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister auf ein Besuch der Breslauer Innungen hin 1000 M. für die festliche Beleuchtung der Liebigshöhe bewilligt hatten. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß zur Gemeindefasse doch auch die Maurergesellen zu steuern haben, deren bescheidene Lohnforderungen von denselben Baugewerksmeistern mit ihrem Schatzmacher Simon an der Spitze abgelehnt worden sind. Vereis am 3. September sandte nun die Staatsanwaltschaft an den Magistrat ein Schreiben, charakterisiert als „Preß- und Eilsache“, das das „ergebnislose Ersuchen“ enthielt:

a) von dem Seite 3 Spalte 1 und 2 befindlichen Artikel, in welchem die Stadtverordneten-Versammlung vom 1. September er. besprochen wird, Kenntnis zu nehmen und ihn auch zur Kenntnis der Stadtverordneten-Versammlung zu bringen. Der Artikel enthält meines Erachtens Beleidigungen des Magistrats, der Stadtverordneten-Versammlung und des Stadtverordneten Simon, b) sich gefälligst darüber zu äußern, ob dort gleichfalls in dem Artikel eine Beleidigung des Magistrats gefunden wird und deshalb Strafantrag gestellt wird, c) eine gleiche Aeußerung von der Stadtverordneten-Versammlung wegen der sie betreffenden beleidigenden Stellen zu extrahieren.

Zum Schluß heißt es, eine Erklärung des Herrn Simon werde besonders eingeholt werden.

Wie die „Volksmacht“ mittheilt, kommen fast sämtliche Prozesse gegen sie auf demselben Wege zu stande. Vorausichtlich wird aber diesmal der Riech Miß vergeblich sein. Der Magistrat, der übrigens von jeder Kammer der „Volksmacht“ zwei Exemplare bekommt, also der Benachrichtigung durch die Staatsanwaltschaft gar nicht bedürfte, hat es bereits abgelehnt, Strafantrag zu stellen, und die Stadtverordneten werden aller Wahrscheinlichkeit nach dasselbe thun.

— Der Parteigenosse Kanne in Halberstadt war als verantwortlicher Redakteur der „Sonntags-Zeitung“ vom Schöffengericht in Worne zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt worden, weil er durch einen Artikel über Kinderarbeit die Firma Köhne, Linke u. Wödelmann in Worne beleidigt haben soll. Vom Landgericht Halberstadt war das Urtheil bestätigt, vom Oberlandesgericht aber aufgehoben und die Sache an dasselbe Gericht zurückverwiesen worden. In der neuerlichen Verhandlung setzte das Gericht die Strafe auf 4 Wochen herab.

— Ein ungeheuerliches Vorkommniß meldet die „Pfälzische Post“ aus dem Dorfe Lemberg. Der örtliche Arbeiter-Vahlderein hat zur Abhaltung seiner Versammlungen von dem Parteigenossen Fr. Sommer ein Lokal gemiethet. Weil sich nun die Mitglieder des Vereins erlaubten, hier, das sie von Sommer bezogen, darin zu trinken (Sommer betreibt Bierhandlung und Speisewirtschaft), gab's große Erbitterung unter unseren Gegnern, besonders bei dem Bürgermeister. Eines schönen Tages erschien die Gendamerie drei Mann hoch unter Befehl des Wachtmeisters, an der Spitze der Bürgermeister, beschlagnahmte die Trinkgläser, schleppte sie auf das Bürgermeisteramt und versiegelte das Lokal. Sofort wurde an das Bezirksamt eine Beschwärtschrift geschickt, worin verlangt war, daß das Lokal, das laut Vertrag vom Verein gemiethet sei, innerhalb 24 Stunden geöffnet werde, widrigenfalls man von seinem Rechte als Miether Gebrauch machen würde. Wer nicht öffnen ließ, war das Bezirksamt. Die Mitglieder ließen sich deshalb nicht stören, in ihrem Lokal weiter zu verkehren. Am 17. August kam die Gendamerie wieder, vier Mann stark, unter Befehl eines Kommandanten, an der Spitze der Bürgermeister nebst Polizeidiener und Feldschütz. Nach kurzem Verhör und trotz des Protestes des Genossen Sommer wurden sämtliche Tische und Stühle weggenommen; auch in den Keller drangen die Ordnungleute ein und nahmen etwa 100 Flaschen Bier, einige Flaschen Liqueur, sogar zwei Fäßchen Wein, die Sommer zum Selbstbedarf hatte, weg, und brachten alles auf das Gemeindehaus. Sommer ging sofort an das Bezirksamt. Das Gendamerie-detachement mit dem Bürgermeister Kästner hielt nur, nachdem dies geschähen, einen kurzen Kriegsrath ab. Ungefähr eine Stunde später erschienen diese Herren nochmals, brachen in Abwesenheit des Sommer die Hausthüre auf, warfen sämmtliches in den Wohnzimmern befindliche Mobilien und Geschirr, Sommer's Wertbank mit Schufterwerkzeug, Leisten und Schuhe vor die Thüre. Frau Sommer wurde vom Kommandanten, als sie sich nicht aus ihrer Wohnung entfernte, auf den Gang geschleudert. Unterdessen kam die Mutter des Sommer hinzu, um dessen Frau auf ihr Geld aufmerksam zu machen. Als sie sich nicht entfernte, ergriff sie der Kommandant mit zwei anderen Gendarmen und man schleuderte sie gegen die Hausthür, wobei sie rückwärts flach auf den Boden aufschlug; heute noch sieht man Merkmale an Arm und Fuß. Es handelt sich um eine Frau in den fünfziger Jahren! Während dessen hänselte Gendarm Fiß Frau Sommer, indem er ihr die Marcellasse vorlang mit der Bemerkung: „Ich kann's auch, ich war früher auch mal Sozialdemokrat!“ Ihrer vierjährigen Tochter versprach er Geld, wenn sie ihm dieses Lied singe.

## Preussische Landtagswahlen.

**Die Parteikonferenz des hannoverschen Kreises Göttingen-Weine** beschloß, die Entscheidung über die Wahlbetheiligung den einzelnen Landtagswahlbezirken zu überlassen.

**Die Kreispartei für Salz-Ascherleben** machte sich über die Landtagswahl wie folgt schlüssig:

1. von der Aufstellung eigener Wahlmänner unter den gegebenen Verhältnissen für die nächste Wahl Abstand zu nehmen;
2. den Stuttgarter Parteitag aufzufordern, den Hamburger Beschluß aufzuheben und den Parteigenossen anheimzustellen, schon bei der Urwahl für bürgerlich-oppositionelle Wahlmanns-Kandidaten einzutreten;
3. für den Fall, daß der Stuttgarter Parteitag einen Beschluß in diesem Sinne faßt, sich an der Landtagswahl mit allen Kräften zu betheiligen.

Falls der Stuttgarter Parteitag den Hamburger Beschluß nicht aufhebt, werde man sich an der Landtagswahl durch Agitation betheiligen.

**Der Kreispartei für Jeltz-Weiskensfeld-Naumburg** erkannte die große Wichtigkeit der Landtagswahlen an, lehnte jedoch die Betheiligung ab, da nach Lage der Sache kein nennenswerther Erfolg erlangen werden könnte. Zur Zeit der Wahl sollen in den Städten und Dörfern Versammlungen abgehalten werden, um die Mängel des geltenden Wahlrechts zu besprechen.

**Die Parteikonferenz des hannoverschen Kreises Lüneburg-Winzen** lehnte die Betheiligung ab, weil selbst bei Aufwendung erheblicher Geldmittel an einen Erfolg gar nicht zu denken sei.

**Die Parteikonferenz für den hannoverschen Wahlkreis Göttingen-Münden**

erklärte sich im Prinzip für die Betheiligung an den Landtagswahlen, beschloß jedoch für diesmal von der Betheiligung Abstand zu nehmen, da eine Beeinflussung des Wahlergebnisses im oppositionellen Sinne als ausgeschlossen zu betrachten sei.

**Die Parteikonferenz für den rheinischen Wahlkreis Weiskensfeld-Altenkirchen** beschloß einstimmig: „Eine selbständige Wahlbetheiligung ist aus-sichtslos; wird ein wirklich liberaler Mann aufgestellt, soll derselbe unterstützt werden, im andern Falle ist Wahlenthaltung geboten.“

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Vorträger!** Da die Kommission vielfach in Erfahrung gebracht hat, daß die Kollegen, welche bei Putzern arbeiten, nicht genügend ihre Pflicht erfüllen in betreff des Sammelns zum Streikfonds, sehen wir uns an dieser Stelle veranlaßt, die Kollegen an ihre Pflicht zu erinnern. Die Baukonjunktur im Putzergewerbe scheint augenblicklich eine derartige zu sein, daß es an Arbeitern theilweise mangelt; deshalb eruchen wir, den Tarif strikte zur Durchführung zu bringen. Neben der Erfüllung der erwähnten Pflichten wird es notwendig sein, daß die Kollegen gerade jetzt Mann für Mann auch der Organisation beitreten.

Die Lohnkommission. J. A. B. Road.

**Eine elende Verdächtigung streikender Arbeiter** wird von bürgerlichen Zeitungen mit Behagen verbreitet. In Spandau, wo belamntlich zur Zeit ein Ausstand der Bauarbeiter herrscht, ist in der Nacht vom Montag auf Dienstag ein häußchen Strohh in Brand geraten, welches vor einem Holzschuppen lag, in dem italienische Streikbrecher unter polizeilichem Schutz wohnten. Der Brand ist, ehe er irgend welchen Schaden verursachen konnte, von den Italienern gelöscht worden. Die bürgerlichen Blätter saßen nun von einem Brand des Schuppens und wissen zu berichten, daß „man“ die Brandstifter unter den Streikenden vermulhet. Gestern früh sind in einem Spandauer Schulgebäude Petroleumspuren entdeckt worden. Wie dieselben dorthin kamen, weiß niemand. Die bürgerlichen Blätter machen notürlich aus dieser an sich harmlosen Thatsache eine Schouermache, indem sie auch hier die Streikenden einer verführten Brandlegung bezüchtigen. Um die Verläumdung glaubwürdig erscheinen zu lassen, wird von einer drohenden Haltung berichtet, die die Streikenden schon seit einigen Tagen den Italienern gegenüber einnehmen sollen, und die angeblich bereits zu tumultuarischen Szenen geführt haben soll. Auch diese Behauptungen sind elende Lügen. Thatsache ist, daß das Verhalten der streikenden Spandauer Maurer, trotz mehrfach vorgekommener Provokationen seitens der mit Revolvern und Messern bewaffneten Italiener, ein muthig ruhiges ist. Was die angebliche „Brandstiftung“ anbelangt, so ist selbst die Spandauer Polizei noch nicht auf den Gedanken gekommen, daß das Strohhfeuer oder die Petroleumspuren in irgend eine Verbindung mit den Streikenden gebracht werden können. Eher läßt sich vermuthen, daß bei dem Strohhbrand eine Unvorsichtigkeit der Italiener vorliegt, welche in dem feuergefährlichen Holzschuppen in geradezu polizeilichdriger Weise auf eisernen Oefen kochen und braten. In den Berichten der bürgerlichen Blätter ist auch die Rede von Revolver-

schüssen, die ein Italiener auf die stehenden Brandstifter abgegeben haben soll. In Spandau ist dagegen von der Schießerei nichts belamnt.

### Deutsches Reich.

**Zur Aussperrung der Magdeburger Bauhandwerker.** Die Unternehmer haben sich jetzt bereit erklärt, mit den Arbeitern zu verhandeln und sind von diesen bereits die geeigneten Maßnahmen getroffen. Hauptsächlich gelangt es in anbeacht der sehr bescheidenen Ansprüche der Arbeiter, denn den Forderungen kann man gar nicht nachgeben, eine Befreiung des Ausstandes herbeizuführen.

**Die Lohnbewegung der Hamburger Schauerleute.** Von Seiten der Schauerleute ist eine Tarifkommission gewählt worden, welche einen Lohnantrag entwarf und diesen an den Verein der Stauer, sowie an die verschiedenen Gesellschaften einsandte. Hierauf ist von Seiten der Arbeitgeber ebenfalls eine Tarifkommission eingesetzt worden, welche auch einen Lohnantrag verfaßte und diesen wieder an die Tarifkommission der Arbeiter sandte. Nun wandten sich die Arbeiter an diese Kommission und ersuchten um eine Besprechung, damit ein gemeinschaftlicher Lohnantrag vereinbart werde. Bis jetzt ist den Arbeitern aber noch keine Antwort geworden, sondern die Hamburg-Amerika-Linie hat einigen von ihren Arbeitern einen neuen Lohnantrag ausgehändigt und die Klederei von Eugene Cellier hat bereits bei der letzten Lohnzahlung nach diesem Tarif bezahlt. Wie verlautet, soll ferner in einer Versammlung der Stauer ein Beschluß gefaßt sein, wonach die sämmtlichen Stauer von 15. d. M. ab nach diesem Tarif bezahlen wollen. Einste-weilen ist noch nichts Bestimmtes lautbar geworden und die nächste Lohnzahlung muß abgewartet werden.

**Eine Versammlung des Dresdener Gewerkschaftsartells** wurde, nachdem schon zwei Rednern das Wort entzogen war, aufgelöst, weil über die Rede des Kaisers betreffs der Streikley-Vorlage gesprochen wurde und in einer Protestversammlung Stellung hierzu genommen werden sollte.

**Am Dresdener Dachdeckerstreik** sind 182 Mann betheiligt. Die Zahl der Streikenden wächst. Die Arbeitgeber suchen von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen, jedoch mit wenig Erfolg.

**Aus Oberschlesien.** Sonntag, den 11. d. Mts., fand der seit einigen Tagen hier anwesende Genosse Legien wieder Gelegenheit, in einer Bergarbeiter-Versammlung in Königshütte zu sprechen. Auch hier handelte es sich, ebenso wie in der Dorothendörfer Versammlung vom 4. d. Mts., um Knappschafts-Angelegenheiten. Genosse Legien fand großen Beifall. Der zur Ueberwachung anwesende Grenzkommissar Wäbber hätte gern einen Anlaß gefunden, Legien am Reden zu hindern, fand aber keinen. — An demselben Tage sprach Legien in einer Glasarbeiter-Versammlung in Gleiwig. Außer Glasarbeitern waren auch Metallarbeiter, Holzarbeiter u. a. vertreten. Legien sprach über „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“. Genosse Emil Wischoff wurde zum Vertrauensmann der organisierten Glasarbeiter, Genosse Grüner zum Vertrauensmann der organisierten Metallarbeiter bestimmt. Als Vertrauensmann der organisierten Holzarbeiter wird Genosse Trallst fungieren. Weitere Versammlungen stehen bevor.

### Ausland.

**Der Streik der Arbeiter in Basel,** welche den von der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik gelieferten Gasometer montiren, ist durch Vermittelung des Vorsitzenden des sozialdemokratischen Arbeiterbundes auf folgender Grundlage geschlichtet worden: Lohnhöhung um 3 Cts. pro Stunde, Minimallohn pro Stunde von 47 Cts. für gelehrte und von 40 Cts. für ungelernete Arbeiter, Einführung des sogenannten Jahrtagsgettelts, wie ihn die Basler Fabriken besitzen, Versicherung aller Arbeiter bei der Mechaniker-Krankenkasse. Die Arbeitszeit bleibt die esständige, dagegen wird am Sonabend um eine Stunde früher aufgehört.

**200 Buchbinder in Christiana (Norwegen)** sind ausgesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten. Da die Organisation dafelbst noch jung ist und nicht über viel Geldmittel verfügt, ergeht von dieser an die Kollegenchaft in Deutschland und anderen Ländern das dringende Ersuchen, nach Möglichkeit finanzielle Hilfe zu leisten. Geldsendungen sind zu richten an: Harald Jensen, Kirkegaards-gaden 2 in Christiana, Norwegen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Brandstiftungsfoog, 14. September.** (B. Z. B.) Das kaiserliche Kanalamt macht belamnt: Der Ewer „Erndte“ aus Neuendorf bei Elmshorn wurde heute Vormittag 7 Uhr 50 Min. bei Kilometer 23,9 von dem Dampfer „Hudikswall“ aus Hamburg angetrannt und ist im Kanal gesunken.

**Wien, 14. September.** (B. Z. B.) Der Trauerschmud der Stadt Wien macht schon jetzt einen überwältigenden Eindruck. Bis in die entlegensten Stadttheile hinein sieht man in den Schaufenstern selbst der ärmlichsten Läden Büsten, Delbilder, Kupferstiche, Holz-schnitte oder Photographien der Kaiserin, von Traueremblemern umgeben, ausgestellt.

**Bozen, 14. September.** (B. Z. B.) Ein Tourist aus der französischen Schweiz stürzte von der Seiseralpe ab und verletzte sich dabei schwer.

**Rome, 14. September.** (B. Z. B.) In einer Gastwirtschaft wurde der Beamte einer chemischen Fabrik, namens Julius Koller, verhaftet, weil er „Es lebe die Anarchie!“ ausgerufen hatte.

**Berlin, 14. September.** (B. Z. B.) Der Sonderzug mit der Leiche der Kaiserin Elisabeth hatte hier 14 Minuten Aufenthalt. Die Vertreter des Kaisers wurden von den Behörden begrüßt, viele Kränze wurden am Sarge niedergelegt.

**Genf, 14. September.** (B. Z. B.) Der Große Rath der gesetzgebenden Körperschaften des Kantons, welcher auf heute zu einer Sitzung einberufen war, hob dieselbe zum Zeichen der Trauer gleich nach der Eröffnung wieder auf. Der Staatsrath des Kantons erhielt von dem Gesandten Grafen Kuestein einen sehr herzlichen Brief, der dem Danke des Kaisers Franz Josef für die rührenden Beweise der Theilnahme der Genfer Bevölkerung Ausdruck giebt.

**Paris, 14. September.** (B. Z. B.) Eine Note der „Agence Habs“ dementirt die Blättermeldungen über die Vorgänge in dem am Montag im Elysée abgehaltenen Ministerrath; insbesondere wird dementirt, daß Präsident Faure in irgend welcher Weise in die Beratung über die Dreifuß-Angelegenheit eingegriffen habe.

**Paris, 14. September.** (B. Z. B.) Die bei den Arbeiten für die Weltausstellung und die Stadtbahn, sowie bei den Kloakenbauten beschäftigten Arbeiter und Zimmerleute beschloßen, weil ihnen eine Lohnhöhung verweigert wurde, in den Ausstand zu treten. Die Zahl der Ausständigen wird auf 7000 Mann geschätzt.

**Rom, 14. September.** (B. Z. B.) Aus einigen Provinzstädten werden Verhaftungen von Anarchisten gemeldet.

**Madrid, 14. Septbr.** (B. Z. B.) Senat. Ministerpräsident Sagasta verliest im Senat und in der Kammer eine königliche Verordnung, durch welche die Sitzungen der Cortes bis auf weiteres aufgehoben werden.

**Tomsk, 14. September.** (B. Z. B.) Der regelmäßige Eisenbahnverkehr mit Irkutsk ist eröffnet worden.

**Konstantinopel, 14. September.** (B. Z. B.) Wie verlautet, soll in Ipef die Feindschaft zwischen zwei albanesischen Parteien zu Unruhen geführt haben, der Lazar sei gesperrt, der Wali von Kestib sei mit einigen Bataillonen von Mitrovica dorthin abgegangen.

**Tunis, 14. September.** (B. Z. B.) Als der älteste Sohn des Bey zu Bogen auf der Straße von La Marsa nach der Residenz zurückkehrte, wurden von einem Individuum, welches europäische Kleidung und auf dem Kopf eine Chchia (rothe tunesische Mütze) trug, zwei Schüsse abgegeben. Man glaubt, daß es sich nicht um ein Attentat, sondern um die Unvorsichtigkeit eines Jägers handelt; der Prinz wurde nicht verletzt.



### Die Berliner Parteigenossen und der Stuttgarter Parteitag.

Die Berliner Parteigenossen vollzogen am Dienstag Abend die Wahl der Delegierten zum Parteitag und verhandelten über die auf dem Parteitage zu stellenden Anträge. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen nur mäßig.

Die Parteigenossen des ersten Kreises hielten ihre Versammlung in den Arminhallen ab. Nachdem Seiler einen kurzen Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse der Brandenburger Parteikonferenz gegeben hatte, referierte der Vertrauensmann W o h n e über die Bedeutung und die Tagesordnung des Stuttgarter Parteitages. Der Redner verbreitete sich hierbei in eingehender Weise über die Presse und führte aus, daß die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ im Verhältnis zu der Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen noch immer eine niedrige ist und von sozialdemokratischen Wählern vielfach noch die bürgerliche Presse unterstellt wird. Der Inhalt des „Vorwärts“ entspricht wohl dem Verständnis der Parteigenossen, nicht aber der großen Masse, die erst für die Ideen der Sozialdemokratie gewonnen werden soll, wodurch die Ausbreitung der Parteipresse sehr erschwert ist. Ueber die Haltung des „Vorwärts“, die auch bei den letzten Reichstagswahlen eine gute war, sei nichts einzunehmen, da derselbe als Zentralorgan den lokalen Angelegenheiten nicht mehr Rechnung tragen kann. Der Redner empfiehlt schließlich, um den schädlichen Einflüssen der Klatsch- und Sensationsblätter mit Erfolg entgegenwirken zu können, eine zweite Ausgabe des „Vorwärts“ zu einem billigen Preise, in welchem die lokalen Angelegenheiten genügende Berücksichtigung finden, die neuesten Ereignisse besprechen und die politischen Tagesfragen in gemeinverständlicher Weise behandelt werden. W i t t n e r empfiehlt die Herabsetzung des Abonnementbetrages auf 1 M., sowie die Herausgabe einer Abendzeitung, die so gestaltet sein soll, daß sie insbesondere die sogenannten farblosen Blätter verdrängt.

G u t m a n n wendet sich gegen die Verbilligung, da dies vorläufig noch ein sehr unsicheres Experiment sei und wünscht, daß der „Vorwärts“ im Interesse der Arbeiter den Arbeitsnachweis mehr berücksichtige, und im weiteren, daß auch Sport-, Familien- und Antikondominarien z., die aus geschäftlichen Gründen für einen Teil der Bevölkerung von Interesse sind, veröffentlicht werden. In ähnlicher Weise äußerte sich O p p e l, der ebenfalls eine Erweiterung des „Vorwärts“ auch nach dieser Richtung für notwendig erachtet. L ä t e r o w spricht sich gegen eine Herabsetzung des Abonnementbetrages aus, da durch diese Verbilligung gegenwärtig ein Anfall von ca. 60 000 M. entstehen würde und empfiehlt gleichfalls die Herausgabe einer Abendzeitung, in der die politischen Fragen in populärer Weise besprochen und die lokalen Verhältnisse, da dies das Zentralorgan nicht kann, genügend berücksichtigt werden. Der Redner beschränkt sich im weiteren, daß der Rahmen bezüglich der Annoncen erweitert wird, um auch in finanzieller Beziehung bessere Resultate zu erzielen. Nachdem sich noch mehrere Redner in dieser Weise geäußert hatten, wurde e i n s t i m m i g beschlossen, dem Stuttgarter Parteitag folgenden Antrag zu unterbreiten.

Antrag. Zur Organisation. § 17. Presse. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Kommission von den hiesigen Faktoren und Sachverständigen zu berufen, die über nachfolgenden Antrag Verabhandlung und Stellung nimmt: In Erwägung, daß die Haltung und Sprache des „Vorwärts“ als Zentralorgan wohl dem Verständnis der Genossen entspricht, jedoch andererseits die Ueberladung zu den weniger eingeweihten Bevölkerungsschichten fehlt, ist neben der „Vorwärts“-Ausgabe eine Abendzeitung, mit besonderem Abonnentenstand, herauszugeben, worin die neuesten Ereignisse gebracht und die politischen Tagesfragen in gemeinverständlicher Weise behandelt werden. Im übrigen die lokale Arbeiterbewegung und die allgemeinen lokalen Begebenheiten mehr Berücksichtigung finden, zum Preise von 70 bis 60 Pf.) monatlich als Extra-Organ, aber auch als Abendausgabe betrachtet, mit dem „Vorwärts“ zusammen zum Preise von 7 (1,40 M.) bezogen werden kann. Zur Realisierung dieses Vorschlages in finanzieller Hinsicht ist der Annoncen-Aufnahme ein weiterer Rahmen zu ziehen.

Außerdem fanden noch folgende Anträge zum Stuttgarter Parteitag Annahme: Der § 9 des Organisationsstatuts ist dahin zu erweitern, daß die Berliner Preßkommission durch ein Mitglied auf dem Parteitage vertreten wird. — Die Vertrauenspersonen haben bei Schluß der Session, falls nicht außergewöhnliche Ereignisse dies früher zur Pflicht machen, in ihren Kreisen ein Flugblatt zur Verbreitung zu bringen, welches die Thätigkeit der Parteien resp. ihrer Vertreter ins richtige Licht stellt. Diese Gelegenheit ist gleichzeitig zu benutzen, um Propaganda für die Arbeiterpreise zu machen. Ein Antrag von Feilgenz, der Parteitag wolle beschließen, den Abonnementbeitrag für das Zentralorgan auf eine Mark festzusetzen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde auf Antrag P e t e r m a n n beschlossen, die Delegierten des ersten Kreises zu verpflichten, den von anderen Kreisen gestellten Antrag auf Verbilligung des Parteitages zu einer anderen Zeit, zu unterstützen. Als Delegierte zum Stuttgarter Parteitage wurden hierauf R ä t e b u c h und P r e u ß gewählt. Als Mitglied der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg wurde S c h u s t e r einstimmig wiedergewählt. Bei dieser Gelegenheit wurde bemängelt, daß von einigen Mitgliedern der Kommission kein Bericht erstattet wurde, während dies von den Vertretern in anderen Kreisen, wie üblich, geschieht ist. Eine längere Diskussion entspann sich sodann über die in der Nr. 208 des „Vorwärts“ veröffentlichte Erklärung der Vertrauensmänner, die Landtagswahlen betreffend. Insbesondere tabelten K u b a t h und L ä t e r o w, daß die Vertrauensmänner des ersten Kreises sich von der Veröffentlichung der Erklärung nicht ausgeschlossen haben und sich dadurch in Widerspruch mit den Genossen des Kreises setzten, die fast einstimmig für die Beteiligung an den Landtagswahlen eingetreten sind. Die Redner sind der Meinung, daß in der Feenpalast-Versammlung kein richtiges Bild über die Landtagswahlfrage gegeben wurde, da nach dem langen Referat eine große Anzahl Redner, die für die Beteiligung plädieren wollten, nicht mehr zum Wort kamen. Es wurde hierauf folgende Resolution gegen 2 Stimmen angenommen: Die Versammlung der Genossen des 1. Kreises ist mit der Veröffentlichung ihrer Vertrauensmänner, die Landtagswahlen betreffend, nicht einverstanden, da diese Erklärung nicht mit den Ansichten der Parteigenossen des 1. Kreises übereinstimmt.

Die Genossen des zweiten Wahlkreises hatten sich zahlreich im großen Saale der Berliner V o c k b r a u e r e i eingefunden. Der erste Punkt der Tagesordnung: Verichterstattung über den Parteitag der Provinz Brandenburg wurde schnell erledigt. Die Genossen W a r t e n b e r g und S a h und L i l h B r a u n hatten sich in die Referate getheilt. Es folgte der zweite Punkt der Tagesordnung: S t e l l u n g n a h m e zum Stuttgarter Parteitag. Hierzu lagen mehrere Anträge vor.

Der erste Antrag war von L i l h B r a u n eingebracht und verlangte im Interesse der Förderung der Frauenagitation, die Uebernahme der „Gleichheit“ in Parteiverlag und die Verlegung der Redaktion dieses Organs von Stuttgart nach Berlin.

Von der Preßkommission wurde beantragt, das Organisationsstatut dahin zu ändern, daß die Preßkommission von sich aus einen Vertreter nach dem Parteitag senden dürfe. Ein anderer Antrag will den Delegierten infolgedessen ein gebundenes Mandat geben, als sie zur Zeit gegen eine Verbilligung des Abonnementpreises des „Vorwärts“ stimmen sollen. G r e m p e hatte einen Antrag auf Verbilligung der Parteiliteratur eingebracht. Z u b e i l verlangte in einem Antrage, daß dem „Vorwärts“ wöchentlich zwei-

oder dreimal eine Beilage beigegeben werden solle, in welcher die die Vororte von Berlin interessirenden Angelegenheiten Aufnahme finden sollten. Vom Vertrauensmann W e r n e r war der Antrag gestellt worden, auf die Tagesordnung des Parteitages als besonderen Punkt die Erörterung der Frage zu setzen: „Welche Forderungen sind an die Gesetzgebung aus dem Arbeitsvertrag heraus zu stellen.“ Wenn möglich, möge S t a d t h a g e n mit dem Referat darüber betraut werden.

Die Diskussion dieser Anträge gestaltete sich sehr lebhaft. G r e m p e motivierte seinen Antrag unter Hinweis auf den theuren Preis der letzten Kron'schen Broschüre über die Landtagswahlen. Obwohl Kron's nicht einmal ein Honorar beansprucht habe, koste die Broschüre 20 Pfennige, dabei habe man den Namen der Rückseite noch für eine Reklame-Announce ausgenutzt. Auch das Handbuch, welches 3 M. koste, sei viel zu theuer. E w a l d begründete die Anträge der Preßkommission. Nach dem neuen Organisationsstatut trage die Berliner Preßkommission die Verantwortung für die tatsächliche und prinzipielle Haltung des „Vorwärts“, sie müsse sich eventuell auf dem Parteitage angreifen lassen und nun auch das Recht haben, sich dort verteidigen zu können. Nach genauer Prüfung der einschlägigen Verhältnisse sei die Preßkommission zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich der Preis des „Vorwärts“ nicht herabsetzen lasse, ohne den Ueberschuß ganz oder zum größten Theil mit dranzugeben.

Frau B r a u n trat in warmen Worten für die Verlegung der „Gleichheit“ nach Berlin ein.

R i c h a r d F i s c h e r: Er könne die Annahme dieses Antrages nicht empfehlen; es entstehe die Frage, ob das bisher von einem Privatverlag gedachte Defizit von der Partei übernommen werden solle. Diese finanzielle Frage könne eine Volksversammlung nicht ohne weiteres entscheiden. Ob die Redaktion nach Berlin verlegt werden könne, das solle man dem Vorstand zur Erwägung übergeben. Auch dem Antrag E w a l d betreffend die offizielle Vertretung der Berliner Preßkommission könne er nicht ganz gerechtfertigt finden. Die Preßkommission sei keine Parteiondere eine Lokalinstitution der Berliner Genossen. Sie trage auch keineswegs allein die Verantwortung für die prinzipielle Haltung des „Vorwärts“. Er gebe überhaupt den Berlinern den Rath, ihr großes Gewicht, das sie als bedeutendste Parteimitgliedschaft besitzen, nicht für alle möglichen Anträge in die Waagschale zu werfen. Anträge von geringer Bedeutung, die ebensogut von Buxtehude oder einem einzelnen Parteigenossen gestellt sein könnten, sollte Berlin nicht den Stempel aufdrücken. Damit vermeide man, daß die Vereinigungen gegen die „Berliner Antragsfabrik“ noch größer werde. Gerade der Antrag G r e m p e falle in die von ihm gekennzeichnete Art. Er sei so allgemein gehalten, daß er zu gar nichts verpflichte. Auf jedem Kongresse seien bisher ganz gleiche oder ähnliche Anträge gestellt worden. Was die speziellen Vorwürfe des Genossen G r e m p e anlangt, so erwidere er, der Preis der Kron'schen Broschüre sei deshalb höher gegriffen, weil es sich hier nicht um eine Agitationsbroschüre, die sich an die große Masse wende, handele; (Genosse Kron's nicht zustimmend); ebenso sei es beim Handbuch, das alle Agitatoren, Vertrauensleute z. noch dazu gratis erhalten hätten. Die Reklame-Announce sei ein Inerat der Buchhandlung und bringe selbstverständlich nichts ein, losie vielmehr noch den Satz (weiterer). Wo es sich um Massenbroschüren handle, sei die Buchhandlung Vorwärts so billig wie irgend möglich.

Z u b e i l polemisiert gegen F i s c h e r, der den Vorwurf nicht habe entkräften können, daß einzelne Broschüren zu theuer seien. Wenn sich Genosse Kron's wirklich nur an einen kleinen Kreis von Parteigenossen hätte wenden wollen, dann hätte er sich die Mühe des Schreibens der Broschüre ersparen können. Er bitte dem Antrage G r e m p e zuzustimmen. Dringend noch aber thue es, daß der „Vorwärts“ die Vorkommnisse in den Vororten mehr als bisher berücksichtige, besonders die kommunalen Angelegenheiten. Redner unterstützte schließlich den Antrag B r a u n. Wer es gut meine mit der Frauenbewegung und sie nicht nur platonisch liebe, der stimme für den Antrag. S t a d t h a g e n: Die Preßkommission habe thatsächlich die Verantwortung für die prinzipielle Haltung des „Vorwärts“ und es sei nur recht und billig, wenn ihr eine Vertretung auf dem Parteitage eingestimmt werde. Das Abonnement müsse durch den Inhalt des „Vorwärts“ geboben werden. Die Kleinarbeit sei auch hier sehr wichtig. Den Antrag W e r n e r unterstütze ich. Das Thema, welche Forderungen sind aus dem Arbeitsvertrag heraus an die Gesetzgebung zu richten, sei sehr zeitgemäß.

Ein weiterer Antrag verlangt, daß nur solche Delegierte nach Stuttgart geschickt werden, die in der Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen auf dem Boden der Feenpalast-Resolution stehen. K r o n's hält den Parteitag nach Ort und Zeit für ungeeignet, die Frage der Landtagswahlen zu behandeln. Ein praktisches Ergebnis für die bevorstehenden Wahlen werde eine Erörterung in Stuttgart wegen der Nähe des Wahltermins nicht haben können. Es sei daher das vernünftige, diese Frage bis zum nächsten Parteitag zu vertagen und auch von dem gebundenen Mandate in dieser Frage abzusehen. Im übrigen unterstützt der Redner den Antrag W e r n e r - S t a d t h a g e n. P f a n n k u c h warnte vor Ueberlastung der Tagesordnung. Die ersten drei Tage würden mit den Berichten hingehen, viel Zeit bliebe also nicht mehr. Der Vorstand werde erwägen, ob nicht noch die Frage des Koalitionsrechtes und des Vergarbeiterkampfes auf die Tagesordnung gesetzt werden könnten. H e n s e l meint, die Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen müsse in Stuttgart zur Sprache kommen, schon V e b e l werde sich das nicht nehmen lassen. (Sehr richtig!) W e r n e r polemisiert gegen F i s c h e r, der mit seinen Behauptungen die im Lande herrschende Voreingenommenheit gegen die Berliner nur noch geschürt habe. Die Landtagswahlfrage sei wohl für die Berliner Genossen erledigt, trotzdem werde sie in Stuttgart eine Rolle spielen, dafür werde schon V e b e l sorgen. Deshalb sei er dafür, daß nur Delegierte gewählt würden, die sich auf den Boden der Feenpalast-Resolution stellen.

Hierauf wurden die Anträge B r a u n, Z u b e i l und G r e m p e abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag W e r n e r - S t a d t h a g e n, die beiden Anträge der Preßkommission und der Antrag, daß sich die gewählten Delegierten in der Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen auf den Boden der Feenpalast-Resolution stellen müssen. Zu Delegierten werden gewählt J a c o b, L a n k a u und Frau B r a u n. Z i n k e, K r o n's und W o l d e r s c h blieben in der Minorität.

Als Mitglied der Agitationskommission der Provinz Brandenburg wurde A n t r i c h und zu Revisoren des Vertrauensmannes O h n e s o r g e, S c h m i d t und H e n s e l ernannt.

Von Frau L i l h B r a u n erhalten wir folgende Zuschrift: „Bei der am 13. September im 2. Berliner Wahlkreis vorgenommenen Delegiertenwahl zum Stuttgarter Parteitag wurde der Beschluß gefaßt, nur solche Delegierte zu wählen, die auf dem Boden der Feenpalast-Resolution stünden. Da diese Resolution, meiner Auffassung nach, im wesentlichen sagt, daß die Berliner Sozialdemokratie die Beteiligung an den Landtagswahlen ablehnt, anderen Wahlkreisen aber keineswegs das Recht der selbständigen Entscheidung aberkennen will, so glaube ich, meine Zustimmung zu dieser Resolution erklären zu können. Ich sah mich umso mehr dazu berechtigt, als Genosse W e r n e r in der Versammlung des zweiten Wahlkreises ausdrücklich ausdrückte, daß die Feenpalast-Resolution sich keineswegs über den Hamburger Beschluß erheben wollte.“

Kraftträglich jedoch gewann ich den Eindruck, als ob diese Auffassung von der Versammlung nicht durchweg getheilt wurde, und ein Theil der Genossen mir ihre Stimme in dem Glauben gegeben hat, daß ich die Beteiligung an den Landtagswahlen überhaupt, also nicht nur für Berlin, verwerfe. Da ich aber nicht wünsche, daß

auch nur ein Genosse, der mich unter einer solchen falschen Voraussetzung wählte, später die Meinung gewinnen kann, daß ich sein Vertrauen täuschte, so sehe ich mich zu dieser Erklärung veranlaßt und lege mein Mandat in die Hände meiner Wähler zurück.“

Im dritten Wahlkreise berichteten W ä t t n e r, W a r t e n b e r g und S c h i z e l über den Verlauf des Provinzial-Parteitag. Ohne wesentliche Debatte erklärte sich die Versammlung mit der Haltung und Abstimmung ihrer Delegierten einverstanden. D i m m i c h wurde in die Agitationskommission für Brandenburg wiedergewählt.

Kaum mehr leitete der Vertrauensmann F r i z die Besprechung über den Stuttgarter Parteitag ein. Er verliest einen eingelaufenen Antrag, nach welchem der Parteitag in Zukunft Ende Juli oder Anfang August abgehalten werden soll. In den Landtagswahlen, falls dieselben auf dem Parteitag besprochen werden sollten, beantragt F r i z: Der Parteitag wolle beschließen: Der Hamburger Beschluß, die preussischen Landtagswahlen betreffend, bleibt bestehen. In den Kreisen, die sich an der Wahl beteiligen, haben Urwähler und Wahlmänner nach denselben Grundätzen zu verfahren, welche bisher bei den Reichstagswahlen maßgebend waren. Ein von den Parteigenossen gestellter Antrag, daß die Zeitschrift „Die Gleichheit“ von der Partei übernommen und die Redaktion nach Berlin verlegt werde, ist gleichfalls eingelaufen.

Zum Organisationsstatut stellt F r a n c einen Antrag, dessen Tendenz dahin geht, der Preßkommission das Recht einzuräumen, „in jeder Beziehung“ eine fortlaufende Kontrolle des „Vorwärts“ zu üben. — Die Berliner Genossen müßten, so begründet F r a n c seinen Antrag, dieselben Rechte hinsichtlich ihres Preßorgans haben, wie sie die Genossen anderer Orte bezüglich ihres Blattes ausüben. Ferner beantragt F r a n c: Aus dem Parteivorstand müssen in diesem Jahre mindestens zwei Mitglieder ausscheiden, die nicht wieder wählbar sind. Das gleiche gilt im nächsten Jahre für die drei anderen Vorstandsmitglieder. — Ein Beschluß im Vorstände, so führt F r a n c zur Begründung aus, sei deshalb nöthig, damit auch der Schein, als ob ein den demokratischen Anschauungen widersprechendes Regiment in der Partei herrsche, vermieden werde. Die Streitigkeiten in Solingen und Braunschwieg hätten nicht solche Ausdehnung angenommen, wenn wir einen anderen Parteivorstand gehabt hätten. Ein dritter von F r a n c gestellter Antrag verlangt, daß alle im parteigenössigen Verlage erscheinenden und erschienenen Schriften zu vollständigen Preisen abgegeben werden, um eine Massenverbreitung derselben zu ermöglichen. Die Parteifchriften — meint F r a n c — ließen sich erheblich billiger abgeben, wie bisher, wenn nicht der Parteivorstand in seinem Hochnach noch Geld möglichst hohe Einnahmen aus denselben herauszuschlagen bestrebt wäre.

H e i n e bittet, den Antrag, die Preßkommission betreffend, abzulehnen. Der „Vorwärts“ sei nicht nur Berliner Organ, sondern auch Zentralorgan, und gehöre als solches allen deutschen Genossen. Redner wandte sich dann gegen den zweiten von F r a n c gestellten Antrag. Es bestehe keine Autokratie im Parteivorstand. Wenn F r a n c derartiges behauptet, hätte er auch Beweise dafür anführen sollen. Das sei aber nicht geschehen. Daß der Parteivorstand die Solinger und Braunschwieger Streitigkeiten verschulde, sei eine unbewiesene Behauptung F r a n c's. Von hier aus könne man die dortigen Angelegenheiten nicht beurtheilen. Der Gedanke, die Parteiliteratur billiger abzugeben, sei ja an sich gut. Der darauf hinzielende Antrag F r a n c's enthalte aber den Vorwurf, der Parteivorstand und die Buchhandlung Vorwärts stellen zu hohe Preise, nur um Geld zu erhaschen. Dieser Vorwurf sei ganz unbegründet, man möge deshalb auch diesen Antrag ablehnen. W a r t e n b e r g spricht gegen den ersten Antrag F r a n c, indem er ausführt, er könne aus eigener Erfahrung bestätigen, daß die Preßkommission mit ihren jetzigen Befugnissen vollständig auskomme, ihr Einfluß sei groß genug, um allen Beschwerden der Genossen Rechnung zu tragen. F r a n c möge sich nur, wenn er begründete Klagen gegen den „Vorwärts“ habe, an die Preßkommission wenden. — Dazu habe er — erwidert F r a n c — keine Veranlassung. Seinen Antrag habe er aus ganz bestimmten Gründen gestellt. Man wisse ja, daß mancherlei Mißstände am „Vorwärts“ herrschten, wenn man auch nicht alles beweisen könne.

F r ö h l i c h tritt den Anträgen F r a n c's und der Begründung durch denselben in jeder Hinsicht bei. Daß der „Vorwärts“ autokratisch geleitet werde, sehe man aus dem parteiisch abgefaßten Bericht über die Feenpalast-Versammlung. Infolge des in der Partei herrschenden autokratischen Regiments hätten sich manche Genossen verstimmt zurückgezogen. Die Parteifchriften — meint der Redner — müßten zum Kostenpreise oder unter demselben abgegeben werden. Der Parteivorstand ist ja sonst so klug, möge er doch sehen, wo er das nöthige Geld herbekomme. D a r hält es für einen Uebelstand, daß neben der „Neuen Zeit“ noch andere ähnliche Zeitschriften im Privatverlag erscheinen. Das komme daher, weil die „N. Z.“, obgleich sie sich als Revue des geistigen und öffentlichen Lebens bezeichne, doch nur einseitig parteipolitische Artikel bringe. Redner ist für eine Verschmelzung der Organe „Neue Zeit“, „Neue Welt“ und „Freie Stunden“. G e o r g W a g n e r wendet sich sehr entschieden gegen die F r a n c'schen Anträge. Obgleich die Ansichten F r a n c's über die Presse schon seit Jahren vorgetragen und widerlegt wurden, komme er doch in jedem Jahre um diese Zeit mit denselben Anträgen. F r a n c sei für die Preßkommission vorgeschlagen worden, damit er seinen Ansichten an jener Stelle Geltung zu verschaffen Gelegenheit habe, er habe aber stets abgelehnt, mitzuarbeiten, und habe also kein Recht, seine unbegründeten Vorstellungen fortwährend zu wiederholen. Es entspreche nicht der Würde und dem Ernst der Versammlung, die dunklen Andeutungen und Verdächtigungen entgegenzunehmen, mit denen F r a n c seine Anträge zu begründen versuche. — H e i n e tritt nochmals den von F r a n c vorgetragene Ansichten entgegen. Die Behauptung F r ö h l i c h's, der Bericht über die Feenpalast-Versammlung sei parteiisch gewesen, treffe nicht zu, ebenso wenig die Annahme, daß der Parteivorstand große Summen anhäufe. W i l l a r g beantragt, die Berichte des Parteivorstandes, der Kontrolleure und der Fraktion künftig vier Wochen früher wie bisher erscheinen zu lassen, damit es den Genossen möglich sei, in den Versammlungen dazu Stellung zu nehmen. Nachdem F r i z und D r. B r a u n gegen die F r a n c'schen Ansichten gesprochen hatten, werden die F r a n c'schen Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wird der Antrag, welcher den Parteitag im Juli oder August abzuhalten empfiehlt. Der Antrag, betreffend die zeitigere Veröffentlichung der Berichte wird angenommen, und der Antrag bezüglich der „Gleichheit“ den Delegierten überwiesen. W i l h e l m beantragt, da die Berliner Genossen sich ein für allemal gegen die Landtagswahlen ausgesprochen haben, nur solche Delegierte zu wählen, die Gegner der Landtagswahlen sind. F r ö h l i c h bringt zwei Anträge ein, deren erster verlangt, daß der hiesige Beschluß, welcher die Nichtbeteiligung an den preussischen Landtagswahlen ausspricht, wiederhergestellt werde. Der zweite Antrag will die Wiederherstellung des S t. Gallener Beschlusses, die Reichstagswahlen betreffend. H e i n e wendet sich in längeren Ausführungen gegen diese Anträge. W a g n e r bemerkt zur Resolution F r i z, daß die Berliner Genossen bereits Stellung zu den Landtagswahlen genommen haben, möge man weitere Beschlüsse in dieser Angelegenheit denjenigen Kreisen überlassen, die sich an der Wahl beteiligen wollen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird eingebracht. W ö r n e r wendet sich gegen denselben, indem er ausführt, die Resolution F r i z müsse noch weiter diskutiert werden, denn sie enthalte, indem sie ein Kompromiß mit anderen Parteien empfehle, einen Verstoß gegen den Hamburger Beschluß. Auf diesen Umstand sei noch nicht hingewiesen worden. Die Diskussion wird geschlossen und die Resolution F r i z angenommen. Dann werden die Genossen F r i z, W a r t e n b e r g und P a u s c h als Delegierte zum Parteitag gewählt und H i n z als Ertragmann bestimmt.



Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises hielten ihre Versammlung, die zahlreich besucht war, in den Stiebert'schen Resten ab. Ueber die Brandenburger Parteikonferenz berichtete G. A. L.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Der Stuttgarter Parteitag, nimmt als erster Redner das Wort Paul Singer: Die die früheren Parteitage, welche auch der diesjährige ein Werklein werden in der Geschichte unserer Bewegung. Und die Gegner würden, wie so oft schon, auch diesmal gründlich hineinfallen mit ihren Prophezeiungen, daß die Partei vor einer Spaltung liege. Zu einer regen Debatte wurde auf dem Parteitag der Vorstandbericht den Anlaß geben. Eine Reihe von Ereignissen sei eingetreten, die die Tätigkeit der Partei herausforderten. Da sei die Reichstagswahl. Freuen wir uns über das große siegreiche Vordrängeschreiten der deutschen Sozialdemokratie und lassen wir uns die Freude nicht durch kleine Mängel trüben. — Leider sei es bei der gerade im letzten Jahre überaus großen Anstrengung der beteiligten Partei-Organen nicht möglich gewesen, den Bericht über die Arbeit des Vorstandes und über die parlamentarische Tätigkeit jetzt schon zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung werde aber so rechtzeitig erfolgen, daß sich die Genossen noch vor dem Parteitage gründlich informieren könnten. — Einen anderen Gegenstand der Verhandlung werde die Zoll- und Handelspolitik bilden, die die Regierung dank der Maßregeln der konservativen Parteien zum Schaden der werthvollen Bevölkerung betreibe. Die Partei müsse auch in dieser Hinsicht ihre Parolen abgeben und darthun, daß die Zoll- und Handelspolitik nicht einzurichten sei nach den Bedürfnissen der Bauer und Schlotbarone, sondern nach denen des großen Volkes. Weiter werde die Frage der Verbilligung an den preussischen Landtagswahlen zu einer Debatte führen. Des Redners ablehnende persönliche Stellung hierzu sei ja bekannt. Er freue sich, auszusprechen zu können, daß seine Stellung sich vollständig deckt mit der, die die Berliner Genossen eingenommen hätten. (Bravorufe.) In den letzten Tagen habe eine mit unlegbarem abollatorischen Geiste abgefaßte Broschüre uns klar zu machen versucht, daß wir uns beteiligen müßten. Redner sei indessen nicht in der Lage, von seiner bisherigen Meinung abzulassen. Er habe die Ueberzeugung, der Parteitag werde in der Wahlbetheiligungsfrage die Ansicht gewinnen, daß auf eine erfolgreiche energische Aktion nicht zu rechnen sei, so lange sich in dieser Frage zwei fast gleiche Hälften der Partei gegenüberstünden. Die Frage müsse noch nach allen Richtungen hin in der Partei und in der Presse diskutiert werden, bis eine vollständige Klärung der Meinungen erfolgt sei. Und er habe auch die Ueberzeugung, daß die Verhandlungen am Parteitag über diese Frage nicht dazu führen würden, die Partei in anderen Dingen, die ihre energische Tätigkeit erfordern, aktionsunfähig zu machen. Das eine sei klar: Bei der gegenwärtigen Sachlage ist es undenkbar, für die bevorstehenden Wahlen eine einheitliche energische Aktion in dieser Frage herbeizuführen. Für Berlin sei die Angelegenheit durch den gescheiterten Versuch erledigt und es wäre deshalb nicht angebracht und gänzlich erfolglos, wenn auf dem Parteitage die Beteiligungsfrage zum Gegenstand lebhaften Meinungsstreites gemacht würde.

Er komme nun zu einer anderen Angelegenheit, die die Gemüther in letzter Zeit mit recht heftig erregt habe. Er werde bei der Parteileitung beantragen, daß nachdrücklich noch auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt werde: „Das Koalitionsrecht der Arbeiter“. Den Anlaß hierzu habe ihm die Rede des deutschen Kaisers gegeben, mit der das Justizhaus-Gesetz angehängt worden sei. Ein Gegenstand nach der vom Kaiser angebotenen Seite hin würde gleich sein einer Kriegserklärung gegen das Koalitionsrecht. Die Partei habe die Pflicht, von vornherein Stellung zu solchen Versuchen zu nehmen. Es sei ein schweres Ungeheuer der Berater des Kaisers, daß sie ihn nicht informiert hätten, daß es viel notwendiger sei, gegen die Unternehmung mit Justizhausstrafen vorzugehen, die durch rigorose Ausperrungen hunderte und tausende von Arbeitern dem Elend preisgaben. Es wäre wahrlich notwendiger und nützlicher gewesen, die verantwortlichen Rathgeber der Krone hätten dem Kaiser über das in dieser Hinsicht massenhaft vorhandene Material berichtet. Dann hätte der Kaiser sich nicht mit den Rechtsbegriffen der deutschen Arbeiter in einen so schrecklichen Widerspruch setzen können. Wir müßten auf dem Parteitage, sowie durch eine umfassende und energische Agitation den herrschenden Mächten zum Bewußtsein bringen, daß eine Sozialpolitik mit dem Hinweis auf das Justizhaus an dem einmüthigen Willen des arbeitenden Volkes scheitern wird, daß die Gesetzgebung im Gegentheil die Pflicht habe, die Arbeiter vor der Ausbeutung und den Terrorismen der Unternehmungsklassen zu schützen. Verlangen müßten wir eine Ausdehnung des Koalitionsrechtes der Arbeiter und seine Sicherstellung, und ferner müßten wir verlangen, daß endlich einmal die dem kaiserlichen Februarerlassen vom Jahre 1890 entsprechenden Gesetze geschaffen würden. Redner glaubt nicht, daß sich ein Reichstag finden werde, der sich die schon jetzt in der reaktionären und der Unternehmerrasse zum Ausdruck gelangenden Justizhauswünsche aneignet. Redner schließt, indem er der bestimmbaren Erwartung Ausdruck giebt, daß die Verhandlungen des Parteitages stets getragen werden von der Lebensfrage der Arbeiterklasse, der Befreiung des Proletariats aus dem Doppeljoch ökonomischer Unterdrückung und politischer Rechtslosigkeit! (Großer Beifall.) Es waren inzwischen verschiedene Anträge eingegangen, darunter zwei, von Quinling und Erbe, die eine bessere Ausgestaltung des „Vorwärts“ unter Berücksichtigung von Handelsnotizen verlangen, und einer auf Verbilligung des „Vorwärts“. Die Frauen beantragen die Uebernahme der „Gleichheit“ in den Besitz der Partei. — Quinling als erster Diskussionsredner bedauert, daß die Berliner kein Sozialorgan hätten. Allerdings könnten sie ihre Meinung in Versammlungen ausdrücken, aber sie müßten sich dann gefallen lassen, daß der „Vorwärts“ die Meinung von Parteiblättern, die über sie herfallen, gegen sie abdrucken. Eine Verbilligung der Zeitung hält Redner für unmöglich, dagegen müsse sie mehr ausgestaltet werden. Adolf Hoffmann glaubt an die Möglichkeit einer Verbilligung und spricht für den Antrag der Frauen. Die „Gleichheit“ müsse dann aber mehr auf das Verständnis der Fabrik- und Landproletarier zugeschnitten werden. Redner wendet sich dann zu den Landtagswahlen und bemerkt, daß die „Welt am Montag“, die ihn und andere Gegner der Wahlbetheiligung verunglimpft habe, acht Tage später noch vor dem Erscheinen der Broschüre von W. Heine freudestachelnd einen Büchsenabzug daraus veröffentlicht hätte. Das sähe so aus, als ob es schon Leute in der Partei gäbe, die das Lob der Gegner nicht nur denigten, sondern es sogar suchten. — Paul Hoffmann und Singer weisen ausführlich nach, daß eine Verbilligung der Zeitung um 10 Pfennig den ganzen Ueberschuß aufzehren würde. Einen Ausgleich durch steigende Abonnentenanzahl hält Singer für ausgeschlossen, wenn der „Vorwärts“ — und das müsse er — seinen ernsthaften Charakter behalten und jeder niederen Sensation seine Spalten verschließen solle. Die Parteigenossen müßten sich beruhigen bei der steten Agitation für die Zeitung. Die Aufnahme von Handelsnachrichten hält Redner für einen glücklichen Gedanken, nur meint er, es wäre zur Verbilligung über die Ausgestaltung des Organs die Preiskommission berufen und nicht der Parteitag damit zu beschäftigen. — Dem Genossen Wolf Hoffmann aber möchte er anheingeben, sich doch mal zu überlegen, ob er mit der hier wieder gegen den Genossen W. Heine beliebten Kampfesweise nicht der Partei einen sehr schlechten Dienst leiste. Obwohl sachlich in der Landtags-Wahlfrage übereinstimmend mit Hoffmann, müsse er doch für den abwesenden Genossen Heine dagegen Bewahrung einlegen, daß sich dieser quasi in den Dienst der Gegner stelle. Solche Andeutungen müßten unterbleiben. — Lissin möchte anfragen, zu untersuchen, ob es nicht möglich wäre, den „Vorwärts“ täglich zweimal erscheinen zu lassen. Eine wenn auch keine Abendausgabe wäre ein Bedürfnis. Redner erwartet vom Parteitag zur Frage der Landtagswahlen klar und durchaus univoideutige Beschlüsse, so daß nicht jede Richtung behaupten könne, sie allein habe die Beschlüsse richtig verstanden. — P. Schneider hat nichts gegen die Uebernahme der „Gleichheit“ in Parteibesitz, wünscht aber für diesen Fall,

daß das Blatt nicht als direkte Frauenzeitung erscheine. — Wengels wünscht einen größeren Einfluß auf die politische Haltung des „Vorwärts“. Bei den Berichten, die die Landtagswahl betrafen, seien die Fälscher der Wahlbetheiligung bevorzugt worden. Die Berliner Genossen müßten in der Zeitung ihren Willensmehr durchdringen können. — Adolf Hoffmann erklärt, Heine habe ihn erst zu seinem Auftreten provoziert, indem er ihn z. B. einen Radikalisten genannt habe.

Die Versammlung faßte folgende Beschlüsse: Der Parteitag wolle beschließen: Der „Vorwärts“ wird in Zukunft in seiner Ausstattung so erweitert, daß er den örtlichen Berliner Verhältnissen mehr Rechnung trägt, damit für eine bessere Verbreitung Sorge getragen werden kann. Ferner werden jährlich zwei vollständige Agitationsnummern in großer Masse herausgegeben.

Der Parteitag wolle beschließen, daß die Preiskommission sich auf den alljährlichen Parteitag für die Verhandlungen über die Presse durch ein Mitglied vertreten lassen kann.

Der Parteitag wolle beschließen, daß die in Stuttgart unter der Redaktion von Frau Clara Jettin erscheinende Frauenzeitung „Die Gleichheit“ in das Eigentum der Partei übernommen und daß zur Förderung der Frauenbewegung und zur Schaffung eines einheitlichen Mittelpunktes für sie die Redaktion nach Berlin verlegt werde. Der Parteivorstand wird aufgefordert, die nötigen Schritte mit möglicher Beschleunigung zu veranlassen.

Erbe erklärte seinen Antrag für erledigt, und abgelehnt wurden der Antrag auf Verbilligung des „Vorwärts“ und ein Antrag, der eine Verächtlichmachung der Naturheilkunde in der „Neuen Welt“ verlangte.

Der fünfte Wahlkreis hielt eine Versammlung im Saale der Brauerei Bölow ab. Von der recht umfangreichen Tagesordnung wird der 3. Punkt (Unsere Stellung zum Stuttgarter Parteitag) vorweggenommen. Zunächst gelangt eine vom Genossen Fränkel eingebrachte Resolution zur Verhandlung: Den Parteivorstand aufzufordern, eine Agitationsbroschüre über das Koalitionsrecht herauszugeben. Diese Resolution wird nach einer kleinen Abänderung angenommen.

Fränkel beantragt sodann, den Abonnementspreis des „Vorwärts“ herabzusetzen und seinen Inhalt zu verbessern. Vor allem den Unterhaltungsstoff, der in gar keiner Weise genüge, zu vermehren. Nach rügt die theuren Preise der Parteischriften, was im Verlage des „Vorwärts“ oder bei Diez erscheint, ist so theuer, daß es zum Beispiel mit dem vom Centrum herausgegebenen Proschüren nicht konkurriren kann. Redner beantragt eine Freischreibung der Parteiliteratur. Riepmann: Die Preiskommission des „Vorwärts“, deren Mitglied zu sein ich die Ehre habe, ist einstimmig zu dem Resultat gelangt, daß eine Verbilligung unmöglich ist. Redner verurteilt, dies ziffermäßig nachzuweisen. Was den Inhalt des „Vorwärts“ betrifft: Ich bin kein Lobredner, aber das muß ich sagen: Der „Vorwärts“ stand in letzter Zeit immer auf der Höhe der Situation, besonders während der Wahlperiode. Dr. Wehl: Der Antrag Fränkel ist unannehmbar, der „Vorwärts“ bringt jetzt schon so viel, daß man ihn gar nicht zwingen kann, wenn man nicht gerade zu den Arbeitslosen gehört. Nur die Verbilligung ist eine außerordentlich minderwertige. Rob. Schmidt macht auf die technischen Schwierigkeiten aufmerksam, die den hier geäußerten Wünschen entgegenstehen. Redner findet nicht, daß die Buchhandlung für die Agitation zu wenig thut. Da sind die Reichstagsreden, die als Separatbroschüren zu ganz billigen Preisen erscheinen; da ist zum Beispiel die Broschüre von Erbe: „Krieger mit den Sozialdemokraten“, die in größeren Posten für 4 und 5 Pf. abgegeben wird. Also an billigen Agitationsbroschüren fehlt es keineswegs. Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte über diesen Punkt angenommen trotz lebhaften Protestes von Seiten des Genossen Raab, der über Mundtodmachung Klage führt. Die Anträge Fränkel und Raab werden abgelehnt. Es folgt die Verhandlung der Stellung zum Landtagswahlbetheiligung, insbesondere zum Beschluß der Feenpalast-Versammlung. Hierzu liegen drei Resolutionen vor. Fränkel: Der Feenpalast-Beschluß steht vollständig im Gegensatz zum Hamburger Parteitag-Beschluß. Ich habe versucht, diese Ansicht im „Vorwärts“ zur Geltung zu bringen, aber der Artikel wurde abgelehnt. Wehl protestirt gegen die Argumentation Ledebour's in der Feenpalast-Versammlung und dessen Interpretation des Hamburger Beschlusses; übrigens können die 1500 Mann, die sich in Feenpalast eingefunden haben, nicht als Vertretung aller vier Berliner Landtags- und Wahlkreise gelten. Der Brandenburger Provinzialparteitag zeigt, daß die Berliner Genossen trotz ihrer eigenen Wahlhaltung verpflichtet sind, alle in der Provinz Brandenburg im Wahlkampf stehenden Kreise zu unterstützen. Sassenbach hält eine Diskussion über die Landtagswahlbetheiligung für verfehlt; man ist bereits seit einem Jahre damit überfrachtet. Doch man trotz der Wahlhaltung die anderen unterstützen, ist selbstverständlich; wir sind doch nicht in Solingen! (Sehr richtig! Beifall.) Riepmann: Im Feenpalast fehlte auch nicht einer von denen, die für die Partei geduldet, gelitten und gekämpft. Redner ergeht sich sodann in längeren Vorwürfen gegen die Preiskommission. Wer sind denn überhaupt die Leute, die für Wahlbetheiligung eintreten? Das sind ja nur die Theoretiker, allen voran Erbe! Es thut mir weh, daß ich ihn in der Gesellschaft sehe. Wir machen nicht die Ausuferungen Erbe's mit. Die Wahlhänger stehen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes (hört! hört!) Genosse Heine ist in seiner Broschüre durch keinerlei Sachkenntnis getriibt, er ist überhaupt erst zu kurze Zeit in der Partei; es ist daher sehr sonderlich, wenn gerade er in seiner Broschüre die unabhängigen Schöngelster nennt, denen die Kleinarbeit zu langweilig sei; an der Kleinarbeit hat er sich doch nie betheligt. Ich bin überhaupt über den Verdacht erhaben, zu den Unabhängigen zu gehören, die ältesten Genossen in diesem Saal können es bezeugen, daß ich nie unabhängige Reigungen gehabt habe, aber ich will doch daran erinnern, daß es geringere Dinge waren, als die vorliegende Frage, um die die Partei sich damals spaltete, und ich warne die Parteigenossen, einen Weg zu beschreiten, dessen Ende sie nicht voraussehen können.

In der darauffolgenden Abstimmung wird eine Resolution angenommen, die für Aufhebung des Hamburger Beschlusses eintritt und strikte allgemeine Wahlhaltung empfiehlt, sowie eine Resolution, die den Feenpalast-Beschluß billigt, den Delegirten aber kein gebundenes Mandat geben will. Ferner gelangt auf Antrag Riepmann eine Resolution zur Annahme, die zur Theilnahme am Parteitag außer den Delegirten, der Fraktion und dem Vorstande auch noch ein Mitglied der Preiskommission des Zentralorgans berechtigt. Drecher beantragt folgende Resolution:

Der Parteitag möge beschließen, dem § 9 des Organisationsstatuts als Absatz 4 beizufügen: Der Parteitag setzt die Diäten der Delegirten fest und werden dieselben aus der Parteikasse gezahlt.

Nach kurzer Debatte, an der sich die Genossen Riepmann, Krause, Riepmann, Sassenbach und Raab beteiligten, wird die Resolution angenommen. Die Genossen Wehl und Friedländer beantragen folgende Resolution:

Der Parteitag möge seine Stellung zum Militarismus präzisieren. Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, bei der Beratung des Militär-Gesetzes den Antrag zu stellen auf Einföhrung des Militärdienstes resp. der allgemeinen einjährigen Dienstzeit.

Friedländer erinnert an die Keuschung Schippel's auf dem Hamburger Parteitag und an die Heine'sche Kompensationspolitik. Wir wollen, wenn eine Handlung in der Partei über unsere Stellung zum Militarismus vor sich gegangen ist, den Parteitag veranlassen, daß auch zu sagen. Auch der zweite Theil unserer Resolution spricht für sich. Besonders aktuell ist die Frage des Militärs noch geworden durch den bekannten Vorkchlag des Genossen Nikolaus (Große Heiterkeit) — ich wollte sagen des Kaisers Nikolaus. Die Resolution wird hierauf angenommen, ebenso nach kurzer Verlesung durch die Genossen Schneider eine Resolution, die die „Gleichheit“ in das Partei-Eigentum überführen und nach Berlin verlegen will.

Es folgt die Wahl der Delegirten zum Parteitage. Es wird beschlossen, nur einen Delegirten zu wählen und wählte die Versammlung Sassenbach mit 57 Stimmen. Drecher erhielt 36 Stimmen. Alle übrigen Punkte der Tagesordnung werden vertagt und die Versammlung gegen 12 1/2 Uhr geschlossen.

**Schleser Wahlkreis.** Die Versammlung im Köllimer Hof war zu beschaffen. Ueber die Parteikonferenz der Provinz Brandenburg erstatteten Reimann und Lohse Bericht. Riey berichtete über die Tätigkeit der Agitationskommission und die Kassensverhältnisse. Der schlesische Kreis hat die Bearbeitung der drei Landkreise Ostprignitz, Westprignitz und Ruppia-Templin übernommen; hierfür sind in der Zeit vom 1. Septbr. 1897 bis zum 31. August 1898 3799 M. M. veranschlagt worden. In der Kasse bleibt ein Bestand von 3270 M. — Nach kurzer Debatte über den Bericht wurde dem Kommissionsmitglied Decharge erteilt und beschlossen, künftig zwei Delegirte in die Agitationskommission zu entsenden. Gewählt wurden Glasold und Wajschowsky. Es folgen die Anträge zum Parteitag:

1. Der Parteivorstand wird beauftragt, alle speziell für die Landbevölkerung wichtigen Reichstags-Verhandlungen in Broschürenform zum Zweck der Agitation unentgeltlich zur Verbreitung zu bringen.

Glasold begründet den Antrag mit dem Hinweis auf die Parlements-Verichterstattung der gegnerischen Presse, besonders der Kreisblätter, die die Reden unserer Abgeordneten systematisch unterdrückt oder sie so sinneentstellend wiedergibt, daß die Landbevölkerung nicht im Stande ist, über unsere Prinzipien und Ziele sich ein richtiges Bild zu machen. Fischer bekämpft den Antrag. Man könne nicht einseitig unsere Reden veröffentlichen, sondern müßte dann auch die Richter's und des Königs Stimm für die Wonnendruck lassen. Swienty und Schefler äußern sich in gleichem Sinne. Die für die Agitation wirklich wichtigen Reden werden jetzt schon als Proschüren gedruckt und kosten ein hübsches Stück Geld. In welche Unkosten würden wir uns aber stürzen, wenn wir auch die Reden der Gegner drucken müßten? Reichstags-Verhandlungen eignen sich überdies nicht zur Agitation in der politisch nicht gekulten Masse. Arendsee, Schwarz und Kiesel verweisen demgegenüber auf die Nothwendigkeit, den Einstellungen der Gegner bezüglich unserer Stellung zur Gewerbe-Ordnung, zum Alters- und Invalidengesetz u. s. w. durch zutreffende Berichte zu widerlegen.

Der Antrag wird angenommen. Frau Reich empfiehlt sodann den Antrag, betreffend die Uebernahme der „Gleichheit“ in Partei-Eigentum für die Frauenbewegung müsse mehr gethan werden, ihr Mittelpunkt gehöre nach Berlin. Legt man die „Gleichheit“ dem „Vorwärts“ bei, so werde auch dieser bei den Frauen mehr Anklang und Verbreitung finden. Raddach, Wajschowski und Borgmann treten der Genossin Reich entgegen. Wie könne man den Parteivorstand umsetzen, ohne weiteres ein Organ zu übernehmen ohne Prüfung seiner finanziellen Verhältnisse? Wohin käme man da? Mit solchen Anträgen könne man nicht den Parteitag befallen, die Genossinnen sollen sich mit ihrem Wunsch zunächst an den Parteivorstand wenden. Arendsee, Leid und Augustin vermissen gleichfalls eine genügende Begründung eines so wichtigen Antrages, wie des auf Uebernahme des Blattes in Partei-Eigentum. Die „Gleichheit“ ist zur Agitation nicht besonders geeignet. Frau Jettin spricht zu den Arbeiterfrauen zu gelehrt und akademisch. Für den Antrag tritt Moride ein. Den Genossinnen fehlt Geld. Wir müssen die Frauen so viel wie möglich unterstützen.

Nach längerer, recht lebhafter Debatte wird der Antrag, über den, wie Frau Reich bemerkt, sich einige Parteivorstands-Mitglieder nicht ungünstig ausgesprochen haben, mit 140 gegen 74 Stimmen abgelehnt.

Vieh stellt drei Anträge zur Haltung der Fraktion: Der Parteitag fordere die Reichstagsfraktion auf, den in die Budget- und sonstigen Kommissionen entsandten Abgeordneten das Eingehen von Versprechungen, welche sich auf die Geheimhaltung seitens der Regierungsvertreter gemachter vertraulicher Mittheilungen beziehen, nicht zu gestatten.

Der Antragsteller verweist zur Begründung auf die Vorgänge bei der Budgetberatung der letzten Artillerieforderung. — Röhler fordert Uebertragung zur Tagesordnung. Man würde unsere Abgeordneten in die Kommissionen nicht mehr hineinwählen oder sie würden sich während der vertraulichen Mittheilung enfsernen müssen und ohne Kenntniß der Vorgänge bleiben. Der Antrag wird durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt.

Dasselbe Schicksal haben nach kurzer Debatte die zwei weiteren Vieh'schen Anträge:

Die Reichstags-Fraktion hat nicht, wie vor drei Jahren, auf den ihr zukommenden Posten im Reichstags-Präsidium freiwillig zu verzichten, sondern sie hat ihren Anspruch darauf geltend zu machen und mit allen zulässigen Mitteln durchzusetzen.

Der Parteitag fordere die Reichstags-Fraktion, mit dem im Reichstag herrschenden Willen zu brechen, nach dem die Person des regierenden Kaisers nicht in die Debatte gezogen werden darf.

Es folgt nunmehr die Delegirtenwahl. Zunächst wird ein Antrag von Reinert und Schefler, diesmal mit Rücksicht auf die Kosten, nicht drei, sondern nur zwei Delegirte zu entsenden, abgelehnt. Vorgeschlagen werden Kiesel, Augustin, Leid, Frau Reich und Ledebour. Diese erklären sich zur Annahme eines Mandats bereit. Wehle, Swienty und Borgmann, die ebenfalls vorgeschlagen werden, lehnen ab.

Ledebour verlangt das Wort zur Motivierung seiner Kandidatur. — Vorsitzender Ernst: Eine Begründung ist unnötig. Wir haben das Vertrauen, daß alle, die delegirt werden, in unserem Sinne in Stuttgart stimmen und handeln werden. (Aufe: Landtagswahlen.) — Fischer: Als Gegner der Landtagswahl-Betheiligung müssen wir sehen, daß in Stuttgart Leute sind, die unsere Meinung auch gehörig zum Ausdruck bringen können.

Vieh: Obgleich ich in Bezug auf die Landtagswahlen nicht auf dem Standpunkte Ledebour's stehe, glaube ich doch, daß man ihn delegiren muß, um die Opportunistenpolitik, die in unseren führenden Kreisen um sich greift, festzunageln und um dem Genossen Heine, der Kanonen gegen werthvolle Wollrechte einzutauschen bereit ist, ordentlich die Wahrheit zu sagen. Wir müssen uns gegen den Standpunkt empören, den der „Vorwärts“ und die Reichstagsfraktion eingenommen hat, wo es einfach heißt: Raul halten! Darum müssen wir wenigstens eines von den drei Mandatanten Ledebour geben. Das ist ja eine Richtung, die noch russischer ist als der Zar. Heine, Schippel, Auer erklären sich für die nächste Zeit die Fortführung des bewährten Zustandes für notwendig und empfehlen ihn, während der Zar unsere Ansichten heute auf den Schild hebt! (Lebhafter Widerspruch.) Warten: Einer derartigen Lobrede auf einen Delegirten bedarf es nicht. Wir sehen ja auch auf dem Standpunkte Ledebour's. Aber auch die anderen Genossen werden ihre Pflicht thun.

Reinert: Wir haben hier Genossen genug, die die Wünsche des letzten Wahlkreises zu vertreten wissen werden. Dazu brauchen wir uns nicht einen Genossen aus Halensee zu holen. Ledebour: Ich habe im Auftrag der Berliner Vertrauensleute, auf Aufforderung durch einen Genossen aus diesem Wahlkreise das Referat über die Berliner Landtagswahlen übernommen. Darauf wurde dann in der ganzen Provinzpresse eine Fluth von Angriffen gegen die Berliner Genossen und gegen mich persönlich losgelassen, und andere Wahlkreise, z. B. Königsberg, wollen in Stuttgart eine andere Formulierung des Landtagswahl-Beschlusses durchsetzen, durch die die Berliner gezwungen werden sollen, in die Landtagswahlen einzutreten. Rebel hat ausdrücklich ein Strafgericht für uns auf dem Stuttgarter Parteitag angekündigt. Ueber die

Der Widerspruch der Versammlung hat bereits gezeitigt, wie wenig diese unbegründeten Beschuldigungen Anklang gefunden haben. Wir wollen aber doch gegenüber den völlig falschen Behauptungen Vieh's auch unersernteits noch ausdrücklich konstatieren, daß weder die Reichstagsfraktion noch der „Vorwärts“, noch einzelne Genossen das gethan haben, was ihnen unterstellt wird. Red. d. „Vorw.“







vorzick, die nächstgelegene Rettungswache aufzusuchen. Herr G e b e r m a n n, der Vorsitzende der Rettungs-Gesellschaft, ist in der Gegend der Ausstellung des Notzen Kreuzes eingetreten und hat sich bereit erklärt, vornehmlich in Gruppe I und II („Erste Hilfe“ und „Krankentransport“) an den Arbeiten teilzunehmen.

**Der Fernsprech-Verkehr** mit Delmenhorst, Förderstedt, Sadersleben und Winsen (Lüne) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt im Verkehr mit diesen Orten 1 Mark.

**Durch Ueberfahren** ist Mittwoch Vormittag der 8 Jahre alte Sohn Alfred des Weinhändlers Wipfisch aus der Chausseestraße 88 lebensgefährlich verunglückt. An der Ecke der Friedrich- und Oranienburgerstraße werden jetzt die Geleise für den elektrischen Betrieb der Straßenbahn umgebaut. Der Fahrverkehr ist daher augenblicklich mit Schwierigkeiten verbunden. Als nun der Senabe um 10 Uhr den Straßendamm überschreiten wollte, fand er sich in dem Wagen gewühl nicht zurecht und ließ einen Geflügelwagen unter das Pferd. Zwei Räder gingen ihm über die Brust. In der Igl. Klinik wurde sofort eine Operation vorgenommen, man zweifelt aber an dem Auskommen des Verunglückten.

**Diese Folgen** hatte am Mittwoch Vormittag eine Rederei in der Schneiderstraße von Levin in der Kronenstr. 22. Hier arbeiteten in einem der drei Säle u. a. der taubstumme Geselle Adolf Jonas seit vier Wochen und seit acht Monaten der Geselle Friedrich Will aus der Höfstr. 6. Beim Frühstück redete Will den Jonas, indem er ihn wiederholt mit „Wurstwelle“ warf. Als schließlich Jonas dem Will die Welle ins Gesicht zurückwarf, geriet der Taubstumme so in Wuth, daß er sein Messer zog und es dem Mitgesellen in den linken Oberschenkel rampte. Will wurde so schwer getroffen, daß der zu Hilfe gerufene Arzt ihn sofort einem Krankenhause zuführen mußte. Der 2 Zentimeter breite und 4 Zentimeter tiefe Stich hat ansehend auch Sehnen verletzt. Der Stecher ist verhaftet worden.

**Durch einen Motorwagen** wurde gestern, Mittwoch, Nachmittag um 4 1/2 Uhr in der Friedrichstraße ein bedeutender Unfall veranlaßt. Vor dem Hause Puffkammerstr. 5 hielt ein Wagen der Möbelkutscherei von Körber in der Oranienstraße. Während die Leute abbluden, fuhr ein Motorwagen der Kaffeebrennerei von Nauch in der Brunnensstraße vorbei, dessen Fahrer mit dem Horn Warnungszeichen gab. Die Pferde des Möbelwagens scheuten, gingen durch und rannten quer über die Friedrichstraße hinweg in den Laden des Schlächtermeisters Joseph hinein. Die Deichsel traf den Pfeiler zwischen Thür und Schaufenster. Obwohl sie brach, so rannte sie doch den Pfeiler ein und infolge dessen gingen auch die Thür und das Schaufenster in Trümmer. Trotz des starken Verkehrs in jener Gegend der Friedrichstraße, an den Ecken der Puffkammer- und Vesselfstraße, ging es ohne Verletzung von Personen ab. Auch die Pferde kamen mit nicht erheblichen Wunden davon.

**Zeugen gesucht.** Personen, welche am Dienstag, 6. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf Bahnhof Friedrichstraße Zeugen des Eisenbahn-Unfalles waren, bei welchem dem Steinmeyer Emil Schulz, Passir. 21 v. III., der linke Arm vom Körper abgetrennt wurde, werden dringend gebeten, in der Wohnung des Verunglückten ihre Adresse abzugeben. Unkosten werden vergütet.

**Durch einen Sturz** vom Dache ist der Rusler Max Janowski aus der Brenstr. 57 schwer zu Schaden gekommen. Janowski war am Dienstag Abend auf das Dach seines Wohnhauses geklettert und fiel auf das Dach des Nebenhauses, des Metropol-Theaters, hinab. Dort fand man ihn hilflos mit gebrochenen Beinen liegen. Gestern mußte man den Verunglückten in ein Krankenhaus bringen. Was er auf dem Dach wollte, ist nicht recht klar.

**Feuerbericht.** Ein Ladenbrand brach Mittwoch früh 6 Uhr Schulzendorferstr. 26 in dem Damenmäntel-Konfektionsgeschäft von R. Jacob aus, wobei ein Posten Mäntel und der Fußboden zerstört, auch das Haus erheblich beschädigt wurde. Dienstag Abend 11 Uhr erfolgte gleichzeitig Alarm nach Oderbergerstraße 18 und nach einem Kohlenplatz an der Groß-Görtschenstraße. Hier hatten sich Pfeiflohlen entzündet, während im ersten Falle eine Petroleumlampe explodiert war, ohne jedoch wesentlichen Schaden anzurichten. Im Laufe des Mittwachs fanden noch einige Alarmierungen statt, die jedoch sämtlich auf blinden Alarm oder ganz geringfügige Ursachen zurückzuführen waren.

**Der 1ere Jrennärger.** Die Untersuchung gegen den Jrenn-Oberwärter Friedrich Schneider, welcher, des Todeschlags an dem geisteskranken Invaliden Paul Glauert bezichtigt, in Untersuchungshaft sitzt, bringt immer neue Ueberraschungen. So ist jetzt festgestellt worden, daß Schneider mehrere Jahre in der Jrenn-Anstalt in Dalldorf zugebracht hat, aber nicht als Wärter, sondern als Kranker. Auf welche Weise er von dort weggekommen ist, ist noch nicht aufgeklärt. Schneider ist dann stets in Berlin geblieben, von wo aus er dann als Oberwärter in einer Jrenn-Anstalt angestellt wurde, bekanntlich auf grund gefälschter Zeugnisse.

**Theater.** Im Schiller-Theater wird heute Molière's Lustspiel „Der Geizige“ wiederholt. Die erste Aufführung von Widenbruch's Schauspiel „Die Hausenende“ ist für Sonnabend angelegt. Das erste Schauspiel des Schiller-Theaters im Opern-Theater des Westens findet, wie wir bereits mitgeteilt haben, morgen Freitag mit Grillparzer's Märchen „Der Traum ein Leben“, Musik von Hofkapellmeister Riemann, statt. Sonntag ist die erste Nachmittags-Vorstellung. Zur Aufführung kommt „Der politische Rannegiebler“. — Die angekündigte Vorstellung des wissenschaftlichen Drama's Dr. M. Wilhelm Weyers „Im ewigen Tage“, die heute Donnerstag im Foyer des Felling-Theaters hätte stattfinden sollen, ist wegen anhaltenden Unwohlseins des Herrn Otto Sommerhoff, der die Hauptrolle übernommen hat, auf nächste Woche verschoben worden. Die Einladungen behalten für den nächsten zu bestimmenden Tag ihre Gültigkeit. — Thalia-Theater. Am Sonntag, den 18., findet die erste Nachmittags-Vorstellung unter Regie von Julius Turt statt. Gegeben wird zum ersten Mal: „Der Sohn der Wilibild“ mit Reia Bänger und César Bed als Gäste. Die Partbenia spielt Margarethe Walden, den Baron Ludwig Gersel, den Pastor Hans Kober und den Polypor Julius Turt.

### Aus den Nachbarorten.

**Achtung! Genossen von Groß-Lichterfelde-Landw.** Am Sonnabend, den 17. d. M., hält der Gesangsverein „Sängerkunst“ beim Restaurateur Dohn in Landw. sein Vergnügen ab. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dies Lokal für Versammlungen der Arbeiter nicht zu haben ist. Der Vertrauensmann.

**Die Wahl des ersten Bürgermeisters von Charlottenburg** vereinigte gestern Abend die Stadtverordneten-Versammlung in seltener Vollzähligkeit. Sämtliche Stadträte, soweit deren Mandate nicht erledigt sind, waren anwesend. Auch die Plätze für das Publikum waren voll besetzt. Abgegeben wurden 63 gültige Stimmen. Die Auszählung der einzelnen Stimmen ergab sechs bald als Uebergewicht der Stimmen für den Nordhäuser Oberbürgermeister Schusterus. Die Abstimmung ergab 37 Stimmen für denselben. Bürgermeister Matting erhielt 26 Stimmen. Die Fraktion der „Unpolitischen“, welche über 86 Stimmen verfügt, hat demnach nicht nur geschlossen für ihren Kandidaten gestimmt, sondern auch Unterstützung von anderer Seite gefunden. Der Vorsitzende erklärte den Bürgermeister Schusterus zum ersten Bürgermeister von Charlottenburg für die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren für gewählt und fügte den Wunsch bei, daß die Wahl eine glückliche für die Stadt sein möge.

**Schöneberg.** Die Parteigenossen und Genossinnen werden nochmals auf die heute im Klubhause, Hauptstr. 5/6, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht, in welcher Genosse Rother über den, der ehrenhaftesten Arbeiterschaft drohenden Rückwärts-Gesegentwurf sprechen wird. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Der Vertrauensmann.

**Die Stadtverordneten-Versammlung von Schöneberg** stimmte gestern einer Vorlage zu, wonach das Gemeindegrundstück

Ecke der Tempelhofer und Feurigstraße für 35 500 M. an den Rentier Fröhlich verkauft werden soll. Die Wahl einer Kommission zur Erörterung der postulierten Zustände erfolgte hauptsächlich wegen der ungleichen Höhe der Fernsprechgebühren, die für Abonnenten nördlich der Brunnenwaldstraße 150 M., im übrigen Schöneberg hingegen 200 M. betragen. Ein weiterer Antrag, „den Magistrat zu ersuchen, daß er die einheitliche Schließung der Geschäfte an Sonn- und Festtagen für Berlin und Schöneberg herbeiführe“, wurde einstimmig angenommen, trotzdem der Bürgermeister die Durchführung dieses Beschlusses bezweifelte, da sich die Kirchengemeinden gegen die Festsetzung des Schließes auf 10 Uhr ganz energig sträubten. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Petition des Schöneberger Lehrervereins, betreffend „die Ausgleichung der Häften in der neuen gegenüber der alten Gehaltskala“. Trotzdem sämtliche Redner die sich hauptsächlich in den ersten sieben Dienstjahren geltend machenden Ungleichheiten der neuen Skala anerkannten, wurde doch aus formell rechtlichen und finanziellen Gründen beschlossen, „die Petition nicht zur Berücksichtigung zu empfehlen“.

**Beim Abpringen** von einem Wagen der Dampfstraßenbahn ist der Schuhmachermeister Reimann aus Schöneberg in der Rheinstraße zu Friedenau zu Fall gekommen und so schwer verunglückt, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

**Mit 25 000 M.** soll der gerichtliche Käufer-Administrator Bretschneider, der in Wilmersdorf seine Wohnung hatte, sächlich sein. Die Bücher des ungetreuen Beamten, der erst 25 Jahre zählt, sind beschlagnahmt worden. Bretschneider ist verheiratet und läßt seine Familie in Roth zurück.

## Soziale Rechtspflege.

**Ein für Schriftlicher wichtiger Urtheil** dieser Tage die Kammer VIII des Gewerbegerichts. Fünf Seher verlangten von der Firma R. Woffe insgesamt 107 Mark für die Zeit, während der sie an den Tagen zwischen dem 22. und 30. Juli wegen Materialmangels hatten aussetzen müssen. Sie beriefen sich auf den § 32 des Buchhändlerarbeits vom Jahre 1896 und behaupteten gegenüber einer Angabe des Segners, sie hätten nicht auf eine Bezahlung für die ausgesetzte Zeit verzichtet. Daß sie darauf verzichteten, könne um so weniger erwartet werden, als sie bereits am 30. Juli entlassen worden seien. — Ein Zeuge J. sagte aus, er habe einem Vertrauensmann der Seher gesagt, es gäbe keine Entschädigung. Der Zeuge konnte aber nicht angeben, an wen er sich gewandt habe, und die Kläger bestritten, irgend etwas davon zu wissen. Gewerbeichter Dr. Meier publizierte in einem eigens dazu angelegten Termin folgendes Urtheil: Der Beklagte wird nach dem Klage-Antrage verurtheilt. Aus verschiedenen Gründen ist anzunehmen, daß ein Aussetzen ohne Entschädigung verabredet werden sollte. Dafür spreche zunächst der Kündigungsvoraussetzungen, der unfreitig sei. Beim Aussetzen der Kündigungsfrist sei an sich nicht erfindlich, warum noch eine große Vereinbarung bezüglich des Aussetzens erfolgen sollte. Wenn die Kündigung ausgeglichen sei, könne ja der Arbeitgeber sagen: Ihr seid entlassen, Ihr könnt in ein paar Tagen wieder anfangen, wenn Ihr wollt. Zweifellos hätten auch Verhandlungen über das Aussetzen stattgefunden, wenigstens lasse die Aussage des Zeugen darauf schließen. Indessen habe das Gericht (Dr. Meier nicht) ausdrücklich eine Vereinbarung darüber verlangt, daß das Aussetzen ohne Entschädigung erfolgen sollte, und habe angenommen, daß Akkordarbeiter sonst nicht aussetzen brauchten, selbst wenn die Kündigungsfrist ausgeglichen sei. Und eine solche Vereinbarung lasse das Gericht als vollstehende Kammer für nicht erwiesen an. Darum habe es nach dem Klageantrage entschieden.

**Gegen den Direktor des Metropol-Theaters, Herrn Schulz,** klagte der Kollschuh-Vehrer Jaro auf Gewährung einer Entschädigung von 52 M. Er behauptete, er sei engagiert worden, die Theater-Mitglieder im Kollschuhlaufen zu unterrichten, man habe ihm aber bereits nach drei Lehrstunden keine Gelegenheit mehr gegeben, den Unterricht fortzusetzen. Der Beklagte wolle dagegen geltend, daß von einem festen Engagement nicht die Rede sein könne. Das Personal hätte auch schon vorher etwas Rollen können und sei nach den drei Unterrichtsstunden genügend vorbereitet gewesen. Der Kläger wurde abgewiesen, nachdem festgestellt worden war, daß Schulz einen neuen Kollschuhlehrer nicht angenommen habe. Das Gewerbegericht nahm an, es sei nur ein Engagement für eine bestimmte Leistung erfolgt und diese sei erfüllt gewesen, als das Personal befähigt war, auf Kollschuh zu laufen. Einer Kündigung hätte es darum nicht bedurft, obwohl sie nicht ausdrücklich ausgeschlossen worden sei.

## Gewerbe-Beitrag.

**Die seit 1 1/2 Jahren schwebende** und noch immer nicht erledigte Straffache gegen Histermann und Genossen, die unter der Spitzmarke „Der falsche Einjährige“ allgemein bekannt geworden, soll nun in der im Oktober stattfindenden Schwurgerichts-Tagung abermals zur Verhandlung kommen. Die Schwierigkeiten, mit denen die Sache zu klären hat, sind noch immer nicht gebogen. In dem am 30. September v. J. stattgefundenen Termin hatte bekanntlich der Geheimmedizinalrath Dr. Sander auf grund einer sechswohigen Beobachtung in der Dalldorfer Jrennanstalt ein ausführliches und eingehend motivirtes Gutachten abgegeben, wonach Histermann, der bekanntlich für seinen Freund Köhler das Gymnasium besucht und unter dem Namen Köhler das Zeugniß für den einjährigen Dienst erlangt hat, trotz der von ihm zur Schau getragenen Intelligenz unzurechnungsfähig sei. Staatsanwalt Krebs setzte damals eine Vertagung der Verhandlung durch, um dem Medizinalkollegium Gelegenheit zur Abgabe eines Obergutachtens zu geben. Letzteres stellte die Beobachtung des Angeklagten in einer öffentlichen Jrennanstalt als erste Voraussetzung hin, diese hat sich aber, dem Vernehmen nach nicht erfüllen lassen. Histermann weiß genau, daß nach § 81 der Strafprozessordnung die vom Gericht angeordnete Verwahrung eines Angeklagten in einer öffentlichen Jrennanstalt zur Vorbereitung eines Gutachtens über seinen Geisteszustand die Dauer von sechs Wochen nicht übersteigen darf. Da er diese Zeit schon einmal durchgemacht hat, hing es von seinem freien Willen ab, sich nochmals in eine Jrennanstalt zu begeben. Er hatte sich auf die Dauer von drei Wochen dazu bereit erklärt, jedoch bezüglich der ihm in der Anstalt zu gewährenden Freiheiten Bedingungen gestellt, die nicht erfüllt werden konnten. Die Erstattung eines Obergutachtens ist dadurch zweifelhaft geworden. Histermann wird bei der neuen Verhandlung wieder durch Rechtsanwält Leonhard Friedmann, Köhler durch die Rechtsanwält Dorn I. und durch Dr. Schöp's vertheidigt werden.

**Für das Goldschmiedegewerbe** von Wichtigkeit war die Verhandlung, welche gestern vor der achten Verurtheilungs-Kammer des Landgerichts I gegen den Juwelier Wilhelm Fischer stattfand. Der Polizei-Lieutenant des 41. Regiments, in welchem der Angeklagte wohnt, hatte ihn angezeigt, weil Fischer nicht das Trödelgewerbe angemeldet und ebenso wenig ein Trödelbuch geführt hatte. Fischer, der ein umfangreiches Gold- und Silberwaarengeschäft betreibt, pflegt beim Verkauf neuer Gegenstände alte Schmuck- und Goldsachen mit in Zahlung zu nehmen. Die alten Goldsachen werden, wenn sie sich in genügender Menge angeammelt haben, eingeschmolzen, es kommt aber auch vor, daß einer dieser Gegenstände einen kunstgewerblichen Werth besitzt, und in diesem Falle ließ Fischer denselben unverändert, um ihn gelegentlich einem Liebhaber weiter zu verkaufen. In dieser Geschäftspraxis erblickte das Polizeipräsidium den Begriff des Trödelgewerbes. Das

Schöffengericht hat den, dem Angeklagten auferlegten Strafbefehl wieder auf, die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Verurtheilung ein. Im freigelegten Termine hatte der Angeklagte durch seinen Vertheidiger, H. A. Glagel, einen Entlastungsbeweis angetreten. Der Polizeidirektor Raure behauptete, daß ihm bisher der Gedanke nicht gekommen sei, die erwähnte Geschäftspraxis unter den Begriff des Trödelgewerbes zu stellen. Er meinte, daß jeder Juwelier altes Gold in Zahlung anzunehmen pflege und dies auch thun müsse. Wollte jemand beispielsweise seine alte unmoderne Uhrkette beim Ankauf einer neuen Kette in Zahlung geben, so würde sich wohl kein Goldschmied weigern, darauf einzugehen. Da auch der als Sachverständiger vernommene Juwelier Koppbach begutachtete, daß dies Verfahren in fast allen Gold- und Silberwaaren-Geschäften üblich sei, so zog der Staatsanwalt seine Verurtheilung zurück. Der Gerichtshof war ebenfalls der Ansicht, daß der Angeklagte nicht das Gewerbe als Trödler anzumelden und auch kein Trödelbuch zu führen habe. Es blieb deshalb bei dem freisprechenden Erkenntniß.

**Ein Nachspiel zur Reichstagswahl** beschäftigte, wie aus Nordhausen berichtet wird, das dortige Schöffengericht. Der Landwirth Daniel aus Wollersleben hatte wegen seines Verhaltens im Wahllokal am Tage der Stichwahl, wegen groben Unfugs, ein Strafmandat über 10 Mark erhalten. Hiergegen legte er Verurtheilung ein. Aus der Gerichtsverhandlung ergab sich, daß Daniel als Vertrauensmann der freisinnigen Volkspartei am Stichwahltage im Wahllokal die Namen jedes Wählers notirt hatte, auch an den Wahlbüchern getreten war, um zu sehen, ob die Zettel auch richtig in die Urne gelangten. Es kam zu Reibereien mit dem Wahlvorstand, der schließlich den Wahlbüchern an die Wand rückte und einige Fuß vor dem Tische einen Kreisstrich zog, den Daniel nicht überschreiten durfte. Auf diesem Kreisstrich ist Daniel dann auf- und abgegangen, ohne aber, wie ausdrücklich festgestellt wurde, weder das zur Wahl kommende Publikum, noch den Wahlvorstand in Ausübung seiner Funktionen belästigt noch gestört zu haben. Der Amtsanwalt konnte in dem Verhalten des Angeklagten keine Verübung von grobem Unfug erblicken und beantragte deshalb Freisprechung. Der Vertheidiger Kossinna schloß sich diesem Antrage an und hob hervor, daß der Angeklagte laut der gesetzlichen Wahlordnung völlig berechtigt war, das Wahlverfahren in der Weise zu kontrollieren, wie er es gethan. Dagegen sei es nicht zulässig gewesen, wenn von dem Wahlvorstand der Tisch an die Wand gerückt und der Angeklagte durch den Kreisstrich von demselben fern gehalten wurde. Nach dem einschlägigen Paragraphen der Reichs-Wahlordnung sei der Wahlbüchern so zu stellen, daß man von allen Seiten an ihn herantreten könne, und jeder habe das Recht, sich davon zu überzeugen, daß alles rechtmäßig zugehe. Das Urtheil lautete auf Freisprechung. In der Begründung wurde ausgeführt, es sei in keiner Weise zu Tage getreten, daß ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung vorliege. Weder sei das Publikum noch der Wahlvorstand durch das Verhalten des Angeklagten belästigt worden, auch sei nicht festgestellt, daß der Ernst und die Würde des Wahlaktes verletzt worden wäre, obwohl das ostentative Auf- und Abmarschieren des Angeklagten auf dem Kreisstrich als ungebührlich anzusehen sei.

**Die Gerichtsferien** gehen nach zweimonatiger Dauer mit dem heutigen Donnerstag zu Ende. Sowohl auf dem Zivil- wie auf dem Kriminalgericht tagen die Ferienkammern heute zum letzten Male. Morgen, 16. d. M., tritt wieder der ordentliche Geschäftsplan in kraft.

**Wegen nicht vorchriftsmäßiger Verwaltung** seiner Apotheke wurde der Apotheker K. vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden in eine Ordnungsstrafe von 150 M. genommen. Nach vergeblicher Beschwerde klagte K. beim Ober-Verwaltungsgericht. Das Gericht setzte darauf die Strafverfügung außer kraft, indem es ausführte: Es sei der Ansicht, daß in Hessen-Kassau so wenig wie in den anderen preussischen Landestheilen ein von der Polizei-gewalt verschiedenes Aufsichtsrecht über Apotheker bestehe. Verfügungen wie die angefochtene müßten demnach als polizeiliche Verfügungen angesehen werden. Eine Befugniß, wegen angeblicher Verstöße des Apothekers Ordnungsstrafen festzusetzen, bestehe aber der Polizeibehörde nicht zu. So weit es sich um die Festsetzung der Strafe handele, müsse deshalb die Verfügung des Regierungspräsidenten außer kraft gesetzt werden.

**Saubere Machenschaften einer Ordnungshilfe** gelangten in einer nach verschiedener Richtung hin sehr interessanten Gerichtsverhandlung, die am 10. September vor der Strafkammer des Landgerichts in Weimar stattfand, zu allgemeiner Kenntniß. Angeklagt war der Polizeidiener Koch in Oldisleben wegen Falschheid; derselbe hatte in einer Verleumdungssache vom Schöffengericht in Alstedt als Zeuge beschworen, daß mehrere Oldislebener Bürger mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Baudert in regem Verkehr ständen; daß Baudert bei einem derselben, dem Schuhmachermeister W. Goldschmidt, ein- und ausginge und somit die Fäden der sozialdemokratischen Agitation für den Bezirk Oldisleben dort zusammenliefe. Den Grund zu jener Verleumdungssache hatten ein paar anonyme Schreiben an den Oldislebener Krieger- sowie Schützenverein gegeben, in welchen der Ausschluß einiger Mitglieder wegen ihrer Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verlangt wurde. Als Denunziant wurde bald ein Kutscher entlarvt, und wandten sich nunmehr die Angeklagten mit einer Anzeige an die große Staatsanwaltschaft; darauf erhielten die betreffenden den Bescheid:

Daß die Anzeige keinen Anlaß zu einem Einschreiten bietet, da die Behauptung, eine Person gehöre der sozialdemokratischen Partei an, an sich eine Verleumdung nicht darstellt, eine solche würde in der gedachten Behauptung eventuell dann gefunden werden können, wenn der von der Äußerung Betroffene durch besondere Ständes- oder Berufspflichten berufen wäre, sozialdemokratischen Bestrebungen sich fernzuhalten, so daß die Beteiligte an diesen als eine Verleumdung gegen jene Pflichten sich darstellen würde. Die Zugehörigkeit zu einem Krieger- oder Schützenverein erscheint jedoch nicht als geeignet, eine besondere Verpflichtung zu begründen, der genannten Partei sich fern zu halten, so daß vorliegend die Merkmale des Thatbestandes des § 186 des Str.-G.-B. nicht gegeben sind.

(Unterschrift.)

Nach diesem erhaltenen Bescheid strengten die betreffenden Privatklage an, und fungierte der Angeklagte, Polizeidiener Koch als Zeuge für den anonymen Briefschreiber. — Durch mehrere Zeugen, worunter auch der Abg. Baudert, wurde festgestellt, daß hauptsächlich der Polizeidiener Koch falsch geschworen habe, indem der Abg. Baudert noch nie in der Goldschmidt'schen Behausung gewesen war.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnißstrafe von vier Monaten.

In seiner kurzen Vertheidigung hat der Angeklagte um Freisprechung, da es sich ja doch gegen die Sozialdemokratie gerichtet habe; der Herr Landgerichts-Präsident Dr. Fürbringer wies dies sofort zurück und betonte, er hoffe, daß der Angeklagte nicht denke und damit sagen wolle, gegen die Sozialdemokratie sei alles erlaubt.

Das Urtheil lautete auf Freisprechung, wohl habe der Angeklagte in der unverantwortlichen, leichtsinnigsten Weise gehandelt, aber ein absichtlich falscher oder ein fahrlässig geleiteter falscher Eid sei ihm nicht nachzuweisen.

Recht sei die Angelegenheit von Interesse; man sieht in dem Beschluß der Staatsanwaltschaft, daß sie bezüglich der Zugehörigkeit zu Kriegervereinen auf einem ganz anderen Standpunkt steht, wie er in letzter Zeit von manchem Streber zu einer förmlichen Hege ausgebaut worden ist. Man sieht ferner, wie das Denunziantenwesen in kleinen Orten eine Rolle spielt und wie selbst die Polizei in „der unverantwortlichen leichtsinnigsten Weise“ mißbraucht, wenn es gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, und in diesen Falle gehören die betroffenen Krieger und Schützen nicht einmal der sozialdemokratischen, sondern der freisinnigen Partei an.



Veranstaltungen.

Eine öffentliche Versammlung der Rüstungsmacher tagte am Montag in den Kaminhallen, in der die Lohnkommission über ihre Tätigkeit Bericht erstattete. Wie angeführt wurde, sind in mehreren Werkstätten die vorhandenen Differenzen durch das Eingreifen und durch die Verhandlungen der Lohnkommission mit den Unternehmern beigelegt worden. In zwei Fällen kam es zum Streik, die ungünstig für die Arbeiter verlaufen sind, so daß trotz der intensiven Tätigkeit der Lohnkommission wesentliche Erfolge für die Arbeiter nicht erzielt wurden.

Die Vergolder und Versilberer tagten am Dienstag in den Kaminhallen, um über eine Lohnbewegung der Versilberer zu beraten. Lange wies darauf hin, daß die Versilberer im Jahre 1890 25 pCt. Lohnerhöhung errungen, diese aber schon nach einem Jahre wieder verloren hatten. Ihre Lage gestaltete sich so schlecht, daß sogar die Fabrikanten 1895 vor dem Gewerbegericht erklärten, sie wüßten nicht, was die Versilberer bei solchen Zuständen nicht den Versuch wechselten. In der Diskussion, an der sich besonders die Versilberer, die in der Mehrzahl erschienen waren, zahlreich und lebhaft beteiligten, stellte sich heraus, daß die Versilberer entschlossen sind, in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie wollen die schlechtesten Preise herausgreifen und einen Aufschlag von 25 pCt. verlangen. Die großen Werkstätten zeigten sich beim Auftruf sämtlich zurückhaltend, nur mehrere kleine meldeten sich nicht. Schnorr beantragte, sofort eine dreigliedrige Kommission zu wählen, die alles erledigen und bei den Fabrikanten die Lohnerhöhung beantragen soll. Etzmann meinte, es wäre besser, wenn die einzelnen Werkstätten selbst schriftlich die Lohnerhöhung beantragen, wenn sich kein Kollege findet, der persönlich mit dem Fabrikanten unterhandelt. Die Preise seien zu verschieden, als daß sie einheitlich geregelt werden könnten. Mit dieser Forderung wurde der Antrag Schnorr angenommen. Lange stellte den Antrag, sofort Werkstatt-Versammlungen einzuberufen, einen Preisfourenant auszuarbeiten und ihn einzuschicken; der Antrag wurde angenommen. Ueber alle Streikangelegenheiten ist an Lange, Zeughoffstr. 22, zu berichten.

Eine stark besuchte Versammlung der Arbeitgeber des 42. Kommunalbezirks, die am 12. d. Mts. in den Viktoriasälen, Radstr. 12 tagte, beschäftigte sich mit den bevorstehenden Gewerbe-

gerichtswahlen. Das Referat hatte Kaufmann August Hinge übernommen. Derselbe führte aus, daß das Gesetz über die Gewerbegerichte eine Folge der sozialen Gesetzgebung in Deutschland sei, aber wie das Unfall- und Altersversicherungsgesetz bedeutende Mängel aufweise. Die Ausdehnung der Gerichte auf Handlungsgeschäfte, Dienstboten u. s. w. sei eine dringende Notwendigkeit, ebenso sei den Frauen das Wahlrecht und die Wählbarkeit zu verleihen; ferner sei die Altersgrenze der Wähler auf 21 Jahre herabzusetzen; man könne wohl mit 25 Jahren Reichstags-Abgeordneter werden, aber mit 30 Jahren erst Weisiger beim Gewerbegericht. Die Bedeutung der Gerichte geht aus deren Tätigkeit hervor. Im Jahre 1897 gab es gegen 300 Gewerbegerichte, welche mehr dem 70 000 Klagen zu erledigen hatten; als Einigungsamt wurden dieselben 42 mal angerufen, in 18 Fällen sei eine Einigung herbeigeführt worden. Die Bedeutung sei auch in Berlin von den Arbeitgebern erkannt, während im Jahre 1893 in 42 Bezirke nur 59 eingeschriebene Wähler waren, sei diese Zahl in diesem Jahre auf 689 gewachsen. Der Verein der Berliner Kaufleute und Industriellen und mit diesem Herr Weigert geben sich die größte Mühe, um den bisherigen Besitz zu behaupten. Da sie in ihren Flugblättern auffordern, keine Sozialdemokraten zu wählen, so hätten sie auch die Politik in die Gerichte hineingetragen. An den kleinen Handverlern liege es nun, Schlichter an Schlichter mit der arbeitenden Bevölkerung den Kampf aufzunehmen und am Tage der Wahl wirkliche unparteiische Männer zu wählen. An der Diskussion beteiligte sich Herr Voh. Derselbe betonte, daß vor den Gerichten die Politik halt machen müsse, man solle wirklich unparteiische Männer wählen. Brinkmann und der Referent bewiesen dem Herrn aus den eigenen Flugblättern der Gegner, daß nicht wir, sondern diese die Politik hineingetragen hätten; wir hätten allerdings den Kampf aufgenommen. Mit großer Mehrheit wurden alsdann Brinkmann, Varsch und Thiermann für den 42. Bezirk als Kandidaten gewählt.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussions-Club. Jeden Donnerstag vor dem 1. und 15. jeden Monats bei Schumann, Tüftlerstraße 55, früher Tüftlerstr. 40 bei Schilling.

Verband deutscher Bardier, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen. Heute Abend 10 1/2 Uhr bei Schiller, Rosenhaldenstr. 57: Versammlung. Gäste willkommen.

Verein deutscher Schuhmacher. Heute Abend kombinierte Vorstandssitzung bei Lange, Dragonerstr. 15.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erbeten werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

H. J. Der Nord an dem Nachtwächter Strass ist in der Nacht zum 27. September 1897 verstorben. Stern. Besten Dank für den Hinweis, daß das Gedicht von der königlichen Land nicht von Hasbrenner, sondern von Posmann von Halesleben ist.

G. J. Inzerat kostet bei zweimaliger Aufnahme 1,40 M. Bieder. Eine Milliarde: 1 000 000 000.

H. B. 28. 1. Nein, nur der Todsdieb. 2. Wenn in Ihrem Verträge nicht das Gegenteil steht, nein. — C. 22. 22. Eine Verleumdung liegt allerdings vor. Von einer Klage ist aber abzurathen, da eine Wiederklage des Betroffenen (wegen der Mißachtungs-Schuldung) nicht ausbleiben wird. — Schulte. Briefliche Antwort erhalten wir nicht. Berücksichtigung liegt so lange nicht vor, als innerhalb 5 Jahren eine richterliche Handlung gegen Sie vorgenommen wird. — H. 99. 1. Sie müssen unter Ueberreichung des Attestes und Schlichterung der Sachlage beim Gericht die Bewilligung des Armenrechts beantragen. 2. und 3. Das hängt vom Inhalt Ihrer und nicht bekannten Verträge ab. Sprechen Sie mit dem Anwalt in der Sprechstunde gelegentlich vor. — G. Heimann. 1. Klimente sind in solchem Fall zu zahlen. 2. In 300 Reichs. 3. Werden Sie sich an irgend eine Buchhandlung. 4. und 5. Beides wird nach Befragung der amtlichen Statistik mitgeteilt werden. 6. Grün. — W. W. Rein. — P. 2. 112. Das Ihnen ein Vogel auf den Kopf geflogen ist und daß Sie ihn an sich genommen haben, ist der Polizei anzugehen. Der Eigentümer des Vogels ist zur Erstattung der Futterkosten und zur Zahlung eines Freigeldes (10 pCt. des Wertes) verbunden. — W. S. 14. 14. Beide Fragen sind zu verneinen. — S. 2. G. 1. Ueberhaupt nicht, falls nicht etwa die Auslagen zum Unterhalt des noch im Hausstand befindlichen Kindes notwendig wären. 2. Ja. — H. 2. 100. 1. Wenn die Vorbereitungen für Ertragung einer Invalidität erfüllt sind (235 Markten und völlige Gewerbsunfähigkeit) ja. — C. G. 44. Der Wirth kann zum Rücktritt von einem gültigen Mietvertrag gegen seinen Willen nicht gezwungen werden. — H. 23. 67. Eine Klage wäre erfolglos. Nur wenn u. d. e. r. ein Testament vorliegt, noch eheliche Kinder vorhanden sind, besteht ein Erbrecht des unehelichen Kindes gegen seinen Vater. — G. G. 3. — G. 3. 5. Ja, es sei denn, Sie adoptieren das Kind. Warten Sie im übrigen ruhig ab, ob die Behörde etwas fordert. — Norderny III. Er muß leider warten, bis wenigstens 355 Markten geliefert sind. — J. S. 10. Klänge können Sie, soweit erhaltlich, nicht machen. Ob und weshalb Ihre Einwilligung erforderlich ist, ist ohne Klarlegung des Sachverhalts nicht anzugeben. Sprechen Sie mit dem Anwalt in der Sprechstunde vor. — 22. und August Peter. Rein. — Ja. Endunterzeichneter. Der Bes. amte ist in beiden Fällen im Recht. — Wechselkunde. 1. Die Karte muß auf der Rückseite offen liegen und das Datum der ersten drei Tage seit Ausstellung tragen. 2-4. Die Klage kann ohne Weiterungen beim Amtsgericht angebracht werden.

Witterungsübersicht vom 14. September 1898, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. (in C and F), Stationen, Barometer stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. (in C and F). Rows include: Emsmünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Japarauba, Petersburg, Kork, Jaberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 15. September 1898. Gewiss wärmer, vielfach heiter, zeitweise wolfig mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 15. Septbr.: Cyrenhand. Der Troubadour. Die Puppen. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Das Winterwunder. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Cyranus von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr. Fassung. König Heinrich V. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Gebildete Menschen. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Dittie. Anfang 7 1/2 Uhr. Weiden. Die Augenärztin. Anfang 7 Uhr. Meibens. Frühlingsschwärze. Darauf: Eisenhut. Anfang 7 1/2 Uhr. Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Der Geizige. Anfang 8 Uhr. Central. Die Geltha. Anf. 7 1/2 Uhr. Belle. Alliance. Ueber Land und Meer. Anfang 8 Uhr. Abend. Schlamm sel. Dwe. Anfang 7 1/2 Uhr. Puffen. Seine Puppe. Anf. 8 Uhr. Friedrich. Wildbeimhändchen. Propädi Fregoli (Verwandlungskünstler). Camalonte. Eldorado. Zum Schluss: Fregoligraph. Anfang 8 Uhr. Alexanderplan. Demi - Ronde. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon. Nyoko. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55-57. Direktor: Rich. Schütz. Theater-Telephon Amt I Nr. 378. Kasse-Telephon Amt I Nr. 2125. Novität. Jura 13. Rolle: Novität. Das Paradies der Frauen. Or. Ausstattungsspektakel mit Gesang u. Tanz in 6 Akten nach Blum u. Todt's 'Madame Satana' von Jul. Freund. Musik von Jul. Cindorf. U. Vertr. Sänger. Im Scene geleitet vom Dir. Richard Schütz. Der choreographische Theil v. Balletmeister Domin. Gundlach. Im 2. Akte: Ballet u. Die Woden des Jahrhunderts. (60 Damen). Im 6. Akte: Eva's Vermächtniß. großes Ballet mit Apoteose (80 Damen). Preise der Plätze: Orchesterantel 4,50 M. Parterreantel 3 M. Parter 2 M. Promenoire 1,50 M. Von 9 Uhr ab 1 M. Anfang der Vorstellung 1/8 Uhr. Ende 11 Uhr. Morgen und folgende Tage: Das Paradies der Frauen. Beschränkt unter Leitung des Hofkapellmeisters S. Schürdt. Konzert der Tscherkasson-Kapelle Petrow.

Schiller-Theater (Wagner-Theater).

Donnerstag: Der Geizige. Freitag: Der politische Kannegießer. Sonnabend zum ersten Male: Die Haubenlerche.

Central-Theater

Direktion: J. Forenczy. Die Geisha. Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Edwin Jones. Deutsch von G. W. Adre und Julius Freund. In Scene geht von J. Forenczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassenöffnung 1/2 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Die Geisha. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu bedeutend ermäßigten Preisen: Der Bettelstudent.

Offend-Carl Weij-Theater.

Or. Frankfurterer. 132. Novität! Zum 9. Male: Novität! Schlutz sel. Wwe. Gesangsburleske in 3 Akten von D. Daniel, bearbeitet v. J. Dill. Musik von G. Stevens. Anfang 8 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntag Nachm.: Dorf u. Stadt. Ostend - Theater - Konzert - Garten. Große Spezialitäten-Vorstellung. Konzert und Theater. Anfang 8 1/2 Uhr.

Luisen-Theater

31. Reichsbergerstraße 31. Abends 8 Uhr: Seine Puppe. Vollenständ mit Gesang in 3 Akten von Max Schönau. Musik von Fritz Krause. Darauf: Kunst. des ersten deutschen Verwandlungskünstlers Schauspielers A. Angelotti in seiner Tragikomödie Zum Schluss: Sinfonia Cosmopolita. Die nächste Aufführung von Der Kaufmann von Venedig findet Freitag, den 16. d. Mts. statt.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett. Humoristen- und Schauspiel-Ensemble. Zum Schluss: Der liebe Onkel. Lustspiel in 4 Akten von Kuboff Anicel.

Urania

Taubenstr. 48/49. Täglich: Vom Matterhorn z. Jungfrau. Invalidenstr. 57/62: Sternwarte. Nachmittags täglich 3-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Im Theatersaal von 6 Uhr ab: Théâtre-Variété. Ohne Extra-Entrée. Neues September-Programm.

Castan's Panopticum.

Major Graf Neu!! Walsin-Esterhazy. Neu!! Lebende Bilder dargestellt von 6 jungen schönen Damen.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16. Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Eine Stunde Kaiser von Oesterreich. Historisches Lustspiel in 1 Akt von Oppenheim. Liebes in Italien. Romisches Einspiel in 2 Akten von Fetz Waldau. Musik von R. Thiele. Im Saal: Ball.

Alcazar-Theater

Dresdenstr. 52/53. Passage. Direktion: Richard Winkler. Novität! Täglich: Novität! Die Liebige. Große Ausstattungsspektakel mit Gesang und Tanz. Neu! Neu! Neu! Meta's Verlobung. Schwank in 1 Akt. Gesamtanfretten des durchweg neugestalteten Künstler- und Spezialitäten-Ensembles. Anfang: Sonntag 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf. Vorzugsbillets haben Vorrang.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

Nur noch 14 Tage! CARL HAGENBECK'S INDIEN. Schaulstellungen in der (Wochentags 5 u. 7 Uhr nachm. gedeckten Areen: Sonntags 3, 5 u. 7) Vorstellungen im Indischen Theater ab 4 Uhr. Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Konzert. Sonntag, den 18.: Gross. Entscheidungs-Ringkampf zwischen dem Indier Mahabul Khan u. dem Berliner Herrn Kanitzki um den Siegespreis von 300 Mk. Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Fey's Gesellschaftshaus

Brunnenstr. 184. 58772. Jeden Sonntag: Ball. Jeden Donnerstag: Bränzchen für Bäcker. In Begehrungen und Versammlungen empfiehlt meinen Saal, bis 500 Personen fassend bereitet. G. Fey.

Max Klem's Sommer-Theater.

Gatenhaide 14/15. - Kritischer Leiter: Paul Milbitz. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Neues Programm: Wienecke's Jürg. Theater. Mackwell, Freidmensch. Bonedetti, Junitator. Adler von Metz, Transformationskünstler. Bortoletti, Jongleur. Max Grabow, Komiker. Elsa Rotti, Gips-Jongleur. Das Täubchen von Quedlinburg, Volkstanz mit Gesang. In den Festtagen: Grosser Ball. Die Kaffeetische ist geöffnet. Max Klem.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22. Direktion: Winkler und Fröbel. Nur noch bis Donnerstag: Rich. Winkler u. Wilh. Fröbel in der erfolgreichsten Gesangs-Burleske 's ist unheimlich! Dazu das mit großem Beifall ausgenommene Spezialitäten-Programm. Neu! Carola Carla. Neu! Prima-Ballerina und Verwandlungskünstlerin. Anf. 7 1/2 Uhr, Sonn. 6 Uhr. Entree 50 Pf. Freitag, den 16. September: Erstes Auftreten des ersten deutschen Original-Bild-Verwandlungskünstlers Schauspielers Fred Edlwi.

Prater-Theater,

Robert und Bertram. Besse mit Gesang in 3 Abtheilungen von W. d. e. r. Klowen Tanti mit seinen besten Puppen. The 3 Foreys, ästhetische Operette. Gehr. Milano, Großbucuettesien. Ely Viola, Kostümbau. Jan und Jim, Knockbouts. Morleys, Fata Morgans. Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., nun. Platz 50 Pf. Kalbo.

Volks-Theater im Welt-Restaurant

Dresdener-Strasse 97. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Neu! Novität! Neu! Unser Auge. Besse mit Gesang v. G. Staune. Anfang: Sonntag 6 Uhr. Wochentags 20 Pfennig. Sonntag 40 Pfennig. Die Direktion: Aug. Kölg.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 118. Otto Reutter Consuelo Tortajada Les Minstrels Parisiens und 15 hervorragende Debut. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr, Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Berliner Sängler

u. Theater-Ensemble Tyll Eulenspiegel. Direktion: Oskar Klein - Gustav Oberg. 10 Damen, 12 Herren, groß. Orchester. Jeden Montag und Freitag, vom 12. September ab in der Viktoria-Brauerei. Jeden Dienstag in der Actien-Brauerei Friedrichshain. früher Upt. Am Königsdörf. - Humor auf Humor. - Beginn 7 1/2 Uhr, Billet 75 und 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf.

Reichshallen.

Sonnabend, den 17. Sept.: Erste Soirée der allbeliebten Stettiner Sängler (Wensch, Vieto, Britton, Steidl, Arone, Böhl, Schneider und Schröder).



Anfang präglie 8 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr. Entree (Saal durchgehend) 50 Pf., Orchest. 40 Pf. Zum Schluss: 75 Pf. Balkan-Logen 1 M., Orchester-Logen 1 M. 50 Pf., Fremden-Logen 2 M. Die Tageskasse ist von 11-1 Uhr geöffnet. Vor der Soirée: Konzert. Musikföhrlich-humoristisch-orchestraler Eröffnungs- u. Fest- Prolog von Meyzel.

Reichshallen-Restaurant

(vom 17. Septbr. an): Jed. Abend 8 Uhr: Or. Konzert des Reichshallen-Orchesters. (Kapellmeister Max Schumann). Vom 18. September an: Täglich: Grosser Mittagstisch. Während des Mittags: Konzert des gesammten Reichshallen-Orchesters. Restaurations-Chef: Felix Müller. Rufen-Ges: Fritz Schallier.



# Achtung! Genossinnen, Genossen! Achtung!

Heute, Donnerstag, den 15. September, abends 8 Uhr:

## Grosse Protest-Versammlung

bei Keller, Koppenstraße Nr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Sollen bei gewerblichen Streitigkeiten nur Männer über Frauen Richter sein? Referentin: Frau Klara Zetkin. 2. Diskussion. 3. Der Stuttgarter Parteitag event. Wahl der Delegirten.

Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, ersucht

(2/3)

### Die Vertrauensperson.

## Fachverein der Holz- und Bretterträger

Berlin und Umgegend.

Am Sonntag, den 18. September, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Wille, Andrastraße Nr. 26:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht). 2. Diskussion. 3. Vereinstätigkeiten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand. H. A. P. Karnal.

## Achtung! Charlottenburg. Achtung!

Freier Verein für Naturheilkunde und Gesundheitspflege.

Donnerstag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr.

Im Lokal des Herrn Leder, Bismarckstrasse 74:

## Ordentliche Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Hirschfeld über: „Diphtheritis und Halsentzündungen der Kinder“. 2. Diskussion und Fragebeantwortung. 3. Vereinstätigkeiten.

Um zahlreiches Besuch wird gebeten. Der Vorstand.

## Freireligiöse Gemeinde zu Berlin.

Sonnabend, den 24. September 1898:

## Gr. Familien-Kränzchen

für die

Mitglieder und Freunde der freireligiösen Gemeinde.

## Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert

Defamatorischer Vortrag, Theateraufführung und Tanz

in den neuen „Florianten“, Webersstr. 17.

Programme (à 20 Pfg.) sind bei den Komiteemitgliedern zu haben: O. Jäncke, Mydosa, Reuterstr. 21, Seitenstr. 4 Tr.; B. Kohler, Drenthauer Allee 204, S. 4 Tr.; Frau Kohlhardt, Alexandrinerstr. 41, S. 1 Tr.; G. Bohne, Brunnenstr. 141, S. 2 Tr.; E. Kornetzky, Fährtenwalderstr. 11, r. 3 Tr.; A. Voigt, Neu-Kölln am Wasser Nr. 2 im Keller, und an folgenden Stellen: Börsen, Ritterstr. 15; Rubenow, Brunnenstr. 154; A. Hoffmann, Blumenstr. 14; Stöpel, Dresdenstr. 62; Tutzauer, Brunnenstr. 152; Stöpel, Langestr. 37 im Seiteneingang; J. Heuer, Spichernstr. 118; H. Peegel, Rührensbergstr. 48; M. Wendt, Landsbergerstr. 83; in den Schankgeschäften Kleburg, Reichenbergerstr. 24; Reuter, Söhlenerstr. 51 und Schmidt, Trebbowstr. 22, sowie in allen unseren Versammlungen am Eingang zum Saal. 9288 Das Komitee.

## Frische Fische, gute Fische

empfiehlt die

## Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Aktien-Kapital 3 Millionen Mark.

28 eigene Fischdampfer.

Eigene Fisch-Transport-Waggons mit Kühlvorrichtung.

Eigene Räuchererei und Marinir-Anstalt.

Hauptgeschäft: Bahnhof Börse, Bogen 9-10,

Fernsprecher: III, 8804.

2. Gesch.: Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10-11

(am Wilhelmsplatz). Fernspr.: Charlottenburg 1262.

Weitere Verkaufsstellen in Vorbereitung.

Täglich frische Zufuhr aus ihrem eigenen Fischereiflotten in Nordenham.

Es treffen täglich 1 bis 2 Waggons (100-200 Zentner) ausgewählte lebendfrische Fische ein

und verkaufe diese Woche:

Cabliau (zum Kochen wie zum Braten geeignet) 15 Pf. im Auschnitt 20-25 Pf. pr. Pfd.

Rothzungen (besten Ersatz für Seezungen) 25 ..

Grosse Schollen (Goldbutten), sehr fein 30-35 ..

Bratflundern 25 ..

Knurrhahn, Seezunge (vora. Brat- u. Bierfisch) 30 ..

Seelachs 15-17 Pf. im Auschnitt 20-23 ..

Schellfische in allen Grössen 10-20 ..

Hellbutten pro Pfund 45 Pf., im Auschnitt 55-60 ..

Steinbutten 1-1,25 M. pr. Pfd., Seezungen 1,20-1,70 ..

See-Aal 25 Pf., im Auschnitt . . . 30-35 Pf. ..

Laberdan . . . . . 35-40 ..

### Marinirte Fische:

Delikatess-Bratschellfisch (gebraten u. marinirt) in Blechdosen von 17 Pfd. à 3,25 M., kleinere 8 Pfd. à 1,75 M. Stück 10 Pf.

Austernfisch in Gelée (besten Ersatz für Aal), 8-Pfund-Dose 3 M., Austernfisch-Cotelette, 8-Pfund-Dose 2,50 M.

Schellfisch in Gelée, 8-Pfund-Dose 2,30 M. Knurrhahn in Aspik, 8-Pfund-Dose 3,75 M., Knurrhahn, gebraten, 8-Pfd.-Dose 2,75 M., See-Aal in Aspik, 8-Pfd.-Dose 3,50 M.

Delikatess-Bratschollen, 8-Pfund-Dose 2,90 M.

Delikatess-Seelachs 8 Pfund-Dose 3,50 M.

Panfish 40-50 Pf. pro Pfund.

### Geräucherte Fische:

Flandern 60 Pf., Schellfische 25 Pf., Seelachs 50 Pf., See-Aal 60 Pf., Roche, bester Ersatz für Stör, 50-60 Pf., Knurrhahn 60 Pf. pro Pfund. — Fischkochenrezepte gratis.

Geschäfte geöffnet Wochentags bis abends 9 Uhr, Sonntags von 7-10 Uhr morgens.

Johs. Skorczyk, bevollmächtigter Vertreter für Berlin.

NB. Seefleisch ist das billigste Volknahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend.

## Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Zahnzahl wöchentlich 1 M. Sprechst. 8. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Voelckh in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Soding in Berlin.

# Holzarbeiter!

Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Stechert, Andrastr. 21:

## Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der Streik bei Zelder & Plathen. Diskussion.

Um zahlreiches Besuch bitten

Der Vertrauensmann.

## Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 18. September, abends 7 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Vortrag des Schriftstellers Wilhelm Bölsche über:

„Der Werth der Bildung für den Arbeiter“

Nachdem: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.

Eintritt 10 Pf. — Garderobe 10 Pf.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet Mitglieder und Gäste höflichst ein [5/5] Der Vorstand.

## Verein der Lithographen, Steindruckere und Verlagsgenossen Deutschlands.

Sonntag, den 18. September, mittags 12 Uhr:

## Grosse Matinée

im Konzertsaal des Grand Hotel, Alexanderplatz.

zum Beisehens hilfsbedürftiger Kollegen und deren Familien.

Reichhaltiges Programm.

Plätze à 20 Pf. sind bei den Vertrauensleuten und in sämtlichen

Poststellen zu haben.

Die unterzeichnete Kommission macht noch bekannt, dass laut Vereinbarung mit dem Direktor auch die vom 15. September ab engagierten, also auf dem Programm noch nicht enthaltenen Spezialitäten auftreten werden.

Um zahlreiche Theilnahme ersucht Die Kommission.

## Zentralverband der Zimmerleute Deutschlands

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonnabend, den 17. September 1898:

## Feier des 6. Stiftungs-Festes

im Lokale „Bismarckhöhe“, Wilmersdorferstr. 39,

wozu ergebenst einladet 261/5 Das Komitee.

Morgen, Freitag, den 16. Sept., ab 8 1/2 Uhr:

## Grosser Vortrag

bei Möhring, Admiralsstr. Nr. 18c.

über:

## Ein Blick in das Innere des Menschen

Entstehung und Stellung der Yungen, Magen- und

Verdauungs- u. prakt. Naturheilkundigen Grundmann.

Witze, Räthsel u. Frauen, willk. Entree nach Belieben.

Körpers- und Naturheilkunde Alexanderstr. 8.

Sprachl. 11-1, 6-8, Sonntag 11-12.

## Redakteur gesucht!

Für den in nächster Zeit wöchentlich 2mal erscheinenden „Wochenspiegel“.

Organ der Parteigenossen der 16. sächsischen Reichstagswahlkreises, wird ein

thätiger erster Redakteur gesucht. Offerten unter Angabe der bisherigen

Thätigkeit und Gehaltsansprüche sind zu richten an Ed. Zelzig,

Chefmitgl., Danoldstr. 2.

## Lebendfrische Seeische direkt vom Küstenfangplatz

der Fischerei in Geestwände (Rohsee)

I. Filiale: Wöhlerstrasse 1. Telefon: Amt III 3106.

II. Filiale: Britzerstrasse 24.

Empfiehlt als billiges Volksnahrungsmittel von höchster Zufuhr

direkt aus See:

N. Nordseelachs	Pfd. 20 Pf., Ausschnitt Pfd. 30 Pf.
Bratflundern	20 ..
Schellfisch zum Braten	15 ..
Größeren Schellfisch	20-25 Pf.
Cabliau und Dorsch	20 Pf.
Seehecht (ohne Kräten)	30 ..
Rothzungen	35 ..
Seezungen	120 ..
Steinbutt	100 ..
Seezunge	25 ..
Austernfisch	20 ..
See-Aal	20 ..
Goldbarsch	25 ..
Zander	55 ..
Schollen, große	40 ..

Täglich: H. Ränderwaren und Marinaden.

Bei den enormen Theuren Fleischpreisen sollte jede Hausfrau Seeische kochen.

Gochhofstr.

## Herm. Reinhold.

Für Fabriken,

Berghütten, Kantinen u.

Wasserleitungen

40/2 Pl. Export-Weißblech f. Bl. 5,-

ohne Wasserleitung

50 Pl. Licht Gräter Exportblech für Bl. 5,-

40 Pl. Licht helles Lagerblech für Bl. 3,-

(von welcher Brauerei gewünscht wird.)

Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.

Gis unlang.

A. Seidler,

Berliner Export-Weißblech-Brauerei.

Schöneberg-Berlin W., Sedanstrasse No. 82.

## Großer Möbelverkauf

Neue Königstr. 59.

In meinem großen Möbelverkauf

bietet ich Bräutlingen die köstliche

Gelegenheit, ganze Einrichtungen,

auch einzelne Gegenstände, recht billig

einzufragen. Besonders zu empfehlen

ist der große Vorrath verlässlicher ge-

wesener und geräumiger Möbel,

welche fast neu sind und zu ermäßigten

Preisen abgegeben werden. Durch

größere Räumlichkeiten bin ich im

Stand, hässliche und geschmackvolle

Wohnungs-Einrichtungen von 500

bis 5000 Mark. Theilzahlung gestattet.

Beachten ohne Anzahlung. Besonders

billig sind die an Derrollen lichte

Zeit verlebten gewesenen und durch-

gelegten Möbel, Kleiderstühle, Stühle,

Stühle, Kommoden 15, Bettische mit

Wassergehör, nachdem restaurirte Kleider-

stühle und Tischstühle 30 Mark,

Wassergehör und Vertikal 30, französische

Wassergehör mit Vertikal 40, Säulen-Kleiderstühle,

Trueme, Tischlampen 60 Mark, Buffets,

Konfessionelle, Paneele, Tische, Herrenschreibtische. Verkaufte

Möbel werden unentgeltlich 3 Monate

ausbewahrt, durch eigene Gespanne

transportirt. 5196/5

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.

Grünraum-Geschäft m. Koll. Holz u. Koll. Holz, Berlin, Holz u. Koll. Holz, Berlin.